Donnerstag, 28. April 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 98 - 17.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.



## Windelen: Die weitaus meisten „DDR"-Besucher haben Angst

### Neuer Todesfall an Kontrollpunkt / Bonn besteht auf Aufklärung

ms./hrk./F. D. Bonn/Berlin

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), hat nach dem neuen Todesfall an einem „DDR"-Kontrollpunkt gestern Ost-Berlin aufgefordert, bei Kontrollen von Reisenden an den Grenzübergangsstellen und auf den Transitstrecken „den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu wahren". Nach Angaben des „DDR"-Außenministeriums war Dienstag abend am thüringisch-hessischen Grenzübergang Wartha der 68jährige Heinz Moldenhauer aus Philippstal (Hessen) während einer „Belehrung" durch den „DDR"-Zoll bei seiner Ausreise nach einem Tagesbesuch plötzlich verstorben.

In einem Gespräch mit der WELT sagte Windelen, es zeige sich, daß „von vielen, besonders älteren oder gesundheitlich geschädigten Menschen die Vernehmung durch Dienststellen der DDR als harte Belastung empfunden wird". Umfragen hätten ergeben, daß die weit überwiegende Zahl der Bürger, die die Transitwege benutzen, „unter Angst leiden". Der Tod des 43 Jahre alten Rudolf Burkert am „DDR"-Grenzübergang Drewitz/Berlin während einer Vernehmung habe „diese Sorge eher noch verstärkt". Hier liege das eigentliche Problem, betonte Windelen.

„Wir haben in den letzten Monaten eine starke Zunahme von Verdachtskontrollen zu verzeichnen mit den damit verbundenen Belastungen, die jetzt kurz hintereinander in zwei Fällen zu schlimmen Folgen geführt haben." Auch im Todesfall Moldenhauer, so Windelen, müsse es zu einer restlosen Aufklärung kommen. Ein Urteil könne erst abgegeben werden, „wenn wir Gewißheit über den Hergang haben".

Die „DDR" bot nach Angaben von Regierungssprecher Sudhoff sofort an, einen Beamten nach Wartha zu entsenden. Sein Bericht wird heute erwartet.

Der Rentner aus der hessischen Grenzgemeinde Philippstal war am Dienstag gegen 20.30 Uhr auf der thüringischen Seite der Demarkationslinie von „DDR"-Zöllnern wegen angeblicher Differenzen in der Zollerklärung und mitgeführten Geldes zur Vernehmung in die Baracke gebracht worden. Nach Informationen, die das Ostberliner Außenministerium in der Nacht der Ständigen Vertretung Bonn in Ost-Berlin übermittelte, hat Moldenhauer während einer „eingehenden Belehrung" um 20.53 Uhr einen Ohnmachtsanfall erlitten. Um 21.17 Uhr habe ein Notarzt den Tod durch „akutes Herzversagen" festgestellt.

Durch eine Informationspanne waren die Angehörigen des Rentners vom hessischen Innenministerium, an das Mittwoch früh gegen 2 Uhr ein Fernschreiben des Bundesinnenministeriums abgesandt worden war, zunächst nicht über den Verbleib des Vaters unterrichtet worden.

Der Witwer hatte drüben einmal im Monat Verwandte besucht. Am Dienstag war er mit seinem Auto wieder zu einem Tagesbesuch zu der in Vacha lebenden Schwägerin gefahren. Da Vacha im fünf Kilometer breiten Grenzsperrbezirk liegt, den Einwohner der Bundesrepublik Deutschland nicht betreten dürfen, fand das Treffen im nahen Dorndorf an der Werra statt, wo ebenfalls Familienangehörige leben. „Mein Vater hatte keinerlei Geschenke mitgenommen", sagte Karl-Heinz Moldenhauer. „Er hatte fünfzig Mark bei sich, davon mußte er 25 Mark für den Zwangsumtausch verwenden." Der gelernte Schlosser war nach Angaben des Sohnes „kerngesund" und hatte „es lediglich mit der Bandscheibe". Karl-Heinz Moldenhauer will sich notfalls durch Einschaltung eines Anwaltes vollständige Gewißheit über die Vorgänge, die zum Tod seines Vaters führten, verschaffen.

Zu dem Geschehen betonte Minister Windelen in dem WELT-Gespräch, die Nutzung der Durchgangswege durch die „DDR" sei die Wahrnehmung „vertraglich vereinbarter Möglichkeiten". Natürlich habe die „DDR" das Recht, auf die Einhaltung ihrer Bestimmungen zu achten. Aber dabei müsse der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet werden. „Dies gilt auch für die Verkehrskontrollen auf den Autobahnen, also auf Straßen, die von uns wesentlich mitfinanziert wurden und für die auch pauschale Benutzungsgebühren bezahlt werden", sagte Windelen. Andernfalls entstehe „der Eindruck der Beutelschneiderei oder bewußter Abschreckungsmaßnahmen". Beides wäre „gleichermaßen unerträglich". Bonn werde in den zuständigen Gremien der „DDR" diesen Standpunkt deutlich machen und auf Abhilfe dringen. Er hielte es für zweckmäßiger, so sagte Windelen, „wenn diese Fragen vor dem Besuch von SED-Generalsekretär Honecker" geklärt würden.

DER KOMMENTAR

## Tod in Deutschland

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Wenn Honecker nach Westdeutschland kommt, wird er nicht gefragt werden, ob er als lieber Onkel kleine Geschenke ins Saarland mitbringt. Es wird keine Zöllner geben, die ihn in eine Baracke abführen und dort einer „eingehenden Belehrung" unterziehen. Er wird keinerlei Angst verspüren, die ihm das Herz tödlich verkrampft. Nach unserem Grundgesetz bleibt sogar auch er als deutscher Staatsbürger in Deutschland.

Es ist aber besser, wenn er nicht kommt. Wir wollen ihn hier nicht sehen, jedenfalls so lange nicht, wie Bürger aus Westdeutschland vor Angst sterben, wenn sie drüben Verwandte besuchen wollen und im Honecker-Staat von Honecker-Schergen in die Baracke eskortiert und schikanös verhört werden. Wir verbitten uns jede Fernseh-Show, wie der deutsche Bundeskanzler mit breitem Lächeln jenem Mann freundlich die Hand schüttelt, der für das Polizeistaatklima verantwortlich ist, das freiheitsgewohnte Landsleute furchtsam erstarren läßt, sobald sie Honeckers Machtbereich betreten.

Drei Herztode von Besuchsreisenden innerhalb weniger Wochen – ist das nur ein beklagenswerter Zufall? Oder verhält es sich so, daß erst neuerdings öffentlich bekannt wird, was früher geräuschlos in den Akten begraben wurde?

Natürlich muß auch der jüngste Todesfall aufgeklärt werden. Doch was nutzt es, wenn die „DDR", wie im Fall Burkert, von den Ermittlungen angeblich entlastet wird, jedoch schon der nächste Tote gemeldet wird, noch ehe die Akten Burkerts geschlossen werden konnten?

Vielleicht gibt es keine direkt zumeßbare Schuld irgendwelcher „DDR"-Grenzer, es gibt aber ein schuldhaftes, ein unerträgliches System, dessen erster Repräsentant Honecker heißt. Es gibt den Honecker-Staat der kleinlichen Paragraphenreiterei, der bürokratischen Schikanen, der angstmachenden Polizeimethoden.

Solange sein Staat so menschenunwürdig bleibt, wollen wir Honecker hier nicht sehen. Wir wollen auch nicht die erbärmliche Weisheit hören, daß man gerade dann miteinander reden müsse, wenn die Lage schwierig sei. Die „DDR" darf sich nicht länger auf unseren Langmut verlassen können, wenn sie durch Schikanen zurücknimmt, was sie dem Geist abgeschlossener Verträge entsprechend zugestanden hat. Es muß ein Ende haben, daß Deutschen die Angst im Nacken sitzt, wenn sie in den anderen Teil ihres Vaterlandes reisen.

POLITIK

### Stellt Bonn Hilfe für Nicaragua ein?

dpa, Bonn

Nicaragua fügt sich nach Einschätzung der Bonner Regierung außenpolitisch und militärisch zunehmend in die östliche Strategie für Mittelamerika ein. Dies bereite der Bundesregierung „größte Sorge", sagte der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke (CSU), in einem Interview der dpa. Zurückhaltend äußerte sich der Minister zu der Frage, ob Bonn, wie von Washington gewünscht, die Entwicklungshilfe für Nicaragua einstellen werde. Dies werde im Kabinett zu beraten sein. Die Sorge über Nicaragua werde aber „sicher nicht ohne Auswirkung" auf die Stellung des Landes als Entwicklungshilfe-Partner der Bundesrepublik bleiben.

### Weltbankchef: Wirtschaftliche Signale günstig

DW. Frankfurt

Zu einer engen Zusammenarbeit hat Weltbankpräsident Clausen die Industrie- und Entwicklungsländer aufgerufen. In der ZDF-Sendung Bilanz betonte er, für die USA und die Bundesrepublik stünden die wirtschaftlichen Signale günstig. Die übrige Welt folge erst später, und der Aufschwung werde langsamer als erwartet ausfallen. Mit tiefer Sorge betrachtet der Weltbankchef die Verschuldung der Entwicklungsländer. Er hofft zwar, daß das Schlimmste an der internationalen Kreditfront bereits überstanden ist, rechnet aber in den nächsten Monaten mit weiteren Problemfällen, deren Lösung die enge Zusammenarbeit aller am internationalen Banken- und Finanzsystem Beteiligten erforderlich mache.

### Rückzug eines Kronzeugen

Tagelang war der britische Historiker Hugh Trevor-Roper der Kronzeuge für die Echtheit der angeblichen Hitler-Tagebücher. Jetzt hat er in einer Sendung des ZDF öffentlich revoziert: Die Dokumente müßten so lange als Fälschung angesehen werden, solange die Echtheit nicht bewiesen sei. Berichte über die Sendung und die Folgen von Trevor-Ropers „Umfall" auf Seite 3, Leitartikel „Habe die Ehre, lieber Herr Hitler" auf Seite 2.

ZITAT DES TAGES



„Wir haben uns sicher ein ehrgeiziges Ziel gesetzt, aber ich bin ganz sicher, daß wir dieses Ziel erreichen werden."

Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, zu der Zusicherung an Bundeskanzler Kohl, daß jedem ausbildungswilligen Jugendlichen eine Lehrstelle vermittelt werden könne

FOTO: JUPP DARCHINGER

### Einschränkung

rmc. Bonn

Die Verteidigungsexperten in der Bonner Koalition sind übereingekommen, geheimhaltungsbedürftige Themen im Verteidigungsausschuß des Bundestages, wenn überhaupt, dann nur in ganz allgemeiner Form zu behandeln. Damit reagieren die Union und die FDP auf die künftige Präsenz der Grünen auch in diesem Parlamentsausschuß. Ständiges Mitglied der Grünen im Verteidigungsausschuß wird der General a. D. Gert Bastian sein, sein Stellvertreter Roland Vogt. Zur Vorbesprechung der Arbeit des Ausschusses will die Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Fraktion die Referenten des Verteidigungsministers einladen und teilweise auch die zuständigen FDP-Abgeordneten zu diesen informellen Sitzungen bitten.

### „Ein Jahrhundertwerk"

rtr, München

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, hat sich dafür ausgesprochen, zur Entlastung der Justiz Gerichtsverfahren künftig im wesentlichen nur noch auf eine Instanz zu beschränken. Zum Abschluß des 13. Deutschen Richtertages in München sprach Benda gestern von der Möglichkeit eines „Jahrhundertwerks" zur Reform der Justiz. Den Vorschlag, die Rechtsmittel der Prozeßparteien zu beschränken hatte der Vizepräsident des Verfassungsgerichts, Zeidler, zur Eröffnung des Richtertages unterbreitet. Benda sagte, er halte „den Grundgedanken für richtig". Es gebe verfassungsrechtlich „keine gravierenden Hindernisse". „Bestechend" finde er an der Idee die Möglichkeit, die „unglückselig verlaufene Zentralisierung" der Justiz vor allem auf der Ebene der Amtsgerichte wieder rückgängig zu machen.

### Initiative für Heß

W. K. München

Der Verteidiger des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß, der Rechtsanwalt Alfred Seidl, will im Zusammenhang mit dem Streit um die angeblichen Tagebücher Adolf Hitlers das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe anrufen. Das höchste deutsche Gericht solle die Bundesregierung verpflichten, so der Anwalt zur WELT, bei Bemühungen um die Freilassung Heß' aus 42jähriger Haft mit rechtlichen Argumenten bei den Siegermächten vorstellig zu werden und nicht lediglich auf humanitäre Aspekte zu verweisen. „Nur wenn er freigelassen wird, ist zu erwarten, daß er sich zu der Frage der Echtheit der Tagebücher unbeeinflußt äußert", meinte Seidl, der Heß bereits vor dem Nürnberger Militärtribunal verteidigt hatte.

WIRTSCHAFT

### Entschiedene Absage

DW. Köln

Eine entschiedene Absage hat der Arbeitgeberverband Gesamtmetall den Forderungen der Gewerkschaften nach einer 35-Stunden-Woche mit Lohnausgleich erteilt. Sie würde die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Metallindustrie zerstören und Hunderttausende von Arbeitsplätzen vernichten, erklärte Gesamtmetall gestern in Köln.

### Deutsche Millionäre

dpa, Bonn

Die Masse der Deutschen war noch nie so reich wie heute, ermittelte das Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (IWG), das von dem CDU-Politiker Kurt Biedenkopf geleitet wird. In einer gestern in Bonn veröffentlichten Studie über die Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte heißt es, Armut sei heute in der Bundesrepublik gemessen am internationalen Maßstab „nur eine sehr relative Armut". Bezieht man die Rentenansprüche in die Rechnung mit ein, lebe jeder 25. Bürger in einem Millionärshaushalt, schreibt das Institut. Das Durchschnittsvermögen eines deutschen Haushalts liegt der Studie zufolge bei schätzungsweise 230 000 Mark. Dazu kämen 130 000 Mark Ansprüche an das gesetzliche Versorgungssystem. Seite 3

### Neuer Kurshöchststand

DW. Frankfurt

Die Aufwärtsbewegung am Aktienmarkt hat sich nach dem leichten Kursrückgang gestern verstärkt fortgesetzt. Der WELT-Aktienindex erreichte mit 141,1 (139,7) einen neuen Höchststand. Am Rentenmarkt gaben öffentliche Anleihen weiter nach. Dollar-Mittelkurs 2,4527 (2,4506) Mark. Goldpreis je Feinunze 434,25 (435,50) Dollar.

WETTER

### Wechselhaft

DW. Essen

Im gesamten Bundesgebiet wechslend bewölkt mit einzelnen Schauern bei Tagestemperaturen zwischen 15 und 19 Grad.

## Bischöfe tolerieren die Abschreckung

### Aber nur unter „strengsten Bedingungen" / Für Politik der Kriegsverhütung

GERNOT FACIUS, Bonn

Die deutschen katholischen Bischöfe haben in ihrer 70-Seiten-Erklärung „Gerechtigkeit schafft Frieden" die Abschreckungsstrategie sittlich toleriert, „sofern auf sie zur Aufrechterhaltung der Sicherheit auf dem mühsamen Weg zur Abrüstung nicht sofort und ersatzlos verzichtet werden kann". Sie knüpften diese Tolerierung allerdings an „strengste Bedingungen".

Leitmotiv des gestern in Bonn vorgestellten Papiers, das von der Bundesregierung und den großen Parteien begrüßt wurde, ist die päpstliche Aussage, wonach es eine „tragische Illusion ist zu meinen, der Rüstungswettlauf könnte bis ins Unendliche so weitergehen, ohne eine Katastrophe heraufzubeschwören". Joseph Kardinal Höffner, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, verwies auf den Unterschied zum Entwurf der amerikanischen Bischöfe. Die US-Oberhirten nähmen Stellung zum Einsatz nuklearer Waffen. Der Ersteinsatz werde von ihnen als „nicht zu rechtfertigendes Risiko" abgelehnt. Dazu Höffner: „Wir äußern uns nicht zum Einsatz nuklearer Waffen. Uns geht es um Friedensförderung, Gewaltminderung und Kriegsverhütung in der Hoffnung, daß diese Notordnung nie versagt, daß also nie das Schreckliche eintritt, das durch Abschreckung verhütet werden soll."

Die Autoren des Textes stellen Friedensförderung und Friedenssicherung in einen Zusammenhang. Drei Bereiche werden herausgegriffen: Die Achtung der allgemeinen Menschenrechte, die Förderung der internationalen Gerechtigkeit – gefordert wird unter anderem ein mit Sanktionsgewalt ausgestatteter „Weltgerichtshof" – und die Entwicklung einer Weltfriedensordnung. An den Anfang gestellt wird beim Thema „Friedenssicherung" die Bedrohung durch totalitäre Systeme, die eine ständige politische, geistige und moralische Auseinandersetzung fordere. Im Marxismus-Leninismus wird eine der Hauptursachen des Ost-West-Konflikts gesehen. Die deutschen Bischöfe treten dabei für eine „Repolitisierung" der Ost-West-Diskussion ein.

An zweiter Stelle wird die Bedrohung durch die Rüstungseskalation genannt. Es gelte alles zu tun, „was im gemeinsamen Überlebensinteresse die Risiken der Hochrüstung mindert, ohne die eigene Sicherheit zu gefährden". Die Verteidigung eines Friedens, der durch die Achtung der Menschenwürde und durch konkrete Freiheiten bestimmt wird, könne einstweilen auch auf einen militärischen Beitrag nicht verzichten. Ziel eines militärischen Beitrags zur Friedenssicherung dürfe aber nicht die Kriegführung, „sondern muß die Verhinderung des Krieges sein, und zwar jedes Krieges".

„Ein einseitiger Verzicht auf Nachrüstung", sagt Prälat Josef Homeyer, Sekretär der Bischofskonferenz, „ist mit diesem Text unvereinbar". Und der Wiener Erzbischof, Franz Kardinal König, der bei der Schlußfassung des Papiers zugegen war, äußerte sich in einem KNA-Interview skeptisch zu Vorschlägen einer einseitigen Abrüstung. Er habe zwar Verständnis für die in der „Friedensbewegung" vorgebrachten Argumente, jedoch sei er mit seinen Amtsbrüdern der Auffassung, man müsse den Appell zur Vernunft an beide Seiten gleichermaßen richten.

Seite 2: Wort zum Frieden
Seite 5: Auszüge aus der Erklärung

## Rentenversicherung warnt vor „Liquiditätsklemme"

### BfA-Präsident: Aus eigener Kraft nicht zu beheben

GISELA REINERS, Berlin

„Ohne dramatisieren zu wollen: Die deutsche Rentenversicherung hängt am Tropf. Gefahr ist im Verzug." Diesen warnenden Satz äußerte bei einem Presseseminar in Berlin der Präsident der Bundesversicherungsanstalt (BfA) für Angestellte, Klaus Hoffmann.

Unter dem Hinweis, hier werde „nicht in Pessimismus gemacht" und die BfA betreibe keine Schwarzmalerei, machte er deutlich, daß die Rentenversicherung 1984 in ernsthafte Liquiditätsschwierigkeiten komme, wenn nicht bald und wirksam geholfen werde. 1983 schaffe man es noch, die Liquiditätsklemme aus „Bordmitteln" zu überwinden; das sei 1984 nicht mehr möglich.

Es sei zwar, sagte Hoffmann, mit der im Gesetz vorgesehenen Bundesgarantie Vorsorge getroffen, daß die Rentenversicherung nicht zahlungsunfähig werden könne.

Hoffmann bemängelte es, daß der Rentenversicherung von der Regierung keine Daten für eine mittelfristige (vier Jahre) Berechnung der Rentenfinanzen zur Verfügung gestellt worden seien. Nur für 1983 seien die Daten vorgegeben worden: 3,5 Prozent Entgeltsteigerung, 2,35 Millionen Arbeitslose und eine Abnahme der Beschäftigtenzahl um 1,9 Prozent. Der Schätzerkreis habe sich deshalb darauf geeinigt, die Entgeltsteigerung und die Arbeitslosenzahl bis 1986 fortzuschreiben und bei der Beschäftigung eine Verbesserung um 0,45 Prozent für 1984 und die beiden Folgejahre von jeweils 0,56 Prozent zu unterstellen.

Der BfA-Präsident äußerte seine Überraschung, daß nun am vergangenen Sonntag, bei einem Gespräch im Bundesarbeitsministerium, mitgeteilt worden sei, daß für 1984 eine Entgeltsteigerung von vier Prozent und eine Zunahme der Beschäftigtenzahl von 0,5 Prozent angenommen werde. Diese Rechnung verbessere die Liquiditätsrechnung der Rentenversicherung jedoch nur marginal, da sie nur mit 650 Millionen Mark zu Buche schlage. Es müsse jedoch schon mit Skepsis betrachtet werden, daß die Tarifabschlüsse, die bisher unter den angenommenen 3,5 Prozent geblieben seien, sich im nächsten Jahr verbesserten. Es sei im Gegenteil damit zu rechnen, daß dann der Arbeitszeitverkürzung statt Tarifanhebung der Vorzug gegeben werde.

Hoffmann rechnete vor, daß die Reserven der Rentenversicherung – wenn nichts Einschneidendes passiere – spätestens im September 1984 restlos aufgebraucht seien. Bereits im April dürfte der Wert von 0,3 Monatsausgaben unterschritten sein (0,28). (Eine Monatsausgabe ist als Schwankungsreserve vorgeschrieben.) Selbst wenn die Regierung beschließe, daß die Sonderzahlungen der Arbeitnehmer wie Urlaubs- und Treuegeld sowie 13. Gehalt gezwölftelt und mit Sozialabgaben belegt werden, helfe das nicht. Denn die Sonderzahlungen würden am Jahresende geleistet und damit erst 1985 kassenwirksam. Außerdem seien die der Rentenversicherung zufließenden Beträge bisher von der Bundesregierung mit 2,9 Milliarden Mark zu hoch angesetzt worden. Inzwischen würden nur noch 2,2 Milliarden veranschlagt.

Seite 10: Rückendeckung

## Pöhl: Der Aufschwung ist kein Strohfeuer

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der konjunkturelle Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland ist nach Überzeugung von Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl nicht nur ein kurzes Strohfeuer. Noch sei zwar die Stimmung besser als die Lage, räumte Pöhl auf dem Sparkassentag in Frankfurt ein, aber die Zuversicht werde auch durch objektive Daten wie die deutliche Zunahme des realen Bruttosozialprodukts im ersten Quartal 1983 zunehmend gestützt. Pöhl hält einen weiteren Anstieg für wahrscheinlich. In seiner Einschätzung fühlt sich der Bundesbankpräsident auch durch den Rückgang der Inflationsrate auf unter zwei Prozent – die vergangenen sechs Monate auf Jahresrate hochgerechnet – bestärkt, durch die Lohnabschlüsse und den Zinsrückgang.

Allerdings machte Pöhl auch klar, daß inzwischen die Grenzen für einen weiteren Zinsrückgang deutlich geworden seien. Er wies jedoch zugleich die Kritik zurück, die Bundesbank sei mit der jüngsten Leitzinssenkung um einen vollen Prozentpunkt zu weit gegangen und habe mit der expansiven Geldpolitik den Keim für eine Wiederbeschleunigung der Inflation im nächsten oder übernächsten Jahr gelegt. Der Notenbankchef räumte zwar ein, daß die über den Zielkorridor hinausgeschossene Geldmengenausweitung nicht ins Konzept der Bundesbank paßt, aber er erwartet nach den massiven Devisenabflüssen, daß sich die Geldmenge in den nächsten Monaten dem Zielkorridor nähert.

Die Sparkassen rief Pöhl auf, nicht nur mit den Kreditzinsen rascher auf Veränderungen der Notenbank zu reagieren sondern auch mit den Sparzinsen.

Seite 11: Schaden für Weltwirtschaft

## Kohl in Rom: Anstrengungen für Europa

F. MEICHSNER, Rom

Bundeskanzler Kohl und der italienische Ministerpräsident Fanfani haben bei ihren Konsultationen gestern in Rom vor allem zwei Themen erörtert: Das Sicherheits- und Rüstungsproblem sowie die Lage und Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft. Der Gedankenaustausch ergab eine völlige Übereinstimmung der Ansichten – ausgenommen in der Frage der europäischen Agrarpreise.

Den Standpunkt zur Sicherheits- und Rüstungsfrage umriß Kohl am Abend in seiner Tischrede: „Wir setzen uns gemeinsam für einen wirklichen Durchbruch in den Genfer Verhandlungen ein, um eine Vereinbarung zu erreichen, die den Prinzipien von Gleichheit und Gleichgewicht und damit den Interessen aller Beteiligten gerecht wird. Aber wir halten auch gemeinsam an beiden Teilen des (NATO-Doppelbeschlusses fest." Das bedeute, daß beide Länder zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen entschlossen seien, falls man in Genf zu keiner Einigung kommen solle.

In der Europa-Frage herrschte Einikeit darüber, daß jede Anstrengung gemacht werden sollte, um die Hindernisse auszuräumen, die der Unterzeichnung einer „feierlichen Erklärung zur Europäischen Union" auf dem Stuttgarter EG-Gipfel im Juni noch im Wege stehen. Diese Hindernisse, die vor allem das Mehrheitsprinzip in der EG und die Befugnisse des Europäischen Parlaments betreffen, liegen nach Darstellung deutscher Delegationskreise in Paris, London und Kopenhagen.

Ein letzter Einigungsversuch sollte auf dem für den 14. und 15. Mai nach Gymnich bei Bonn einberufenen Treffen der EG-Außenminister gemacht werden.

## Warschau verschärft Druck auf die Kirche

KNA/DW. Warschau

Im Vorfeld der am 1. Mai erwarteten Demonstrationen in Polen verstärken die Militärs den Druck auf die katholische Kirche. Politbüromitglied Kazimierz Barcikowski verlangte in einem Schreiben an Kardinal Macharski (Krakau) von den Bischöfen, dem Klerus die Teilnahme an den von der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" angekündigten Kundgebungen zu verbieten. Barcikowski, Leiter der gemischten Kommission aus Vertretern des Staates und der Kirche, schrieb ausdrücklich, das Verhalten der Bischöfe am 1. Mai könne den für Juni vorgesehenen Besuch des Papstes in Polen beeinflussen. Die katholische Kirche wies die Forderung der Militärs zurück, die Gottesdienste in allen Kirchen des Landes am kommenden Sonntag auf den Nachmittag und Abend zu verlegen.

Die Botschaft Barcikowskis an den Krakauer Erzbischof spiegelt Befürchtungen der Behörden wider, die Bevölkerung werde, statt an den offiziellen Feiern teilzunehmen, die Gotteshäuser besuchen, und im Anschluß daran könne es zu „Störungen der öffentlichen Ordnung" kommen. So hatte zum Beispiel das Warschauer „Solidarität"-Komitee die Bevölkerung aufgerufen, sich um 9.45 Uhr in der Altstadt zu versammeln, um sich dann nach einem Gottesdienst zu einem Demonstrationszug zu formieren.

Ein weiteres Zeichen für die verstärkten Spannungen zwischen Kirche und Staat in Polen ist eine Anweisung des Bischofs von Danzig, Lech Kaczarek, an die Priester seiner Diözese, einer vom Danziger Bürgermeister zur gemeinsamen Vorbereitung des Papst-Besuchs einberufenen Versammlung fernzubleiben.

## Mexiko und Brasilien suchen Weg aus der Wirtschaftskrise

### Konferenz in Cancun / „Keine Allianz der Schuldner"

DW. Cancun

Die Staatschefs Mexikos und Brasiliens, Miguel de la Madrid und Joao Figueiredo, wollen gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um ihre Länder aus der schweren Wirtschaftskrise zu führen. Maßnahmen zur gegenseitigen Hilfeleistung sollen auf einer Gipfelkonferenz ausgearbeitet werden, die gestern im mexikanischen Badeort Cancun begann.

Mexiko und Brasilien sind die beiden höchstverschuldeten Länder der Dritten Welt. Die mexikanischen Auslandsschulden werden auf 83 Milliarden Dollar geschätzt, Brasiliens Verpflichtungen im Ausland auf etwa 90 Milliarden. Beide Länder haben erhebliche Probleme, allein die Zinsen für ihre laufenden Zahlungsverpflichtungen aufzubringen. Das meiste Geld schulden sie amerikanischen Großbanken.

Beiden Ländern droht außerdem die völlige Zahlungsunfähigkeit. Um einen Staatsbankrott mit unabsehbaren Folgen für die Weltwirtschaft zu verhindern, bemühen sie sich mit Hilfe internationaler Organisationen um eine umfangreiche Umverteilung ihrer Schulden. Erschwerend hinzu kommt die ausufernde Inflation. Die brasilianische Inflationsrate liegt bei 110 Prozent, die Mexikos bei 100 Prozent.

Vor der Begegnung der Staatschefs war von beiden Seiten dementiert worden, daß es darum gehe, eine „Allianz der Schuldner" zu schmieden. Brasilien, das vor allem Maschinen und Fertigprodukte nach Mexiko liefert, möchte das System des Tauschhandels ausbauen, um für die Lieferungen mexikanischen Erdöls nicht mit den knappen Devisen bezahlen zu müssen.

De la Madrid will seinen brasilianischen Amtskollegen auch über die Bemühungen Mexikos informieren, zusammen mit Kolumbien, Venezuela und Panama eine friedliche Lösung der Konflikte in Mittelamerika zu finden. Beide Staaten haben sich für die Beilegung der Konflikte auf dem Verhandlungswege ausgesprochen. Die betroffenen Nationen sollten ohne Einwirkung Dritter ihre Dispute regeln. In diesem Zusammenhang dürfte auch der Besuch von US-Außenminister Shultz in der vergangenen Woche in Mexiko zur Sprache kommen.

## Heute in der WELT



F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## *Wort zum Frieden*

Von Horst Stein

Es hat schon seine Richtigkeit, daß die großen Kirchen sich der Ängste annehmen, die ihre Völker bedrücken, Gläubige wie Ungläubige gleichermaßen. Auch wenn ihr Auftrag nicht *von* dieser Welt ist, so haben sie ihm doch *in* dieser Welt zu gehorchen. Die Spannung zwischen Wirklichkeit und Transzendenz prägt denn auch folgerichtig das lang erwartete „Wort zum Frieden", mit dem sich die Deutsche Bischofskonferenz ebenso behutsam wie deutlich in die Diskussion über Nachrüstung und nukleare Abschreckung eingeschaltet.

Natürlich maßen sich die Oberhirten nicht an, die spezifische Verantwortung der Politiker zu ignorieren, indem sie etwa den gegenwärtigen Stand von Abrüstungsverhandlungen bewerteten oder über die Angemessenheit von Nachrüstung und Rüstungsverzichten urteilten. Ihr Respekt vor dem, „was des Kaisers ist", das heißt vor der eigenständigen Verantwortung der Regierungen und Politiker, legte ihnen nicht minder Zurückhaltung in der Frage nahe, ob denn die Option eines defensiven Ersteinsatzes nuklearer Waffen erlaubt sei oder nicht.

Der deutsche Episkopat faßte seinen seelsorgerischen Auftrag anders auf: Ihm ging es darum, eine Art Doppelstrategie von Kriegsverhinderung und Friedensförderung zu entwickeln nach dem Motto, das dem Hirtenwort auch voransteht: Gerechtigkeit schafft Frieden. Aber die Bischöfe fühlten sich auch frei genug, nachdrücklich an die Pflicht zu verantwortbarer Abrüstung zu erinnern und daran, daß nukleare Abschreckung auf Dauer kein hinreichend verläßliches Instrument der Friedenssicherung sei.

Dies ist ein Appell an die Phantasie und die Willenskraft aller Regierungen, sich dem bloßen Sog der Sachzwänge kreativ zu widersetzen. Dem Ruf nach Vorleistungen halten sie darum konsequent entgegen, daß diese die eigene Sicherheit und das legitime Eigeninteresse nicht gefährden dürften.

Keiner soll sagen, dies hätten NATO-Bischöfe geschrieben!

## *Europa live*

Von Ulrich Lüke

Es war schon immer etwas teurer, einen besonderen Geschmack zu haben. Das Europäische Parlament hat sich gestern darin gefallen, in einem Brüsseler Kongreßsaal eine Sondersitzung abzuhalten, obwohl es über einen voll funktionsfähigen Plenarsaal in Luxemburg hätte verfügen können. Der wäre nicht nur technisch besser gewesen, seine Benutzung hätte auch Geld gespart. Die zusätzlichen Kosten der Brüsseler Sitzung müssen dagegen gerade angesichts des Beratungsthemas Arbeitslosigkeit peinlich wirken. Aber einer Minderheit von Europa-Abgeordneten, vor allem aus Großbritannien, ging es um eine Demonstration zuGunsten Brüssels als Sitzungsort.

Die Initiatoren dieser Aktion – das steht schon nach den ersten Beratungsstunden fest – haben das Gegenteil erreicht. Nach dieser Sitzung in zu engen Räumen, in schlechter Luft und ohne ausreichende technische Kapazitäten werden noch mehr Abgeordnete als bisher die Qualitäten ihres „Stammquartiers" Straßburg zu schätzen wissen.

In der Sache, um die es auf der Brüsseler Sondersitzung geht, hat das Europa-Parlament dagegen wieder einmal bewiesen, daß es besser und konkreter zu arbeiten weiß als die anderen EG-Institutionen. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Europa erarbeiteten sie in einer sehr ernsthaften Debatte konkrete Vorschläge. Zum Beispiel den, die Mittel des EG-Sozialfonds kräftig zu erhöhen und sie fast ausschließlich zur Förderung der Berufsausbildung arbeitsloser Jugendlicher zu verwenden. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hatte diesen Vorschlag gestern als amtierender EG-Ratspräsident akzeptiert.

Das Deutsche Fernsehen tat gut daran, diese Parlamentsdebatte live zu übertragen. Sie belegte, daß Europa sich doch bewegt – auch wenn man genau hinschauen muß.

## *UNO-Rituale*

Von Hans Germani

Die Pariser Namibia-Konferenz – Schirmherr: die Vereinten Nationen – hat zumindest diesen Erfolg erzielt: Die langjährige Arbeit der fünf westlichen Vermittlerstaaten, darunter die USA und die Bundesrepublik, ist gründlich torpediert. So ließ das Gremium auf der Konferenz allein den Moskau-hörigen Swapo-Führer Sam Nujoma als Sprecher für Namibia auftreten. Die Forderung Südafrikas, auch andere, demokratische Namibia-Parteien zur Konferenz zuzulassen, waren vom UNO-Generalsekretariat abgeschmettert worden. Entsprechend stellten Nujomas Herren, die Sowjets, die stärkste Delegation in Paris.

Die Veranstalter interessierten sich nicht dafür, daß die vorerst letzte Offensive der Swapo, im Februar/März aus Angola vorgetragen, mit der Zerschlagung ihrer 800-Mann-Elitetruppe endete, von denen die Hälfte getötet wurde. Kein Wort auch darüber, daß die Guerrilla in anderthalb Jahren von 12 000 auf 7000 Mann geschrumpft ist, meistenteils, weil die Kämpfer desertierten. Die Swapo bleibt weiterhin als „einzige Vertretung" Namibias anerkannt.

Natürlich hat die UNO-Konferenz nicht versäumt, Südafrika der Destabilisierung Angolas anzuklagen. Das übliche Ritual. Es ist das angolanische Regime selbst, das sich durch seine prosowjetische Diktatur und den darin begründeten Aufstand des Angola-Volkes (unter Savimbi) destabilisiert und den Abzug der Kubaner verweigert.

Die UNO-Konferenz blieb nicht folgenlos. Schon hat der Vorsitzende der stärksten Partei Namibias, Dirk Mudge, erklärt, eine Wahl unter Aufsicht einer so parteiischen UNO sei endgültig inakzeptabel. Südafrikas Außenminister Botha unterstützte ihn in einem Brief an den Generalsekretär der Vereinten Nationen: Eine UNO, die so eindeutig Partei für Sowjetsatelliten ergreife, sei zur Überwachung einer freien Wahl nicht tauglich. Sie wäre in der Tat wohl so „frei" wie eine Wahl in Afghanistan unter sowjetischer Aufsicht.




ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

# Habe die Ehre, lieber Herr Hitler

Von Herbert Kremp

Wenn die angeblichen Tagebücher Hitlers den Bürger am Kiosk etwas lehren, dann ist es der innere Zusammenhang zwischen Weltgeschichte und Preiserhöhung für eine Illustrierte. Glaubwürdigem Vernehmen nach war das „Dokument von weltgeschichtlichem Rang" (Klaus Harpprecht im „Stern-TV") bereits im vergangenen Herbst auf der Rampe, doch wurde der Start auf April dieses Jahres umdisponiert, weil just in diesem Monat der Preis für das Bilderblatt von DM 3,– auf DM 3,50 kletterte. Geld regiert die Welt – mithin auch ihre Geschichte?

Von diesem Zusammenhang abgesehen, können wir einen zweiten registrieren. Nachdem die Enthüllungsgeschichte über den Fundamente-Filz der Neuen Heimat an der Illustrierten vorbei in die Spalten des benachbarten „Spiegel" gerauscht war und Rudolf Augstein im deutschen Alleingang für die jüngste Magazin-Ausgabe den properen Andropow unter die Leute brachte – seit 21. Februar kostet der „Spiegel" DM 4,– anstatt DM 3,50,–, holte die Illustrierte eilends zum Gegenschlag aus. Um Andropow aus der Aufmerksamkeit zu verdrängen, zog sie das Erscheinen des „Dokuments von weltgeschichtlichem Rang" um drei Tage auf Montag vor. Und siehe da, es gelang: Von Hitler reden sie jetzt alle, von dem fernen Nachfolger Stalins kein Mensch. Holt uns die Vergangenheit ein?

Über die Echtheit oder Unechtheit der aus dem Dunkel gegriffenen Hitler-Skripten sagt das freilich nichts aus. Wohl aber verstärkt die offenkundige Hegemonie des Marktes über alle Dispositionen den Verdacht, daß die strenge Methodik historischen Quellenstudiums dem Ringen um publizistische Machtanteile geopfert worden sein könnte. Dies läge in der Natur des Mediums, wie der renommierte Kölner Historiker Hillgruber am Dienstagabend über den flugs geöffneten ZDF-Kanal anmerkte. In dieser Natur blühen auch Plastik-Blumen; im zeitgeschichtlichen Falle ist das einfach eine Sache des Arrangements, des Aufbereitungs-Ikebana. Die Illustrierte verschweigt die Herkunft des Materials, schickt die Rechercheure in Quarantäne, packt Zeitzeugen samt Hauptreporter Heidemann in einen nicht hinterfragbaren Werbefilm und läßt einen in die Historikerrunde delegierten Chefredakteur erklären, das alles sei für die „erwachsene Öffentlichkeit" bestimmt.

Damit reimt es sich nun auf ironische Art, daß der durchaus erwachsene Kronanwalt der Hitler-Story, der Cambridge-Historiker Trever-Roper, innerhalb kurzer Erfahrungszeit glatt umgefallen ist. Hatte er in der vergangenen Woche in der Londoner „Times" noch die Echtheit der Tagebücher bestätigt, gab er im ZDF-Kanal seine „Meinungsänderung" kund. Das Mitglied des „Times"-Direktoriums, angesichts des Quergeschäfts mit der deutschen Illustrierten zwischen die Mühlsteine der Weltgeschichte und einer Zeitungsauflage geraten, machte auf dem Bildschirm einen geschlagenen Eindruck: „Ich glaube nicht, daß die Herkunft der Dokumente feststeht. Die Beweislast liegt bei denen, die sie kennen. Es handelt sich um Fälschungen, solange das Gegenteil nicht bewiesen ist."

Ein Schlag in die Galaxe, eine einzigartige Bekundung des Mißtrauens gegen das „Dokument von weltgeschichtlichem Rang", dessen genaue Prüfung ihm wie anderen Historikern verweigert wurde. Hitlers 60 Tagebücher, bislang nur kriminaltechnisch gesichtet und beurteilt, werden in der Grauzone der Ungewißheit bleiben, bis sich eine internationale Historiker-Kommission (Prof. Hillgruber) ihrer fachlich annehmen kann. In der Zwischenzeit jedoch wirkt der auf den Markt geschleuderte Stoff stark und möglicherweise verformend auf das Geschichtsbild ein. Hitler wandelt sich durch Unbewiesenes, durch bloße Mutmaßung, für die eine einzige Publikation das Monopol der Manipulation besitzt. Genau gezielt auf das 50. Jahr der Machtergreifung wird er zu einem Herrn vom anderen Stern.



Hitler-Idylle FOTO: HEIDE REISS

Denn er war „ein normaler Mensch – einer wie wir", harmlost der frühere Brandt-Ghostwriter Harpprecht in seinem Barden-Film für die Illustrierte. Na also: Grüß Gott, lieber Führer Adolf Hitler. Aus den rätselhafterweise kontinuierlich gebliebenen Schriftzügen der Tagebücher stiehlt sich ein fast liebenswerter Mensch hervor. Nicht, daß man ihn jetzt in einen Invalidendom packen würde, weit gefehlt. Aber der deutsche Stammtisch arbeitet ihn nun als den deutschen Staatsmann auf, der (mit den Briten) Frieden wollte und deshalb die Panzer vor Dünkirchen stoppte und den Heß abspringen ließ; als den Staatsmann, der auf eine persönliche Verantwortung für die Judenvernichtung nicht festzunageln ist, weil er doch schrieb. Man müsse für diese Juden einen „Platz im Osten finden, wo sie sich selbst ernähren könnten". War das nicht vor- und fürsorglich?

Das ist nicht nur Geschichtsklitterung, das ist Politik. Sie will einer neuen Hitler-Diskussion den Weg bahnen, in der deutsche Unberechenbarkeit und Labilität 38 Jahre nach dem Krieg und 50 Jahre nach der „Machtergreifung" eine wiederholte, vor allem im kommunistischen Lager ersehnte Bestätigung finden könnten. Der Intelligenz der Illustrierten unterstellen wir solche Pläne nicht. Dann eher noch Hitlers Intelligenz, der, wenn er wirklich Tagebuch geschrieben hat, die Nachwelt zu desinformieren trachtete. Dieser kritische Gedanke kam der Illustrierten nicht. Überhaupt: Wie Augstein die Tugend des kritischen Journalismus vor Andropow verloren hat, so Nannens Nach-Mannschaft vor Hitler. Geschäftige Autoritätsgläubigkeit gegenüber falschen Autoritäten.

## IM GESPRÄCH Roger Asmussen

# Minister und Uhu-Vater

Von Bernd Lampe

In den zwölf Jahren, in denen die schleswig-holsteinische CDU mit absoluter Mehrheit regiert, hat es fünfmal einen Wechsel an der Spitze des Finanzministeriums gegeben; das lag daran, daß die Ressortchefs bis auf eine Ausnahme mit neuen wichtigen Ämtern betraut wurden. Mit Roger Asmussen ist nun ein Volkswirt zum Finanzminister berufen worden – seine Vorgänger in diesem Zeitraum waren Juristen.

Bei Asmussen, dem das Etikett spröde zu sein anhaftet, kann leicht der Eindruck entstehen, meisterhaft Zahlenwerke auf Kosten kreativer Phantasie zu beherrschen. Als Neuling im Landtag ging er 1971 aus Neigung in den Finanzausschuß und war in den letzten zehn Jahren Vorsitzender dieses Gremiums. Standen finanzpolitische Entscheidungen an, so wollte er sie von der Sache und vom Machbaren her getroffen wissen. Kaum einer seiner Landtagskollegen vermochte ähnlich mit den Daten des Haushalts umzugehen; für ihn ist das die in Zahlen gegossene Politik, die den Handlungsspielraum bestimmt. Das führte *dazu, daß* seine Sachkompetenz mit Nüchternheit verwechselt wurde.

Als Geschäftsführer des Unternehmensverbandes Westküste praktizierte Asmussen bei der Beratung von Firmen Marktwirtschaft, die für ihn schon seit seinem Studium das optimale Wirtschaftssystem ist. Das war für ihn auch der Grund, sich bei der CDU zu engagieren, da die christlichen Demokraten seinen Vorstellungen von einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung am meisten entsprachen. So schloß er sich 1964 der Jungen Union an und trat 1968, als er nach Dithmarschen an der schleswig-holsteinischen Westküste zog, in die CDU ein. Asmussen wohnt heute mit seiner Familie vor den Toren Heides in einem Bauernhaus. Das entspricht auch dem Naturell des 46jährigen, der in der Nähe von Bremerhaven auf einem Dorf einen Teil seiner Kindheit verbrachte und seitdem immer einen engen Bezug zur Natur hatte.



Zahlen, die Politik bedeuten: Roger Asmussen FOTO: DIE WELT

Auf seinem Hof widmet sich der Finanzexperte einer ausgefallenen Freizeitbeschäftigung, die für ihn mehr als ein Hobby geworden ist: Er züchtet Uhus. Mit Bestürzung hatte Asmussen nach einem Umbau seines Hauses festgestellt, daß dort lebende Schleiereulen verschwunden waren. Das brachte ihn auf den Gedanken, aktiv für den Artenschutz einzutreten. In großen selbst gezimmerten Volieren begann er Uhus zu züchten, um sie später auszuwildern. Drei Paare brüten zur Zeit. Die ersten Uhus wurden inzwischen in die Freiheit entlassen. Seit mehr als zwei Jahren leitet Asmussen als Vorsitzender des Landesverbandes Eulen-Schutz ein Programm zur Wiedereinbürgerung des Uhus in Schleswig-Holstein.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### NEUE RUHR ZEITUNG

**Zum deutsch-deutschen Verhältnis schreibt das Essener Blatt:**

Nichts, aber auch gar nichts ist „normal" im deutsch-deutschen Verhältnis. Seit der Zementierung der Spaltung Deutschlands kann von „Nachbarschaft" oder gar „gutnachbarlichen Beziehungen" keine Rede sein. Die über 1000 Kilometer lange Grenze von Schwerin in Mecklenburg bis Sonneberg in Thüringen und die Mauer, der Stacheldraht und die KZ-Türme rund um West-Berlin sind weltweit die brutalsten Grenzen. Es gibt auch nur annähernd keine vergleichbare Perfektion in der Abwehr und Abschreckung, der Bedrohung und der erkennbaren Morddrohung, wie von der politischen Führung der DDR seit nun gut zwei Jahrzehnten praktiziert. Das festzustellen bleibt notwendig, solange der mitteldeutsche Polizeistaat die Abgrenzung gegenüber dem freien Teil Deutschlands zur obersten Richtschnur seiner Politik macht. Ursache und Wirkung dürfen nicht verwechselt werden, wenn über den Tod des Transitreisenden Rudolf Burkert diskutiert wird – und die Akten jetzt vorerst geschlossen werden.

### LE FIGARO

**Die Pariser Zeitung stellt fest, daß die Europäische Gemeinschaft trotz aller Gefährdungen und Probleme bestehen bleiben werde:**

Der ‚Aufbau Europas' ist in den Hintergrund der Sorgen der Völker und vor allem der Regierungen gerückt ... Wenn morgen Spanien und Portugal beitreten, werden diese Unterschiede möglicherweise ausufern, und Europa erreicht seine kritische Größe, die das Zerreißen und das Auseinanderbrechen auslösen könnte. Diese Aussicht wird in dem Maße stärker, wie die wirtschaftlichen Entwicklungen in den Mitgliedsländern auseinanderdriften – allerdings weniger, als man oft meint, denn Länder, die in einer mehr oder weniger starken Krise stecken, sind die Regel. Eine große Ausnahme ist die Bundesrepublik, deren heute wirtschaftliches und morgen zweifellos auch politisches Gewicht die Partner zu erdrücken droht ... Die EG ist außerdem seit Jahren von dem Wirtschaftskrieg bedroht, der den Planeten erschüttert. Japan, die neuen Industrieländer der Dritten Welt, die USA ... versuchen Europa ihre Gesetze aufzuzwingen. Und Europa reagiert oft genug nicht als solches, sondern jedes Mitglied verteidigt sich selbst oder führt eigene Gegenangriffe und täuscht dabei seine Partner. Trotz allem bleibt Europa eine solide Konstruktion. Die Volkswirtschaften der Mitglieder sind heute derartig miteinander verbunden, die Solidarität in jedem Bereich ist so unerläßlich geworden, daß man sich ... den Austritt des einen oder anderen Landes oder die Auflösung der Gemeinschaft kaum vorstellen kann.

### THE TIMES

**Das Londoner Blatt merkt zur Lage im westlichen Bündnis an:**

Das Gipfeltreffen vom letzten Jahr in Versailles war vom transatlantischen Streit um die sibirische Erdgasleitung geplagt. Nun scheint die Gefahr zuzunehmen, daß der Gipfel des nächsten Monats in Williamsburg von einem weiteren transatlantischen Streit über verschiedene Gesichtspunkte des Ost-West-Handels überschattet wird. Falls dies geschieht, wird es dem atlantischen Bündnis schaden, dessen Entschlossenheit ohnehin schon wegen der Stationierung von Mittelstreckenraketen auf die Probe gestellt wird.

... Eine gemeinsame Haltung des Bündnisses ist dringend erforderlich. Sie ist aber nur zu erreichen, wenn sowohl Europa als auch die Vereinigten Staaten die Haltung und die Interessen der jeweils anderen Seite des Atlantiks stärker berücksichtigen.

# Uwe Ronneburger oder Der lange Marsch durch die Hierarchie

Anmerkungen zu seiner Wahl zum stellvertretenden Fraktionschef der FDP / Von Georg Schröder

War das nicht erst vorgestern, daß Uwe Ronneburger auf dem Berliner FDP-Parteitag als Gegenkandidat Hans-Dietrich Genschers antrat, als der Mann, den die Gegner der Wende auf ihren Schild gehoben hatten? Und war es nicht erst im März, daß Uwe Ronneburger als Landesvorsitzender der FDP in Schleswig-Holstein die Verantwortung mittrug, den Wählern gleichzeitig ein Landesbündnis mit den Sozialdemokraten zu empfehlen und ihnen zähneknirschend Bundestags-Stimmen für die Fortsetzung der neuen Koalition in Bonn abzuverlangen? Welches Desaster für die Liberalen im Norden durch diese Schizophrenie verursacht wurde, weiß jedermann. Ronneburger auch. Warum sonst hätte er sofort den Landesvorsitz niedergelegt?

Wenn man das alles nicht vergessen hat, kommt man aus dem Kopfschütteln darüber nicht heraus, daß eben dieser Uwe Ronneburger, ein ehrenwerter Mann gewiß, aber doch ein schwankendes Rohr, nun zu einem der drei stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der FDP gewählt wurde. Gewählt im übrigen nicht von den Abgeordneten des linken Flügels der Fraktion, den es ja immer noch gibt, sondern von den Freunden Genschers und Mischnicks in einer Kampfwahl gegen den in Düsseldorf abgewählten Landesvorsitzenden von Nordrhein-Westfalen, Burkhard Hirsch. Im zweiten Wahlgang schmolzen dessen zwölf Stimmen auf neun zusammen. So kann man denn davon ausgehen, daß in der 35 Köpfe zählenden FDP-Bundestagsfraktion neun Abgeordnete sind, deren Herz auch heute noch links schlägt.

Natürlich liegt es auf der Hand, warum Genscher und Mischnick sich stark für Ronneburger gemacht haben. Ihr Verein ist klein, sehr klein geworden. Der Scherbenhaufen ist noch nicht aufgeräumt und schon gar nicht ist das zerschlagene Prozellan gekittet. Da muß Integrationswille demonstriert werden. Und schließlich und endlich war denn nicht Ronneburger schon einmal, und zwar von 1973 bis 1975, stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion?

Das ist alles gut und wahr. Nur wird dem staunenden Volk an diesem Fall Ronneburger nicht geradezu demonstriert, wie schwierig es dem Wähler gemacht wird, wenn er sich fragt, welche Politik er fördert, wenn er der FDP seine Stimme gibt?

Was ist links, was ist rechts in der FDP? 1949 beanspruchten die Freien Demokraten wie selbstverständlich die Plätze rechts im Bundestag. 1969 machten sie von ihren Plätzen aus linke Politik und wehrten sich energisch gegen die Forderung der Union, auch im Bundestag nach links an die Seite der SPD zu wandern. Nun decken sich die Platzordnung und die Politik wieder.

An solchem Beispiel wird sichtbar, welche Schwierigkeit es bedeutet, allezeit ein echter standfester FDP-Mann zu sein. Aber was ist ein echter Liberaler? Das ist die Dauerfrage, auf die man in der FDP seit 1949 eine Antwort sucht, meistens aber derer zwei fand.

Das eben sei liberal, daß man den Bogen weit spanne, daß man Persönlichkeiten mit differierenden Meinungen toleriere: Wir haben das oft gehört. Ein Stück Wahrheit steckt mit Sicherheit in solcher Behauptung. Aber ebenso sicher ist hier die Ursache für Abspaltungen, ja Spaltungen, die im Grunde seit 1949 immer wieder die Existenz der FDP bedrohen und mehr als einmal aus Drohung zur herben Realität werden.

Es ist doch nicht so, daß das Wandern des Ronneburgers Lust ist. Da ist ein Holsteiner Landwirt, sehr betont evangelisch und durch viele Jahre hindurch aktiv in der Kirchenleitung der evangelisch-lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins, auch Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche. Da war es schon nicht überraschend, daß er wie so viele evangelische Bauern im benachbarten Niedersachsen in den ersten Jahren der Bundesrepublik sich auf dem Weg über die Deutsche Partei der FDP anschloß.

Aber eben diese FDP, gerade in Schleswig-Holstein, marschierte links ab. War Ronneburger nun nur noch ein Aushängeschild? War sein Stellvertreter im Landesvorsitz, der „Stern"-Redakteur Heiner Bremer, der wirkliche Steuermann? Bremer ist inzwischen aus der FDP ausgetreten. Ronneburger, von Natur ein konservativ fühlender Mann, tat dies nicht. Aber mußte er deshalb gleich stellvertretender Fraktionsvorsitzender werden?





# „Hitlers Tagebücher" werden bei der „Times" zum Alptraum

Von FRITZ WIRTH

Im Gebäude der „Sunday Times" in der Londoner „Grays Inn Road" herrscht eine Stimmung, wie sie bei Boxern am Morgen nach einem schweren K.-o.-Schlag anzutreffen ist: Man ist benommen und weiß immer noch nicht genau, was einen getroffen hat. Seit jenem Tag, an dem sich die Redakteure des Blattes im Besitz eines „Welt-Scoops" wähnten und ihn den Lesern in achtspaltiger Aufmachung der Schlagzeile „Die Geheimnisse von Hitlers Krieg" verkauften, ist ihnen ihre heiße journalistische und historische Ware buchstäblich unter den Händen zerbröselt. Ein leitender Angestellter des Hauses: „Wir befinden uns im Augenblick in einem Zustand, in dem wir versuchen, Sinn und Vernunft in die Ereignisse der letzten Tage zu bringen."

Es ist kein leichtes Unternehmen, denn – um im Boxerbild zu bleiben – in diesem Gefecht ist offenbar nicht nur die Zeitung selbst k. o. geschlagen worden, ihr Sekundant ist mit auf die Bretter gegangen. Dieser Sekundant ist ihr eigener Direktor, Hugh Trevor-Roper, der seit dem letzten Wochenende, als er die Hitler-Tagebücher noch als „authentisch" bezeichnet hatte, mit fast jeder neuen öffentlichen Äußerung sich und seinem Blatt noch größeren Schmerz zugefügt hat.

Das letzte Verdikt des Mannes, der ihr Kronzeuge sein sollte, im deutschen Fernsehen, wonach diese Tagebücher als Fälschung betrachtet werden müssen, solange ihr Wahrheitsgehalt nicht bewiesen sei, ist praktisch innerhalb von 72 Stunden die absolute Umkehr vom zuvor noch fast enthusiastischen Urteil über ihre Authentizität.

Beide haben einen guten Ruf zu verlieren. Die „Sunday Times" den der besten Sonntagszeitung im Lande, Trevor-Roper nicht nur den eines erstklassigen Hitler-Sachverständigen, sondern den eines hochrespektierten Historikers. Was für die Zeitung noch schlimmer ist: Sie ist ein gebranntes Kind und vor 17 Jahren schon einmal zwei italienischen Nonnen aufgesessen, die angebliche Mussolini-Tagebücher gefälscht hatten und sie dem Blatt für 100 000 Pfund verkaufen ließen.

Der Schaden war damals freilich nicht so hoch, wie allgemein vermutet wurde. Die Entlarvung der Fälschung dauerte damals ganze zehn Minuten, bis ein Experte herausgefunden hatte, daß die Nonnen das falsche Papier benutzt hatten. Bis dahin hatte die „Sunday Times" 30 000 Pfund gezahlt, die nicht mehr wieder eingetrieben werden konnten. Es war nicht so sehr dieser Schaden, der damals die Redakteure schmerzte, es war die Schadenfreude der Konkurrenz, die weh tat.

Und weil man offenbar dem Vorwurf vorbeugen wollte, durch diesen Schaden nicht klug geworden zu sein, ließ der „Times-Verlag" am Dienstag eine bemerkenswerte Mitteilung in die „Times" einrükken, mit der das Haus quasi zu sich selbst auf Distanz ging. Der Kaufvertrag mit dem „Stern" sei mit der „News Corporation" abgeschlossen worden, der „Eltern-Gesellschaft" des „Times"-Verlages.

Für Eingeweihte wird der Sinn dieser scheinbar belanglosen oder zumindest rätselhaften Mitteilung schnell klar: Hier hat nicht so sehr die Chefredaktion der „Sunday Times", sondern Rupert Murdoch selbst, der Chef der „News Corporation", seine Finger mit im Spiel gehabt. Inzwischen ist klar: Murdoch selbst hat die Kaufverhandlungen geführt und schließlich die Summe von 400 000 Dollar vereinbart.

Am Mittwoch nun war Murdoch, wie aus dem Hause der „Sunday Times" zu erfahren ist, wieder in Hamburg, um mit dem „Stern" nach den Ereignissen der letzten Tage diesen Kaufvertrag wieder aufzubrechen und neu auszuhandeln. Wie aus gut informierter Quelle im „Times"-Verlag zu erfahren war, ist bis zur Stunde von Murdoch noch kein Dollar von der ursprünglich ausgehandelten Kaufsumme von 400 000 Dollar an den „Stern" gezahlt worden.

In diesen Verhandlungen Murdochs in Hamburg geht es nach Auskunft aus dem „Times"-Haus um einen weiteren entscheidenden Punkt: Murdoch möchte mit dem „Stern" zu einer gemeinsamen Vereinbarung kommen, ein unabhängiges Komitee von internationalen Sachverständigen einzuberufen, das die Authentizität der Tagebücher prüfen soll.




Das Urteil des Historikers und „Times"-Direktors Hugh Trevor-Roper über die Authentizität der angeblichen Hitler-Tagebücher veranlaßte die „Sunday Times", die Geheimnisse des Hitlerschen Krieges anzukündigen. FOTO: DPA

Die „Sunday Times" hatte ursprünglich die Absicht, am 15. Mai mit dem Abdruck der Tagebücher zu beginnen. Der Termin ist zur Stunde höchst fraglich. „Sunday Times"-Sonder-Redakteur Philip Knightley: „Wir werden unseren Lesern in der nächsten Ausgabe zunächst einmal den Hintergrund der außergewöhnlichen Ereignisse dieser Woche schildern." Dabei wird zwangsläufig ihr eigener Sekundant Trevor-Roper nicht besonders glänzend dastehen.

Tatsächlich hat die eigenartige Rolle, die Trevor-Roper in dieser Affäre bisher gespielt hat, im „Times"-Haus eher Mitleid denn Zorn geweckt. Trevor-Roper selbst hat sich in seinem Haus in Cambridge eingeigelt und möchte nicht weiter behelligt werden. Dem „Daily Telegraph" vertraute er lediglich an, daß das Leben für ihn in den letzten Tagen zur „Hölle" geworden sei. Die große Frage ist: Wie konnte ein so kluger, souveräner und seriöser Wissenschaftler sich so behende und spontan zu einem so fragwürdigen Urteil hinreißen lassen? Tatsächlich kritisiert man im „Times"-Haus nicht so sehr das zunächst „authentische" Verdikt des Professors (ein „Times"-Mitarbeiter: „Irren kann auch der beste Sachverständige"), sondern Art und Geschwindigkeit, in der dieses Verdikt zustande kam. Denn hier hatte sich ein Historiker nicht im „Fahrstuhl in die Hitlerzeit" zurückbegeben, sondern nahezu im freien Fall.

In der Redaktion der „Sunday Times" billigt man ihm trotzdem immer noch mildernde Umstände zu. „Er ist", so sagte ein „Times"-Mitarbeiter der WELT, „in dieser Affäre offenbar ein Opfer seiner Doppelfunktion als „Times"-Direktor und Historiker geworden. Der kommerzielle Druck, der sich aus seiner Rolle als „Times"-Direktor ergibt, war unwissentlich möglicherweise für ihn zu groß."

Im nachhinein glaubt man bei der „Sunday Times", daß zwei Dinge Trevor-Roper zu einem vorschnellen Urteil verleitet hatten, diese Tagebücher seien authentisch: Er habe einmal zu sehr auf verbale Versicherungen der „Stern"-Rechercheure vertraut und sei zum anderen wohl von der „Schatzkammer-Atmosphäre" in den Zürcher Tresoren, wo ihm für einige Stunden Einblick in die Dokumente gewährt wurde, überwältigt worden.

Die britische Historiker-Zunft freilich ist zu so viel Nachsicht und Mildtätigkeit nicht bereit, denn Trevor-Roper ist in diesen Kreisen zwar ein geachteter Mann, hat zugleich aber auch viele Feinde und Neider. Der Historiker A. L. Rowse nannte gestern in der „Daily Mail" den 69jährigen Trevor-Roper hämisch einen „jungen Mann, der es sehr eilig hat".

Diese Ausbrüche von Schadenfreude sind kaum überraschend, denn Trevor-Roper mag zwar auf den ersten Blick wie ein scheuer und zurückhaltender Mann wirken, in Wahrheit verbirgt sich hinter seinem etwas linkischen Äußeren ein höchst temperamentvoller Polemiker, der zu beträchtlichem Zynismus fähig ist und sich in der Vergangenheit bittere Duelle mit Leuten wie Evelyn Waugh und Arnold Toynbee lieferte.

Die Art, in der er 1957 von Harold Macmillan zum „Professor Regius of History" in Oxford gemacht wurde, sah für einige Kollegen der britischen Historiker-Zunft nach Patronage aus, denn damals galt allgemein A. J. P. Taylor als Favorit für dieses Amt.

Trevor-Reoper war stets ein geachtetes, wenn zuweilen auch sehr unbequemes Mitglied des konservativen britischen Establishments, und es ist gewiß auch kein Zufall, daß Margaret Thatcher ihn in ihrer ersten „honours list" im Jahre 1980 ins Oberhaus beförderte. Seither hat er sich den Titel des „Lord Dacre of Glanton" zugelegt, ein Name, den er eher wie ein Pseudonym trägt. Seinen Namen hat er sich als Hugh Trevor-Roper gemacht. Er wird nach den stürmischen letzten Tagen Mühe haben, ihn unbeschadet über die Klippen und historischen Untiefen dieser Affäre hinüberzuretten.

## „Zweifel sind eher gewachsen"

Sind angesehene Historiker Gefangene von Umständen und Situationen, so daß sie zwar nicht die Geschichte, aber doch ihre eigenen Statements rasch schreiben müssen? Diesen Eindruck vermittelte der namhafte Cambridge-Professor und NS-Kenner Hugh R. Trevor-Roper. Da wurde er tagelang als Kronzeuge für die Echtheit der Hitlerschen Tagebücher genannt. Noch in dem „Stern"-TV-Schnellschuß „Der Fund" machte er scheinbar beweiskräftige Aussagen. Doch in dem anschließenden Live-Streitgespräch des ZDF „über die Folgen einer Entdeckung" revozierte er, man habe ihn getäuscht. Und er schob die Beweislast dem „Stern" zu, der sich nach wie vor weigert, Roß und Reiter auf dem Wege vom Flugzeugabsturz am 21. April 1945 bis zur angeblich sensationellen Entdeckung zu nennen.

Trevor-Roper: Die Dokumente müssen als Fälschung angesehen werden, solange die Echtheit nicht bewiesen ist. Bereits als offensichtliche Fälschung erschienen ihm die Papiere von Rudolf Heß. Auch andere Historiker wie Walther Hofer, Andreas Hillgruber, Eberhard Jäckel, David Irving und Gerhard Weinberg (ebenfalls ein zunächst wohlwollender „Stern"-Gutachter) meldeten schwerwiegende Bedenken an, so daß ZDF-Moderator Heinz Heiner Boelte am Schluß feststellte: „Die Zweifel sind eher gewachsen."

In dem „Stern"-Film vermochte Barbara Dickmann (ganz im Gegensatz zu dem konformistischen Coautor Klaus Harpprecht, der bereits die Echtheit als bewiesen ansah), ihre Partner bloßzustellen. So erklärte „Entdecker" Gerd Heidemann: Erst als sich Besuch von ehemaligen NS-Größen auf der von ihm erworbenen alten Göring-Yacht ansagte, da habe er sich Bücher über das Dritte Reich gekauft, „um mitreden zu können". Yacht-Besucher und SS-General Karl Wolff offenbarte, daß er Heidemann mit dem nun in Frankreich angeklagten Ex-Gestapochef Barbie und anderen im Falsifizieren von Pässen geübten Alt-Nazis in Südamerika zusammengebracht hatte.

GISELHER SCHMIDT

# Die „Vollkasko-Gesellschaft" – das Übel unseres Reichtums?

Von PETER GILLIES

Eine sanfte, aber „verkannte Revolution" hat die Deutschen erfaßt. Sie geht weit über geschichtliche Umbrüche wie 1789 in Frankreich oder 1917 in Rußland hinaus, weil sie erstmals auch breiteste Schichten begünstigt: Die Deutschen haben Einkommen und Vermögen erreicht, die „ohne geschichtliche Parallelen" sind. Sie sind sich freilich ihres Wohlstandes nicht bewußt, sondern pflegen ihr Arme-Leute-Syndrom. Die Politik hat sich bisher als unfähig gezeigt, darauf zu reagieren.

Das von Kurt Biedenkopf gegründete Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (IWG) in Bonn sorgt mit diesen sperrigen Thesen wieder einmal für Gesprächsstoff. Instituts-Chef Meinhard Miegel hat mit der gestern vorgelegten Studie („Die verkannte Revolution") Situation und Bewußtsein der Deutschen gegen den Strich gebürstet.

Die Thesen der Untersuchung sind so recht geeignet, Widerspruch hervorzurufen: Die Deutschen sind faktisch das reichste Volk der Welt, ihr Einkommen und – vor allem – ihre Vermögen haben sich auf phantastische Weise erhöht und werden selbst bei einem jährlichen Wachstum von nur einem Prozent weiter kräftig zunehmen. 1983 verfügte jeder Haushalt der Bundesrepublik über ein durchschnittliches Vermögen von 230 000 Mark. Hinzu kommen Versorgungsansprüche von rund 130 000 Mark. Jeder 25. Deutsche lebt bereits in einem Millionärshaushalt.

Das Institut hat sich mit dieser Untersuchung auf ein Gebiet begeben, in dem die Wirtschafts- und Sozialwissenschaft viele weiße Flecken gelassen hat. Trotz aller Bewertungsprobleme zeichnet die Studie ein beeindruckendes Bild über die Entwicklung des Wohlstandes zwischen 1800 und dem Jahre 2000. Nicht der Ölpreis oder andere Widrigkeiten sind die Ursache des Zustandes, der heute als „Krise" definiert wird, sondern die „verkannte Revolution", folgert Verfasser Miegel.

### Der wachsende Wohlstand im Spiegel der Zahlen

- Die Bevölkerung der Bundesrepublik hat bis Anfang der siebziger Jahre außerordentlich stark zugenommen und schrumpft seither mit zunehmender Geschwindigkeit (um etwa 200 000 Menschen jährlich). Im Jahre 2000 wird sie wieder so groß sein wie Mitte der sechziger Jahre.
- Die Deutschen werden älter. Von 1900 bis heute hat sich der Anteil der über 65jährigen verdreifacht, der der unter 18jährigen halbiert. Das Durchschnittsalter kletterte von Anfang 30 auf Mitte 40.
- Die Haushalte werden immer kleiner, fast jeder dritte besteht nur noch aus einer Person.
- Im internationalen Vergleich verfügen die Deutschen über die höchsten Realeinkommen und gehören auch zur Spitzengruppe bei den Vermögen. „Arm ist heute nur noch eine Minderheit", meint die Studie, und selbst diese Armut sei nur relativ vor dem Hintergrund einer äußerst wohlhabenden Gesellschaft.
- Monatlich verfügt der Durchschnittshaushalt heute über netto 3400 Mark, pro Kopf über 1400 netto. Hinzu kommen unbekannte Einnahmen aus der „Schattenwirtschaft". Ein Drei-Personen-Haushalt kommt auf 3320 und in Familien mit fünf und mehr Personen sind es 5000 Mark – alles im Durchschnitt.
- Knapp ein Viertel der Einkommen stammen nicht aus Arbeitseinkommen, sondern aus staatlichen Transfers.
- Das Gesamtvermögen, errechnet zu den jeweils vorsichtigsten Bewertungen, wie das Institut betont, summiert sich auf 5,4 Billionen Mark plus 3 Billionen Mark an Renten- und Pensionsansprüchen.
- Haushalte mit zwei und drei Personen sind besonders einkommens- und vermögensstark, bei vier und mehr Haushaltsmitgliedern ist die Lage deutlich schwächer.
- Rund die Hälfte des riesigen Vermögens besteht in Immobilien, ein Drittel aus Geldvermögen, ein Fünftel aus Sachwerten und Beteiligungen. Das Auslandsvermögen der Deutschen wurde außer Betracht gelassen.
- Rund 47 Prozent der Deutschen haben Grundbesitz, eine auch international beachtliche Quote. Besonders viel Immobilieneigentümer sind große Familien.
- Die relativen Gewinner der „kometenhaften" Entwicklung waren in erster Linie Beamtenhaushalte, alsdann Angestellte und Rentner. Zu den Verlierern gehören Landwirte, Selbständige und Arbeiter. Oder anders: Die Gruppen mit den geringsten Lebensrisiken gewannen, die Wagnisbereiten verloren.
- Der Massenwohlstand wird im Einkommens- und Vermögensbaum der Statistik deutlich. Größere Haushalte stiegen tendenziell ab, niedrige in mittlere Klassen auf. Die eigentlichen Verlierer sind die Haushalte mit den geringsten Einkommen.
- Den höchsten Vermögenszuwachs erzielten die mittleren Einkommensschichten.
- Selbst bei einem Wachstum von nur einem Prozent in den nächsten zehn Jahren wird das Einkommen um 4000 Mark und das Durchschnittsvermögen pro Haushalt auf 282 000 Mark anwachsen.

„Die Bevölkerung muß lernen, ihren Wohlstand produktiv zu nutzen. Die Politik muß diesen Prozeß fördern", folgert die Studie. Denn mindestens ein Viertel, bald ein Drittel der Haushalte sind so wohlhabend, daß sie sich weitgehend selbst absichern könnten.

Die erstaunlichen Vermögenswerte ergeben sich aus dem stark gewachsenen Geldvermögen (einschließlich Wertpapieren, Schuldverschreibungen etc.), aus Grund und Boden, dem Sachvermögen an langlebigen Haushaltsgütern (ohne Reitpferde, Segelboote usw.); Kunst- und Wertgegenstände seien nur begrenzt berücksichtigt worden.

Aber die „reichen Deutschen" nutzen ihre Potenz nicht. Ihre Lebens- und Existenzangst hat nicht ab-, sondern eher zugenommen. Trotz ihrer stattlichen Vermögen behandeln sie ihre Rücklagen „mit der Ängstlichkeit des Notgroschens" vergangener Jahrzehnte.

Hierzulande erhalten Millionäre Kindergeld, sind sogar verpflichtet, Arbeitslosenbeiträge zu zahlen. Der Verfasser umschreibt die Mentalität so: „Gesunde verbringen aus Angst vor der Krankheit ihre Tage im Bett." Fast alle begehren Leistungen vom Staat (von anderen Steuerzahlern also), sind aber immer weniger bereit, diese Kosten auch durch höhere Steuern und Abgaben zu finanzieren.

Die Politik von 1983 arbeitet noch immer mit Vorgaben aus dem Jahre 1953, sie stellt heute jedoch fest, daß gegen die „Mehrheit der Wohlhabenden" nichts mehr zu bewegen sei. Nur drei bis vier Prozent der Deutschen können als relativ arm, rund zwei Prozent als reich bezeichnet werden.

So wie an der Vermögensspitze die Motivation verlorengeht, noch etwas zu „unternehmen", so sei auch die breite Mittelschicht von einer Risikoscheu und Rentiers-Mentalität erfaßt. Die Reichen seien der Starre und Apathie verfallen. Nachdenklich stimmt die Feststellung, daß Wohlhabende nur schwer zur Mehrung des Wohlstandes zu motivieren seien. Ob die Jugend, die auf massenweise Erbschaften rechnen darf, noch Beiträge zum Lebensstandard zu erbringen gewillt ist? Wie verhalten sich Erwachsene, die auf arbeitsfreie Einkommen zurückgreifen können, für die ihre Großeltern noch 48 Stunden in der Woche schwer schuften mußten?

Hinzu kommt, daß Wohlstand bereits Unwerturteile auslöst. Der goldene Füllhalter, das protzige Auto oder Haus, ein aufwendiger Lebensstil beeindrucken heute kaum mehr. Das aber könnte, so folgert der Verfasser, das Ende steiler Wachstumsraten sein.

Politisch vorrangig ist offenbar auch eine Lastenumverteilung zugunsten der Haushalte mit Kindern. Sie schnitten schlecht ab, ihr Beitrag wird unzureichend gewürdigt. Die überraschende Entwicklung hat aber auch noch andere Schattenseiten: Der Wohlstand wurde zu Lasten der Investitionen und mit hoher Staatsverschuldung erkauft. Würde man diesen Trend fortsetzen, beschädigte man das Wurzelwerk des Wohlstandsbaumes, warnt die Studie.

### Deutsche wollen bewahren und nichts einsetzen

Verfasser Miegel beklagt die „Eichhörnchen-Mentalität" der wohlhabenden Deutschen. Sie möchten alles bewahren, aber nichts einsetzen. Jeder wolle sein Vermögen möglichst lastenfrei vererben, weigere sich jedoch, es für die eigene Sicherung einzusetzen. Diese vielmehr reklamiere man vom Staat (und werde darin von Politikern unterstützt). Die Politiker marschierten am Ende des sich wandelnden Bewußtseins. Nur am Rande ist aus der Studie zu folgern, daß die Förderung und Subvention von Hausbau und Sparvermögen wegen der gestiegenen Leistungsfähigkeit einzustellen seien.

Biedenkopf greift im Vorwort der Studie auf Ludwig Erhard und dessen Vision zurück, daß mit steigendem Wohlstand auch die Freiheit zunehme, sein Schicksal zunehmend in die eigene Hand zu nehmen. Dieser ordnungspolitische Widerspruch – mehr Wohlstand und gleichwohl der Schrei nach immer mehr kollektiver Sicherung – sei das ungelöste Problem deutscher Politik.

Obgleich der Trend zur „Vollkasko-Gesellschaft" die Kräfte der Gesellschatft nicht stärke, sondern sie schwäche, setzte die Politik noch immer auf Sicherheit statt auf Risiko und Eigenvorsorge.

Heute werde deutlich, daß eine Politik, die nur auf Sicherheit setze, eben diese Sicherheit untergrabe. „Die für jedermann perfektionierte Sicherheit erweist sich als hochgradig anfällig", mahnt Biedenkopf. Schon längst sei die Illusion grenzenloser staatlicher Leistungsfähigkeit verflogen.

Dennoch bestehe die Chance, daß Erhards Vision heute Wirklichkeit werde: Ein Volk wirtschaftlich starker und leistungsfähiger Bürger könne sein Leben und die Risiken eigenverantwortlich gestalten und den Schwächeren solidarisch helfen. Die Politik müsse zur Kenntnis nehmen: „Der kleine Mann der fünfziger Jahre ist groß geworden."

# Wie Berlin ist auch Zypern in zwei Teile zerrissen



Axel Springer an der zyprischen „Mauer" in Nikosia. Im Vordergrund Friede Springer. Hinter dem Verleger Honorarkonsul Georg Constant. FOTO: SAD

Nichts ist Zufall, alles ist Fügung", sagte der Berliner Verleger Axel Springer bei einem Abschiedsessen, das der Staatspräsident der Inselrepublik Zypern, Spyros Kyprianou, für ihn in seinem Amtssitz in Nikosia gab. Axel Springer, der sich als persönlicher Gast Kyprianous fünf Tage lang auf Zypern aufhielt, besuchte u. a. auch die Stätten, die der heilige Paulus besucht haben soll, und fand nach seinen eigenen Worten das Land eines um die Freiheit ringenden Volkes.

Bei seinem Besuch in der Hafen- und Touristenstadt Limassol, der Geburtsstadt des Inselpräsidenten, führte der Berliner Verleger ein Gespräch mit dem Bürgermeister der von den türkischen Truppen besetzten Stadt Famagusta, der ihm von der Sehnsucht der Flüchtlinge nach ihrer Heimat erzählte. „Weil Sie in einer geteilten Stadt leben, können Sie besser als jeder andere das Leid der entwurzelten Griechen Zyperns verstehen", stellte Bürgermeister Papavassiliou fest. Vor ihrer Eroberung durch die Türken im Sommer 1974 war die Stadt Famagusta das Handelszentrum der Insel und ein Ferienparadies. Seither ist sie eine Geisterstadt.

Der Verleger, der aus Jerusalem kam, versprach seinen Gastgebern, die deutsche Öffentlichkeit mit dem Leid der 150 000 Flüchtlinge nach der türkischen Invasion und der Besetzung von 37 Prozent des Inselgebiets durch die türkischen Truppen vertraut zu machen. Axel Springer verurteilte mit Entschiedenheit die gewaltsam erfolgte Teilung Zyperns. Er führte neben einer Unterredung mit Kyprianou auch zahlreiche Informationsgespräche mit Erzbischof Chrisostomos, Parlamentspräsident Ladas, Außenminister Rolandis und Verteidigungsminister Venjamin. Ebenfalls besuchte er die Städte Limassol und Paphos und das Troodos-Gebirge. Bei dieser Gelegenheit legte er einen Kranz in Throni, der Grabstätte des 1977 verstorbenen Inselpräsidenten Erzbischof Makarios, nieder.

Bei einer Besichtigung der Demarkationslinie in Nikosia, die als grüne Linie die ganze Insel in zwei Sektoren trennt, fühlte sich der Verleger an Berlin erinnert. „Diese Situation ist mir sehr vertraut. Ich kenne sie aus Berlin, wo ich seit 1958 den Sitz meines Verlages habe", sagte er seinen griechischen Begleitern. Die beiden Volksgruppen – Griechen und Türken – leben auf Zypern seit acht Jahren voneinander getrennt: Im Februar 1975 hat die im nördlichen Teil der Insel residierende türkische Administration die Auswanderung aller im Süden noch lebenden Türken in den Norden erzwungen.

Der Verleger zeigte sich von der Tatsache beeindruckt, daß die Inselgriechen ein kleines Wirtschaftswunder zustande gebracht haben, obwohl sie infolge der Okkupation durch die türkischen Truppen 70 Prozent der Inselressourcen verloren haben. Handel und Fremdenverkehr florieren, die Inflationsrate ist recht niedrig, Arbeitslosigkeit existiert praktisch nicht. Nach den Worten von Axel Springer verdient das zyprische Volk die Achtung der Welt, weil es seinen Mut nicht verloren hat. (SAD)

# Vogel: Berlin als Chance begreifen

hrk. Berlin

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel (SPD) hat in seiner Abschiedsrede im Rathaus Schöneberg ein Bekenntnis zu Berlin abgelegt. Er habe gelernt, sagte Vogel, „daß Berlin eine besondere Stadt ist, eine Stadt, die in ihrer Weise unverändert ein Brennpunkt unserer Geschichte ist und die Ströme der Geschichte ordnet". In Berlin erfülle sich der Begriff der Nation und der Gemeinschaft, „der in Westdeutschland etwas Distanziertes und Papierenes" habe, mit Leben. Er wisse, daß die Frage nach der Perspektive Berlins „mitunter Ratlosigkeit auslöst". Aber wer es mit der „Durchsetzungskraft evolutionärer Ideen und Prozesse über alle Grenzen, Gräben und Gegensätze hinweg ernst meint – und ich meine es ernst –, wer glaubt, daß die Nation als Geschichts-, Sprach-, Kultur- und Gefühlsgemeinschaft auch für uns Deutsche ein identitäts- und einheitsstiftender Faktor ist, auf den wir nicht auf unbegrenzte Zeit verzichten können, der wird Berlin als Chance und nicht als Last begreifen".

# USA: Ehemaliger SS-Mann ausgewiesen

rtr/dpa, Washington

Die Vereinigten Staaten haben den 63jährigen früheren SS-Rottenführer Hans Lipschis in die Bundesrepublik Deutschland ausgewiesen. Wie das amerikanische Justizministerium gestern mitteilte, sei es zum ersten Mal seit 30 Jahren gewesen, daß die US-Behörden eine solche Maßnahme aus eigenem Antrieb, das heißt ohne Auslieferungsersuchen, ergriffen hätten. Lipschis sei bereits am 14. April mit einem Geschäftsflugzeug in die Bundesrepublik Deutschland geflogen. Er selbst hat es vorgezogen, seiner Ausweisung aus den Vereinigten Staaten zuzustimmen, um damit einem US-Verfahren wegen Kriegsverbrechen zu entgehen.

Der in Litauen geborene Lipschis hatte 1943 die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen. Das US-Gericht warf dem Angeklagten vor, er habe von 1941 bis 1945 in verschiedenen Einheiten der SS-Totenkopf-Division in den Todeslagern von Auschwitz und Birkenau seinen Dienst verrichtet. Außerdem habe er persönlich an der Verfolgung von Zivilisten teilgenommen, die in diesen beiden KZs festgehalten wurden. Ferner lautet die Anklage, Lipschis habe seine nationalsozialistische Vergangenheit verschwiegen, als er 1956 in die Vereinigten Staaten auswanderte. Nach seiner Aufspürung durch die US-Behörden vor einigen Jahren wurde ihm daraufhin die US-Staatsbürgerschaft entzogen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

# „Die Flügel am Rumpf befestigen"

## FDP-Parteitag in Schleswig-Holstein sucht nach Wahlernüchterung einen neuen Anfang

BERND LAMPE, Kiel

Für die schleswig-holsteinischen Abgeordneten beginnt sechs Wochen nach der Landtagswahl wieder der Alltag, der mehr als zuvor vom Diktat der knappen Haushaltskassen bestimmt ist. Die Perspektiven für die Verwirklichung von Programmen sind auch nach der Wahl nicht rosiger geworden; weder für die CDU, die zum vierten Male hintereinander die Regierung mit einer absoluten Mehrheit stellt, noch für die SPD, die sich seit mehr als 30 Jahren mit der Oppositionsrolle begnügen muß, und erst recht nicht für die FDP. Die Liberalen sind mit mageren 2,2 Prozent der Wählerstimmen nicht mehr im Kieler Landeshaus vertreten.

Bundespolitik prägt das Handeln der Parteien zwischen Nord- und Ostsee. Darauf richten sich nun auch die Freien Demokraten ein, die lange glaubten und hofften, noch nach der Wende in Bonn mit ihrem vor 13 Jahren eingeschlagenen Linkskurs nördlich der Elbe Erfolge erzielen zu können. Erinnert man sich der FDP-Landesparteitage der letzten Jahre, so versuchten führende Freidemokraten wie Uwe Ronneburger und Heiner Bremer die Delegierten immer wieder glauben zu machen, daß Sachentscheidungen und nicht Personen die bewußt betonte Eigenständigkeit des Landesverbandes prägten. Die Parteitage folgten dieser Strategie willig, ob es nun in verklausulierten Beschlüssen darum ging, letztendlich den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf zu stoppen oder sich gegen den NATO-Doppelbeschluß zu wenden.

Die Ernüchterung folgte nach dem Wahldebakel am 13. März schnell. Der FDP-Landesvorstand trat geschlossen zurück. Bremer, der „Chefdenker" der schleswig-holsteinischen Freidemokraten, verließ aus fadenscheinigen Gründen die Partei. Ronneburger zögerte, ob er sich für das Amt des Landesvorsitzenden abermals zur Verfügung stellen soll – als Integrationsfigur, so wie vor 13 Jahren nach dem Bruch der christlich-liberalen Koalition in Bonn, als die Mitglieder, wie erst kürzlich wieder geschehen, in Scharen der Landespartei den Rücken kehrten. Nun will der 62jährige Ronneburger doch nicht mehr kandidieren und lieber als stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion Mittler zwischen den Flügeln sein.

Spätestens auf dem Parteitag am kommenden Samstag in Kiel, wenn ein neuer FDP-Landesvorstand gewählt werden muß, dürfte es auch dem letzten der 100 Delegierten (sie wurden im vergangenen Mai von der Basis für die Dauer von zwei Jahren gewählt) klarwerden, daß wie in jedem anderen Bundesland auch in Schleswig-Holstein Personen für politische Sachaussagen stehen. Der 42jährige frühere Bundestagsabgeordnete Werner Zywietz hat bei seiner Kandidatur für das Spitzenamt auch die Unterstützung seines Vorgängers. Der Wähler habe deutliche Zeichen dafür gesetzt, „daß es nicht so bleibt wie es war", meinte Zywietz vorsichtig im Vorfeld der Wahl. Er bezeichnet sich als Mann der Mitte und tritt mit der Devise an: „Flügel müssen am Rumpf befestigt sein."

Hitzige Personalquerelen wie in der rheinland-pfälzischen FDP sind am Wochenende in Kiel nicht zu erwarten, und die Verantwortlichen für die Misere in der Landespartei, deren Namen mit der Ausnahme von Ronneburger und Bremer südlich der Elbe kaum einer kennt, haben die Partei verlassen oder sich zurückgezogen. Bei den Wahlen für die übrigen Vorstandsämter und die neu gegründete „außer"-parlamentarische Arbeitsgruppe wird sich allerdings zeigen, ob die noch verbliebenen Linken nicht doch noch versuchen, ihr Mütchen zu kühlen. Ronneburger, der die forsche Gangart seines Landesverbandes und die „Abnabelung" während des Bundeswahlkampfes vom Bonner Thomas-Dehler-Haus mittrug, muß allerdings mit Kritik der erstarkten Parteimitte rechnen.

Auf einen ausgesprochenen Rechtskurs wird die schleswig-holsteinische FDP dennoch nicht einschwenken, wie es der Landtagsvizepräsident und frühere stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Kurt Hamer prognostizierte. Das würde die Partei angesichts ihrer Vergangenheit unglaubwürdig machen.

Seite 2: Der lange Marsch

# Ernst Lemmer, ein unbequemer Mahner

Von BERNT CONRAD

Ich gehöre zu den Menschen, die das Wort Vaterland aussprechen können, ohne vorher einen Schnaps getrunken zu haben", sagte Ernst Lemmer einmal. Der Wahlberliner aus dem Bergischen Land, der heute 85 Jahre alt geworden wäre, fügte hinzu: „Wer sich in der politischen Landschaft umschaut, muß zu dem betrüblichen Schluß kommen, daß es offenbar viele Deutsche gibt, die dieses Wort auch nach mehreren Schnäpsen noch nicht über die Lippen bringen – ein seltsam krankhafter Zustand der Verklemmung, der eine konstruktive Politik so sehr erschwert."

Lemmer, einstmals jüngster Abgeordneter des Deutschen Reichstages, später Mitbegründer der CDU, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und Sonderbeauftragter der Bundesregierung für Berlin, waren Verklemmungen zeitlebens fremd. Als demokratischer Patriot sagte er oft das, was andere nicht hören wollten.

In den Jahren der Weimarer Republik bot er den Kommunisten ebenso Paroli wie den Nationalsozialisten. Als Hitler 1933 an die Macht kam, mußte er sich – aus dem politischen Leben verbannt – als Korrespondent ausländischer Zeitungen durchschlagen.

Nach 1945 bemühte sich Lemmer, gemeinsam mit Jakob Kaiser, Andreas Hermes und Walter Schreiber, von Berlin und der damaligen Sowjetischen Besatzungszone aus mit Hilfe der neuen Christlich-Demokratischen Union gesamtdeutsche Politik auf der Grundlage eines breiten demokratischen und sozialen Konsenses zu betreiben. Der Versuch scheiterte an der harten Machtpolitik der Sowjets und ihrer kommunistischen Helfer, obwohl Lemmer durchaus der Mann war, mit den Russen zu streiten, zu kooperieren – und zu feiern. Als er einmal morgens um halb fünf in Babelsberg einen sowjetischen General unter den Tisch getrunken hatte, flüsterte er dem damaligen CSU-Chef Josef Müller (Ochsen-Sepp) umnebelt zu: „Wir haben doch gesiegt."

Am Ende siegte jenseits der Elbe Sowjetpolitruk Sergej Tulpanow, der Lemmer und Kaiser schon 1945 gedroht hatte: „Wir können auch mit revolutionären Mitteln arbeiten, wenn Sie einsichtslos sein wollen." Ende 1947 ließ Tulpanow die Ost-CDU-Führung absetzen.

Drei Jahre später begann Lemmer mit dem Einzug ins Berliner Abgeordnetenhaus eine neue politische Karriere. Sie führte ihn bald nach Bonn, wo Bundeskanzler Konrad Adenauer ihn 1956 zunächst zum Postminister und 1957 zum Minister für gesamtdeutsche Fragen berief.

„Dieses Ministerium", so berichtete Lemmer später, „bot mir die Möglichkeit, immer wieder an unser Volk zu appellieren, in seinen Bemühungen um eine Verständigung nicht nachzulassen, sich selbst und seiner Geschichte treu zu bleiben, die Begegnung untereinander als ein wichtiges Politikum anzusehen und nicht aufzuhören, durch Standfestigkeit, Geduld und Phantasie die Voraussetzungen zur Lösung der deutschen Frage zu schaffen."

Adenauer empfand den ständigen Mahner manchmal als unbequem. In einer fröhlichen Stunde in einem Gasthaus an der Mosel hatte er den ihm in seiner heiteren Lebensart gar nicht so fernstehenden Unionskollegin 1947 einmal den „rabiatesten Berliner" genannt. Doch Lemmer empfand stets Respekt vor dem „Alten" und erkannte dessen politische Qualitäten auch dann noch an, als der Kanzler ihn am 11. Dezember 1962 ohne vorherige Warnung oder ein persönliches Gespräch aus dem Amt entließ.

Die Enttäuschung nahm dem unverwüstlichen Optimisten weder den Lebensmut noch die politische Einsatzfreude. Lemmer blieb der fröhliche Skatpartner vieler Abgeordneter und Journalisten und kämpfte in Bonn und Berlin weiter für die Werte, an die er zutiefst glaubte: Freiheit und Menschlichkeit, nationale Zusammengehörigkeit und Weltoffenheit. In Berlin ist er 1970 gestorben – in jener Stadt, in der er so populär war und deren Schicksal nach Lemmers Überzeugung „über die Zukunft der Deutschen, über die Zukunft der westeuropäischen Völker und somit über den Frieden der Welt" entscheiden wird.

# FDP demonstriert Geschlossenheit

## Neue Fraktionsführung bestimmt / Mischnick seit 1968 Chef der Bundestags-Liberalen

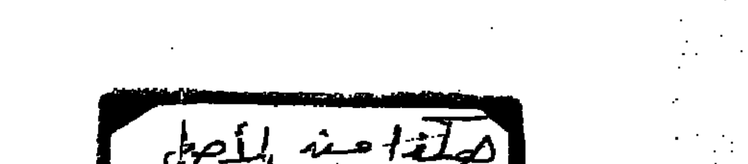
STEFAN HEYDECK, Bonn

Die 35 FDP-Bundestagsabgeordneten haben ihre neue Fraktionsführung bestimmt, ihre Vertretung in den 21 Parlamentsgremien geregelt und die Zusammensetzung der nunmehr fünf internen Arbeitskreise bestimmt. Nur in einem einzigen Fall kam es bei den Wahlen zu einer Gegenkandidatur. Die Parlamentarier stellten damit ihren Willen zur Rückkehr zur Geschlossenheit unter Beweis, die sie nach dem Koalitionswechsel im Herbst verloren hatten.

Mit der unumstrittenen Wiederwahl von Wolfgang Mischnick, der 31 von 35 Stimmen erzhielt, stellt die FDP den dienstältesten Fraktionsvorsitzenden im Bundestag (seit 1968). Genauso klar fiel die Bestätigung der beiden bisherigen Stellvertreter Dieter Julius Cronenberg und Hans-Günter Hoppe aus. Dagegen kam es bei der Besetzung des dritten Vize-Postens, den Bundesjustizminister Hans Engelhard freigemacht hatte, zu einer Kampfabstimmung. Erst in einer Stichwahl zwischen Uwe Ronneburger und Burkhard Hirsch konnte sich der Norddeutsche durchsetzen.

Neben Torsten Wolfgramm wurde Klaus Beckmann, seit 1980 im Bundestag, parlamentarischer Geschäftsführer und damit Nachfolger von Klaus Gärtner. Der Baden-Württemberger Helmut Haussmann hatte vorher verzichtet und dafür die Leitung des größten Arbeitskreises (AK 2 Steuern, Wirtschaft und Finanzen) von Hans Gattermann übernommen. Der wird den Finanzausschuß für den nicht ins Parlament zurückgekehrten Friedhelm Rentrop Ende Mai übernehmen. Geändert wurde außerdem der Vorsitz im AK 3 (Arbeit und Soziales): Er ging von Hansheinrich Schmidt-Kempten vorerst an Cronenberg. Schließlich ging in den AK 1 (Außen, Sicherheit und Deutschland) der AK 6 (Europa) auf, für den Manfred Vohrer verantwortlich gezeichnet hatte.





Katholische Bischöfe nennen Kriterien für Tolerierung der Abschreckung / „Auf Dauer kein verläßliches Instrument“

# Auszüge aus der Erklärung „Gerechtigkeit schafft Frieden“

DW. Bonn

Die katholischen deutschen Bischöfe erklären in ihrem „Wort zum Frieden“ unter anderem:

Ziel des militärischen Beitrags zur Friedenssicherung darf unter den heutigen Bedingungen nicht die Kriegsführung, sondern muß die Verhinderung des Krieges sein, und zwar jedes Krieges. Von diesem Ziel und von dieser Einordnung her sind Rüstung und militärische Strategie sittlich zu beurteilen, von daher sind auch die Mittel zu bewerten. Angesichts der nuklearen Vernichtungswaffen gewinnt diese grundsätzliche Sicht eine bisher nicht gekannte Zuspitzung...

Dieses Ziel, jeden Krieg zu verhüten, ist heute bei uns nicht mehr umstritten. Jedoch bewegt die Menschen, jeden Bürger genauso wie Politiker und Strategen, die drängende Frage, wie dieses Ziel am besten und sichersten zu erreichen ist, wie die Strategien und Mittel der Kriegsverhütung im einzelnen zu beurteilen sind. Nach allgemeinem Urteil scheuen auch die Staaten der marxistischen Welt einen militärischen Konflikt zwischen den Bündnissystemen. Allerdings halten sie an dem Anspruch fest, die revolutionäre Umwandlung der Gesellschaft in allen Ländern auch mit gewaltsamen Mitteln zu fördern. Nach der offiziellen, bisher nicht widerrufenen leninistischen Doktrin gelten zu diesem Zweck geführte Kriege als „gerechte Kriege“.

Bisher wird versucht, durch nukleare Abschreckung Krieg zu verhüten: Man droht einander für den Fall eines gegnerischen Angriffs in letzter Konsequenz etwas an, was niemand ernsthaft wollen kann, nämlich gegenseitige Vernichtung. Die Absicht dieser Abschreckungsstrategie besteht darin, auf einen potentiellen Herausforderer dergestalt einzuwirken, daß er keinen politischen oder militärischen Nutzen aus einer möglichen Aggression ziehen kann. Die Abschreckungsdrohung zielt demnach darauf ab, daß eine Friedensverletzung unterlassen wird.

Die Wirksamkeit dieser Strategie ist umstritten. Einerseits wird gesagt, daß die nukleare Abschreckung bisher einen kriegerischen Konflikt zwischen den Blöcken verhindert habe. Es gebe vorerst zu dieser Strategie keine machbare Alternative. Dagegen wird eingewandt, die Tatsache, daß es bisher zwischen Ost und West keinen Krieg gegeben habe, beweise nicht, daß dies wegen der Abschreckung geschehen sei.

Jedenfalls stellt sich die Frage: Kann sich unter den Bedingungen wechselseitiger Abschreckung die eine Seite der Absichten des Gegners wirklich sicher sein? Außerdem ist es – wie Papst Paul VI. in seiner Botschaft zur Ersten Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen für Abrüstung 1978 erklärt hat – „eine tragische Illusion zu meinen, der Rüstungswettlauf könnte bis ins Unendliche so weitergehen, ohne eine Katastrophe heraufzubeschwören“.

Diese Gefahren, die mit der Eigendynamik des Wettrüstens verbunden sind, drängen in der Tat zu der Folgerung: Nukleare Abschreckung ist auf Dauer kein verläßliches Instrument der Kriegsverhütung. Vor diesem Hintergrund ist die Botschaft Papst Johannes Paul II. an die Zweite Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen für Abrüstung 1982 zu sehen. Er ruft zur Umkehr im Rüstungswettlauf auf und duldet Abschreckung lediglich noch als Mittel der Friedenssicherung auf einem Weg, der zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung führt...

Diese sittliche Tolerierung der Abschreckung ist an strengste Bedingungen geknüpft.

Der erste und entscheidende Gesichtspunkt ist das Ziel, das mit dieser Strategie verfolgt wird: die Kriegsverhütung. Wenn sie nach dem erklärten Willen der Politiker und Strategen Ziel der Abschreckung ist, muß die politische und militärische Führung begründen können, daß und weshalb durch diese Strategie der Krieg tatsächlich verhindert werden kann. Denn nur so können die enormen Risiken hingenommen werden, die mit Nuklearrüstung stets verbunden sind...

Solche und andere Risiken sind gegenüber der Chance abzuwägen, daß nukleare Abschreckung alle Beteiligten noch zu Verhandlungen und friedlicher Konfliktregelung zwingt. Nur wenn das der Fall ist, kann die politische und militärische Führung Mittel bereitstellen und den Soldaten in die Hand geben, von denen alle zutiefst hoffen und erwarten, daß sie nie zum Einsatz kommen werden. Allerdings müssen die Abschreckungsmittel im einzelnen auf dieses Ziel hin geprüft werden... Die Absicht, Krieg mit allen Kräften zu verhüten, muß in der Wahl der gesamten Rüstungsmittel selbst glaubhaft werden.

Die Rüstung im Ost-West-Verhältnis wird, wie auch die Friedenswissenschaft betont, von Bedrohtheitsvorstellungen auf dem Hintergrund eigener Sicherheitsbedürfnisse bestimmt. Allerdings darf man dann nicht einzelne Waffen oder Systeme isoliert vom Gesamtzusammenhang der Strategie betrachten, auf die sie bezogen sind. Wenn die Abschreckung der Waffen ein politisches Ziel im Rahmen der Kriegsverhütung setzen soll, dann müssen sie unter diesem Blickwinkel beurteilt werden. Eine von dieser politischen Zielsetzung losgelöste Beurteilung nuklearer Strategien und nuklearer Rüstungsmittel müßte zwangsläufig zu einer radikalen Verurteilung führen.

Wird die Androhung eines Einsatzes von Nuklearwaffen als ein Teil der umfassenden Abschreckungsstrategie mit dem Ziel der Kriegsverhütung verstanden, dann müssen ihre Chancen und Risiken mit äußerster Gewissenhaftigkeit geprüft werden. Vor allem sind das Risiko der wachsenden Unkontrollierbarkeit des Nukleareinsatzes einerseits und die Gefahr wachsender Wahrscheinlichkeit eines konventionellen Krieges andererseits gegeneinander abzuwägen...

– Bereits bestehende oder geplante militärische Mittel dürfen Krieg weder führbarer noch wahrscheinlicher machen.

Es ist uns klar, daß wir mit dieser Forderung an einen kaum auflösbaren Widerspruch stoßen. Denn Waffen sind als Abschreckungsmittel nur wirksam, wenn ihr Einsatz auch glaubhaft angedroht werden kann. Aber unter dem Gesichtspunkt der Kriegsverhütung sind die wechselseitige Drohung mit unannehmbarem Schaden und das damit verbundene Risiko Hauptelemente der Abschreckungsstrategie. Gerade die Aussicht, daß konventioneller und nuklearer Krieg nicht begrenzbar ist, birgt für den Gegner ein unkalkulierbares Risiko, das die wechselseitige Abschreckung vor dem Krieg, und zwar vor jedem Krieg, gewährleisten soll. Eine Massenvernichtung anzudrohen, die man nie vollziehen darf – eine moralisch unerträgliche Vorstellung –, wird zum Zweck der Kriegsverhütung als besonders wirksam angesehen. Diese ungeheuerliche Spannung ist nur hinzunehmen, wenn die gesamte Sicherheitspolitik auf das Ziel der Kriegsverhütung ausgerichtet ist...

– Nur solche und so viele militärischen Mittel dürfen bereitgestellt werden, wie zum Zweck der an Kriegsverhütung orientierten Abschreckung gerade noch erforderlich sind...

– Alle militärischen Mittel müssen mit wirksamer beiderseitiger Rüstungsbegrenzung, Rüstungsminderung und Abrüstung vereinbar sein.

Wenn Abschreckung, wie der Papst sagt, „ein Abschnitt sein (soll) auf dem Weg einer fortschreitenden Abrüstung“, müssen sich die einzelnen militärischen Maßnahmen an glaubhaften Anstrengungen zur Rüstungsbegrenzung und -minderung orientieren. Dieses Ziel ist bisher noch nicht erreicht worden.



**DIE WELT**

**UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND**

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg. Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

# Blüm: Mehr Mittel für EG-Sozialfonds

ULRICH LÜKE, **Brüssel**

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat gestern als amtierender EG-Ratspräsident zwei wesentliche Forderungen des Europa-Parlaments im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit akzeptiert. Blüm sagte zum Auftakt einer Parlaments-Sondersitzung in Brüssel: „Wenn wir in Europa nicht auf eine neue Klassengesellschaft zusteuern wollen, eine Gesellschaft der Arbeitsbesitzer auf der einen Seite und der Arbeitslosen auf der anderen Seite, führte kein Weg an einer Neugestaltung und Verkürzung der Arbeitszeit vorbei." Zum anderen erklärte Blüm eine Erhöhung der Mittel der EG-Sozialfonds, wie sie das Parlament fordert, für wünschenswert.

## Für arbeitslose Jugendliche

Diese zusätzlichen Mittel sollten nach Meinung der Europa-Abgeordneten zur Finanzierung zusätzlicher Ausbildungsmöglichkeiten für bisher arbeitslose Jugendliche verwendet werden. Gegenwärtig gibt es in der EG mehr als 12 Millionen Arbeitslose. 40 Prozent von ihnen sind Jugendliche.

Blüm versprach den Abgeordneten: „Wir werden die Mittel des europäischen Sozialfonds auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit konzentrieren. Aufgabe des Sozialfonds ist nicht die Finanzierung von Arbeitslosigkeit, sondern ihre Bewältigung." Indirekt ermunterte Blüm das Parlament sogar, Druck auf den Ministerrat auszuüben, um eine Erhöhung der Mittel für den Sozialfonds zu erreichen. Allerdings machte der Bundesarbeitsminister auch die Grenzen einer europäischen Aktion gegen die Arbeitslosigkeit klar: „Die Hauptlast des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit liegt bei den Mitgliedsstaaten. Sie haben die umfassende Zuständigkeit und daher auch die Verantwortung."

## Realisierung in Stuttgart?

Zum Auftakt der improvisierten und unter erschwerten Bedingungen stattfindenden Sondersitzung des Europäischen Parlaments hatten Abgeordnete fast aller Fraktionen einen „europäischen Beschäftigungspakt" gefordert. Die Erwartungen an eine Realisierung richten sich dabei vor allem auf das kommende Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs im Juni in Stuttgart.

# Israel informiert Shultz über syrische Aufrüstung

## US-Außenminister in Jerusalem / Libanon zentrales Thema

E. LAHAV/DW. **Jerusalem**

Waffen und andere Militärgüter im Wert von 1,5 Milliarden Dollar hat die Sowjetunion seit Beginn des Libanon-Kriegs an Syrien geliefert. Das berichtete gestern die israelische Zeitung „Ma'ariv". Moskaus Waffenhilfe und sein immer stärkeres Engagement in Syrien sollen im Mittelpunkt der Argumente stehen, die Israel gegenüber US-Außenminister Shultz bei seinem Besuch in Jerusalem vortragen will.

In dem „Ma'ariv"-Bericht heißt es, die Sowjets beschränkten sich nicht nur auf Luftabwehr, sondern arbeiteten mit mehr als 4000 Beratern in Stabsfunktionen der syrischen Armee. Ihre Verflechtung in den syrischen Militärapparat mache dem israelischen Militär mehr und mehr Sorge. Verteidigungsminister Moshe Arens will Shultz neugewonnene Informationen über die sowjetische Luftbrücke übergeben, über die hochmodernes Militärgerät nach Syrien gebracht wird.

Es scheint jedoch, daß Shultz die israelischen Sorgen zwar anerkennt, sie aber mit amerikanischen Garantien beschwichtigen und den Schwerpunkt seiner Verhandlungen auf das Libanon-Problem legen will. Das ging aus der Rede hervor, die Shultz gestern bei seiner Ankunft auf dem Ben-Gurion-Flughafen hielt. Er nannte die „Sicherheit an Israels Nordgrenze" als eine unabdingbare Voraussetzung für eine Regelung zwischen Israel und Libanon. Auch betonte er die „uneingeschränkte Verpflichtung Präsident Reagans für Israels Sicherheit, Überleben und Wohlergehen".

Doch um keinen Zweifel an seinen Absichten aufkommen zu lassen, erklärte Shultz, das Ziel der USA in bezug auf Libanon umfasse „Frieden, Souveränität und den Rückzug aller fremden Streitkräfte", wobei Shultz die Betonung auf „aller Streitkräfte" legte. Er sei sich der Schwierigkeiten bei den Friedensbemühungen bewußt, aber „wir dürfen nicht scheitern", sagte Shultz.

Wie verlautete, will Ministerpräsident Begin alles daran setzen, um Shultz einen diplomatischen Erfolg in Nahost zu ermöglichen – falls Israels Sicherheitsinteressen nicht tangiert werden.

Moskau hat gestern die Shultz-Visite in Nahost als Versuch zur Spaltung der arabischen Staaten bezeichnet, der zu neuen Unruhen in der Region führen könnte.

# Frankreich ohne TV

## Kommunisten schalteten Fernsehnetz aus

SAD, **Paris**

30 Mitglieder der kommunistischen französischen Gewerkschaft CGT haben für einen Tag das gesamte französische Fernsehnetz lahmgelegt. 20 Millionen Mattscheiben blieben am Dienstag bis zum Abend dunkel. Erst um 20.00 Uhr begann ein – gesetztlich vorgeschriebenes – Mindestprogramm, das nicht ganz zwei Stunden dauerte.

Die CGT hatte am Vortag den Streik angekündigt, um ihren Forderungen nach einer neuen Gehaltsstruktur in den Rundfunk- und Fernsehsendern Nachdruck zu verleihen. Sie hatte ihre Aktion optimal vorbereitet: Am Dienstag arbeiteten in der gemeinsamen Zentrale, von der aus alle drei französischen TV-Programme ausgestrahlt werden, fast ausschließlich CGT-Mitglieder. Damit reichten diese 30 von insgesamt mehr als 12 000 Mitarbeitern bei Radio und Fernsehen in Frankreich aus, um das gesamte Fernsehnetz auszuschalten.

Der für das Fernsehen zuständige Staatssekretär Georges Fillioud betonte: „Dieser Streik ist illegal." Denn nach französischem Recht muß ein Streik mindestens fünf Tage vorher angemeldet werden.

Die Unterwanderung des staatlichen Fernsehens durch die Kommunisten wird in Frankreich schon seit längerer Zeit von der Öffentlichkeit mit erheblicher Kritik beobachtet. Schon viermal innerhalb der vergangenen zwei Jahre bekamen die Franzosen durch Streiks der kommunistischen CGT einen „fernsehfreien" Tag oktroyiert.

Auf Beschluß der Regierung müssen in die Redaktionen der drei Programmanstalten Kommunisten aufgenommen werden. Es sind meisten Journalisten, die vorher in der kommunistischen Parteizeitung „l'Humanité" gearbeitet hatten. Die linksliberale Gewerkschaft „Force Ouvriere", drittgrößte Arbeitnehmer-Organisation im Land, hat noch für dieses Jahr ein „Schwarzbuch" zu dem Thema angekündigt.

# „Den Mann da mußt Du erschießen'

## Die Kampfweise der Guerrilla in El Salvador / Gespräche mit Opfern im Zentralgefängnis

**US-Präsident Reagan hat in seiner Rede vor dem Kongreß auf die Gefahren durch die sowjetisch inspirierte Subversion in Mittelamerika hingewiesen. Wie die Guerrilla in El Salvador arbeitet und unschuldige Menschen in den Sog ihrer Umtriebe reißt, schildert folgender Bericht über den Besuch im Zentralgefängnis von San Salvador.**

Von WALTER H. RUEB

Hoffnung" heißt das Zentralgefängnis von San Salvador. Der Name stammt aus der Zeit vor dem Bürgerkrieg. Heute klingt er wie Hohn: im „Centro Penitenciario La Esperanza" in Mariona, eine knappe Autostunde außerhalb der Hauptstadt, füllen neben Dieben, Totschlägern und Mördern vor allem gefangene Guerrilleros die Zellen.

„Ich habe einen Mann erschossen", verrät ein Sechzehnjähriger. Juans Augen leuchten. Er ist stolz auf seine Tat – schließlich hat er sie für die Revolution getan. Nur die Ungewißheit, ob er als Guerrillero vor dem Militärgericht erscheinen darf oder ob ihn die Obrigkeit als gewöhnlichen Kriminellen vor Gericht stellt, beschäftigt den Halbwüchsigen.

Freimütig erzählt Juan. Er vergißt keine Einzelheit. „Eines Tages fragten mich zwei Männer, ob ich hundert Dollar verdienen wollte. Hundert Dollar, das sind fast 400 Colones, auf dem schwarzen Markt vielleicht 450. Das verdient hier mancher nur in zwei oder drei Monaten."

### Die Strafen für Verstöße sind hoch

„Alles war sehr einfach", sprudelt es aus Juan hervor. „Die Männer nahmen mich mit, in einem großen Auto. Sie zeigten mir ein Haus und einen Mann. Ich mußte mir Haus und Mann merken, an mehreren Tagen, immer wieder, immer wieder – bis die sicher waren, daß ich den Mann sofort erkannte. Einmal nahmen sie mich mit zu seinem Büro, einmal zu seinem Club, einmal zum Tennisplatz. Ich erkannte den Mann jedesmal sofort. Ich bin ja nicht dumm, und ich habe gute Augen. Schließlich waren die Männer überzeugt, daß ich keinen Falschen erwischen würde . . ."

Nach zweiwöchiger Abrichtung bekam Juan von den Guerrilleros eine Pistole und den Auftrag: „Den Mann da mußt Du erschießen."

„Sie sagten, das Geld bekäme ich, wenn in den Zeitungen über seinen Tod berichtet worden sei", fügt Juan hinzu. „Ich habe ihn erschossen, es stand in den Zeitungen, aber ich habe bisher nichts bekommen, weil man mich gleich nach der Tat verhaftet hat . . ."

„Weißt du denn, wer der Mann war?", frage ich.

„Nein", sagt Juan und schüttelt den Kopf. „Ich weiß nur, daß er reich war."

Juans Opfer war ein Unternehmer und antikommunistischer Politiker. Jetzt wartet der Mordschütze auf den Ablauf der vom Gesetz vorgeschriebenen 180-Tage-Frist für die Beweiserhebung gegen gefangene Guerrilleros. „Meist wird dann Anklage vor dem Militärgericht erhoben", sagt der militärische Untersuchungsrichter. „Selbstverständlich kommen auch alle Verstöße gegen das Zivilgesetzbuch zur Aburteilung. Guerrilla-Tätigkeit ist ja stets mit einer kriminellen Handlung verbunden, meist mit mehreren . . ."

Das höchste salvadorianische Gericht ist denn auch mit Arbeit überlastet. Allein 1982 wurden 1189 Guerrilleros gefangengenommen. Spätestens ein Jahr nach ihrer Gefangennahme stehen sie in der Regel vor dem „Corte Suprema de Justicia". Die Strafen für Verstöße gegen „Gott, Einheit und Freiheit" sind hoch, Todesstrafen nicht selten.

Miguel, ein anderer Insasse vom Zentralgefängnis „Esperanza", rechnet jedoch mit Milde. Sein Schicksal widerlegt die Behauptung der Guerrilla von El Salvador, die Revolution sei eine Sache des ganzen Volkes.

„Ich bin ein einfacher Mann", berichtet Miguel. Er macht sich Sorgen. Er hat Angst, und auch er lebt in Ungewißheit. Bei ihm bezieht sich diese jedoch auf Frau und Kinder, sein einfaches Haus draußen auf dem Land, seine wenigen Quadratmeter eigenen Boden und seine paar Haustiere.

„Ich bin kein Guerrillero", beteuert Miguel. „Doch man glaubt mir nicht . . ." Die Tatsachen sprechen gegen ihn; und diejenigen, die die Wahrheit kennen, scheren sich einen Teufel um die tödliche Gefahr, in welcher Miguel jetzt schwebt.

Der Landarbeiter Miguel hatte sich nie um Politik gekümmert, keins der Bücher aus dem Ausland gelesen, niemals Kontakt zu Fremden gehabt. Miguel bestellte sein Land, konnte mit Mühe seinen Namen schreiben, die Familie mehr schlecht als recht ernähren und ebenso die Worte des Pfarrers in der Dorfkirche verstehen. Als eines Tages bewaffnete fremde Männer in sein Haus kamen und bei ihm, ohne zu fragen, schwere Kisten unterstellten, verstand er sofort. Denn sie hielten ihm ihre Gewehre vor den Bauch und drohten, ihn, seine Frau und seine Kinder zu töten, wenn er die Kisten öffnete oder jemandem davon erzählte.

Was sollte er tun? Miguel gab sich Mühe, alles zu vergessen. Vielleicht war die Sache harmlos? Erst als Soldaten ins Dorf kamen und bei Miguel Munition und Waffen der Guerrilla fanden, erfuhr der unfreiwillige Revolutionär, daß die Kisten alles andere als harmlos waren . . . Aber da war es bereits zu spät.

### Hoffnung haben nur wenige

„Hoffnungslosigkeit" wäre der passendere Name für das Zentralgefängnis vor den Toren der Hauptstadt. Hoffnung bringen nur wenige zum Ausdruck – doch dies sind ausgerechnet die hoffnungslosesten Fälle: fanatische Guerrilleros, die nicht wie Miguel ahnungslos ins Verderben schlidderten oder sich wie Juan in einem mörderischen Spiel zum Werkzeug machen ließen.

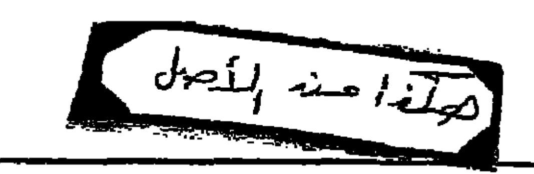
„Ich habe nur eine einzige Hoffnung", verrät ein etwa 30jähriger Guerrillero und steckt zwei Dollarnoten, das Honorar für das Interview, in die Tasche seines Hemdes. „Ich hoffe, bald ausbrechen zu können. Dann geht der Kampf weiter . . ."

Es ist höchst unwahrscheinlich, daß dieser Wunsch in Erfüllung geht. Bisher ist keinem einzigen Häftling der Ausbruch gelungen. Sogar der Zutritt zur festungsähnlichen „Esperanza" ist ungemein schwierig. Man muß vorher im Armee-Hauptquartier, bei der Policia Nacional, am Sitz des obersten Gerichts und im Gebäude der militärischen Untersuchungsrichter in die Läufe von Gewehren und Maschinenpistolen blicken und bunkerähnliche Wach- und Sicherheitsposten überwinden. Da türmen sich bürokratische Hürden auf, Dutzende von Händen blättern in Paß und Papieren, tasten Körper und Taschen ab, schrauben Linsen von Fotoapparaten ab, fingern an Kassetten-Recordern herum und verraten überhaupt mit jeder Bemerkung und Bewegung, daß in diesem Land scheinbar nur Angst und Mißtrauen das Überleben sichern.

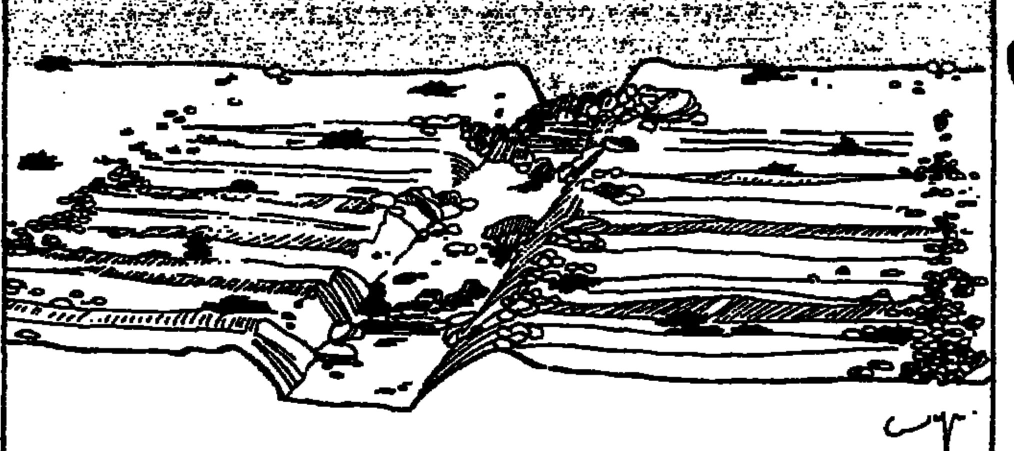
# Revision gegen Urteil im Fall Leinen

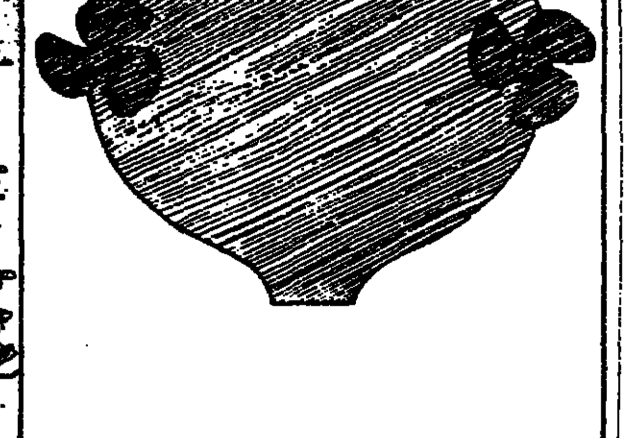
DW. **Itzehoe/Karlsruhe**

Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Itzehoe hat Revision zum Bundesgerichtshof gegen den Freispruch des Vorsitzenden des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Rechtsanwalt Jo Leinen, vom Vorwurf eines Vergehens nach Paragraph 26 des Versammlungsgesetzes eingelegt. Leinen soll maßgeblicher Organisator der verbotenen Brokdorf-Demonstration im Februar 1981 gewesen sein. Die Staatsanwaltschaft schreibt in ihrer Revisionsbegründung: „Gerade im Hinblick auf das am 23. Februar 1981 ergangene Verbot der für den 28. Februar 1981 vorgesehenen Demonstration . . . ließen die öffentlich, teils bundesweit in den Medien verbreiteten Stellungnahmen des Angeklagten dessen Absicht erkennen, eine Bestätigung und Bestärkung solcher Teilnehmer dahin zu bewirken, trotz des Verbots an der Demonstration teilzunehmen." Dies begründe eine Veranstalter-Eigenschaft um so mehr, als bei Großdemonstrationen die angestrebte Mobilisierung der Massen maßgeblich durch den Multiplikationseffekt derartiger publikumswirksamer Stellungnahmen erreicht werde.



# Als Aussage bleibt: Auch Schweden ist für Moskau Feindesland





Eine Zeichnung aus dem Kommissionsbericht. Sie veranschaulicht die Schleifspuren, die das sowjetische U-Boot auf dem Grund der Haarsbucht hinterlassen hat. Aus diesen Spuren ließ sich auch die äußere Form des Schiffes graphisch rekonstruieren (rechts). Die Schleifspuren erklären auch das Kratzen, das man während der Operation in den Instrumenten der schwedischen Marine registrierte.

Von REINER GATERMANN

Zuerst ein Lob: Die parlamentarische Kommission zur Untersuchung der Geschehnisse im Haarfjärden im Oktober vergangenen Jahres, als fremde U-Boote die schwedischen Streitkräfte wochenlang an der Nase herumführten, hat ausgezeichnete Arbeit geleistet. Ihr Bericht „Auge in Auge mit der U-Boot-Bedrohung" und dem Untertitel „Grenzverletzung durch U-Boote und schwedische Sicherheitspolitik" ist es wert, nicht nur von schwedischen Militärs und Politikern bis ins letzte Detail studiert zu werden, er dürfte auch Ausländern viel interessanten Stoff bieten. Nicht nur, weil er teilweise überraschend große Mängel in der schwedischen Verteidigungsbereitschaft aufdeckt und diese auch kritisch anspricht, sondern weil in diesem Bericht auch erstmals in einem größeren Zusammenhang versucht wird, die strategische Bedeutung Nordeuropas neu einzuordnen.

Schweden genoß jahrzehntelang den Ruf, eine starke Streitmacht zu haben. Heute muß man dazu feststellen, daß er für die Marine und vor allem für die U-Boot-Abwehr nicht zutraf. Die Kommission schreibt dazu: „Der U-Boot-Schutz hatte in den vergangenen Jahrzehnten in der schwedischen Verteidigungsplanung bis zu den Zwischenfällen von 1980 und 1981 eine niedrige Priorität ... In den verteidigungspolitischen Untersuchungen und Beschlüssen ist vor 1980 der Mittelbedarf für die Entdeckung und Bekämpfung fremder U-Boote in Friedenszeit nie ausdrücklich erwähnt worden."

Größere Schiffseinheiten, die zur U-Boot-Abwehr eingesetzt werden können, wurden verschrottet oder eingemottet. Ende 1982 standen nur sieben für die U-Boot-Suche geeignete Hubschrauber zur Verfügung, und das Waffenarsenal war der – neu gestellten – Aufgabe, den Eindringling zum Auftauchen zu zwingen, aber möglichst nicht zu versenken, nicht angepaßt.

So dauerte es mehrere Tage, um eine behelfsmäßige Sperre aufzubauen; inzwischen waren aber höchstwahrscheinlich zwei der drei im Haarfjärden vermuteten U-Boote entkommen. Und weiter: „Es kann festgestellt werden, daß die eingesetzten Mittel vor allem bei den Hubschraubern viel zu begrenzt waren, um eine derart umfassende, längerfristige und geographisch ausgebreitete Operation bewältigen zu können." Dies hatte zum Beispiel zur Folge, daß keine Einsatzmittel zur Verfügung standen, als eindeutige Hinweise für die Anwesenheit fremder U-Boote unmittelbar außerhalb des Suchzentrums, dem Haarfjärden, vorlagen. „Einige wichtige Gelegenheiten für einen effektiven Einsatz konnten nicht genutzt werden." Auch der wirkungsvolle Einsatz von Sinkbomben gegen ausgemachte U-Boote in Tauchlage erwies sich als „fast verschwindend gering", insgesamt wurden 47 Bomben abgeworfen.

Hatte die Marine bis zu den Ereignissen im Oktober 1982 lediglich den Auftrag, verdächtige U-Boote abzuweisen, so wurde diese Order jetzt dahingehend geändert, daß sie zum Auftauchen gezwungen werden sollen, um sie identifizieren zu können. Eine Bestimmung, die eigentlich erst zum 1. Juli 1983 in Kraft treten sollte. Die Kommission hat inzwischen eine weitere Verschärfung vorgeschlagen: Der Eindringling soll ohne Vorwarnung angegriffen werden.

Mit dieser Order wurden die Seestreitkräfte in eine völlig neue Situation versetzt. Den Feind beschädigen, aber möglichst nicht versenken. Erfahrungswerte und Richtlinien für den dafür notwendigen Waffeneinsatz gab es nicht. In diesem Zusammenhang wurden auch erstmals fest installierte Minen (insgesamt fünf) in Friedenszeit gezündet. Um aber das Schlimmste zu vermeiden, begnügte man sich mit der manuellen anstelle der automatischen Auslösung. Ist mit Hilfe von Minen eine begrenzte und kontrollierbare Schadenszufügung möglich? Die Kommission meinte dazu: „Ihr Einsatz setzt ein hohes politisches Toleranzniveau in bezug auf die Versenkungsgefahr voraus." Der Einsatzbefehl war vom Oberbefehlshaber nach Kontakt mit der Regierung erteilt worden.

Für die Schweden war bei dieser U-Boot-Jagd im Oktober 1982 vieles neu. Daß die Operation negativ verlief, begründet die Kommission neben allen materiellen und organisatorischen Mängeln vor allem mit der Tatsache, daß es sich bei dem Eindringling in der zentralen Phase der Suche nicht um ein normales, sondern um ein bisher unbekanntes Kleinst-U-Boot handelte. Zu ihren weiteren Erkenntnissen zählt, daß die Grenzverletzungen mit U-Booten (1982 wurden 40 Fälle registriert gegenüber 10 im Vorjahr) inzwischen Bestandteil einer größeren militärisch-operativen Planung sind – und es ist „unwahrscheinlich, daß sie ohne Wissen und Zustimmung der verantwortlichen politischen Führung" durchführbar wären. Dies bezieht sich vor allem auf das immer tiefere Eindringen in die schwedischen Gewässer bis unmittelbar vor die Küste. Besonders schockiert die Schweden die Tatsache, daß selbst nach dem Zwischenfall im Haarfjärden weitere unerwünschte Besuche festgestellt wurden. Daraus schließt die Kommission, „die, die für die Verletzung des schwedischen Territoriums verantwortlich sind, beurteilen die Vorteile einer fortgesetzten Operation für größer als das Risiko, entdeckt zu werden oder Verluste zugefügt zu bekommen".

Als Motiv dieser Aktion sieht sie in erster Linie militärisch-operative Absichten. Demnach gehörten diese Aktivitäten zu „einem Vorbereitungsstadium in einer militär-operativen Planung. Damit wäre es auch denkbar, daß es sich in ihrem Rahmen um die Erprobung neuer Techniken in Friedenszeiten handelt". Dies umfaßt nach ihrer Auffassung unter anderem Übungen für den Einsatz von Spezialverbänden gegen wichtige Vorwarnungs- und Verteidigungsanlagen. Die Schweden sehen in dem Geschehen allerdings auch eine Bestätigung der Annahme, daß nun auch in der Unterwassertechnologie ein Wettrüsten stattfindet; und die Erfahrungen hätten nun gezeigt, daß die U-Boot-Entwicklung gegenüber der U-Boot-Bekämpfung immer noch stark im Vorteil ist.

Bei der Suche nach weiteren Motiven für die wachsende Aufmerksamkeit, die Schweden und hier vor allem seine Ostküste bei fremden Mächten genießt, stößt die Kommission auf die veränderte strategische Bedeutung der Ostsee und Nordeuropas. Auch wenn man die Ostsee als Flanke der sogenannten Zentralfront sehe und sich die Aufmerksamkeit der Großmächte auf den Ausbau der sowjetischen Marinebasis auf der Kola-Halbinsel und auf den Schnittpunkt der See-Interessen der Machtblöcke im Nordatlantik konzentriere, sei es wahrscheinlich, daß im Zuge dieser Entwicklung auch die strategische Bedeutung des Gesamtgebietes einschließlich Skandinaviens und der Ostsee gewachsen sei.

In diesem Zusammenhang verweist man auf die Verschiebung der sowjetischen Manöver immer weiter nach Westen sowie auf den Ausbau sowjetischer Flottenbasis in der Ostsee. In der schwedischen Verteidigungsdebatte hieß es bisher, daß im Kriegsfall ein Wettlauf der Großmächte um strategisch wichtige Positionen unter anderem an den Ostsee-Ausgängen einsetzen werde, was für Nordeuropa die Gefahr bringe, schon frühzeitig in die Kampfhandlungen mit einbezogen zu werden. Mit Hilfe seiner traditionellen Neutralitätspolitik sollte Schweden jedoch die Möglichkeit haben, sich aus einem solchen Krieg herauszuhalten.

Inwieweit diese Einstellung nach dem Bericht der Kommission noch voll anerkannt werden kann, bleibt abzuwarten. Zunächst muß wohl in Frage gestellt werden, ob die Aktivitäten der Sowjetunion in der Ostsee alleine der Sicherstellung ihrer gobalen strategischen Interessen dienen oder ob damit nicht auch näherliegende Ziele verfolgt werden. Mit großer Sicherheit kann man jetzt allerdings davon ausgehen, daß die sowjetische Parole von der Ostsee als ein Meer des Friedens in Schweden als Hohn aufgefaßt wird. Nicht einmal die kommunistische Partei des Landes versuchte nach der Veröffentlichung des Berichts Moskau in Schutz zu nehmen, sondern stellt sich voll und ganz hinter den Protest der Regierung.

# Gegensätze belasten Wiens künftige Koalition

## Die Furcht vor Androsch treibt die Partner zur Eile

CARL G. STRÖHM, Wien

Obwohl es innerhalb der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), besonders in einigen Landesverbänden wie etwa Kärnten oder Steiermark, noch erhebliche Vorbehalte gegen eine Koalition mit den Sozialisten gibt, dürfte in Wien demnächst das beginnen, was erst vor wenigen Monaten in Bonn eher unrühmlich endete: eine sogenannte sozialliberale Koalition. Nicht zuletzt Bruno Kreisky ist entschlossen, seine Partei noch vor seinem Abgang auf diesen Kurs einzuschwören.

Der scheidende Bundeskanzler will damit wenigstens einen Teil seines lang gehegten Planes realisieren: nämlich die christlich-demokratische Österreichische Volkspartei (ÖVP) auf die Dauer von der Macht fernzuhalten. Kreiskys nicht erreichtes Fernziel war es während all seiner Regierungsjahre, die Volkspartei – die ohnehin durch ihre föderalistische und darüber hinaus noch in drei „Bünde" gegliederte Struktur einem schwer beweglichen Schlachtkreuzer glich – aufzuspalten und sie zu einer regierungsunfähigen Mittelpartei zu degradieren. Am Ende dieser Entwicklung wäre dann ein Zustand ähnlich wie in Schweden eingetreten: das bürgerliche Lager gespalten, demoralisiert, von allen Machtpositionen verdrängt – daneben und darüber aber eine alles beherrschende Sozialistische Partei.

### Alle Schuld dem Partner

Manchmal schien es, als sei Kreisky diesem Ziel sehr nahe gekommen. Die SPÖ (in Wirklichkeit war es aber nicht die Partei, sondern der Parteivorsitzende) feierte einen absoluten Wahlsieg nach dem anderen. Die ÖVP versank in tiefer Resignation. Wenn der Plan dennoch nicht aufging, so lag das am österreichischen Föderalismus. Mochte auf Bundesebene in Wien Kreisky mit der SPÖ allein regieren – in den Ländern blieb die ÖVP auch dann stark, als die Bundespartei ihre düstersten Stunden erlebte.

Mit der Installierung einer „rotblauen", sozialliberalen Koalition will Kreisky zu guter Letzt beweisen, daß er mit seiner Behauptung doch recht hatte, daß Österreichs Uhren anders gehen. Er mag dabei auch den Hintergedanken hegen, eine mit den Sozialisten mitregierende FPÖ werde bei der nächsten Wahl – besonders wenn sie eines der Wirtschaftsressorts (Finanzen oder Handel) sowie das Agrarressort besetze, der ÖVP mittelständische Wirtschaftstreibende und Bauern wegnehmen. Eine wieder einmal enttäuschte Volkspartei werde dann ihren Wahlerfolg nur als „Pyrrhus-Sieg" erleben können und bliebe auch in der nächsten Legislaturperiode auf den harten Oppositionsbänken sitzen. Die SPÖ aber könne in Zukunft gegenüber ihren Wählern alle Schuld an Mißerfolgen und unpopulären Maßnahmen den freiheitlichen Koalitionspartnern zuschieben.

### ‚Großdeutscher' Wählerstamm

Allerdings – ähnliche taktische Verhaltensmuster hat es zwischen SPD und FDP in der Bundesrepublik gegeben, ohne daß sie schließlich das Auseinanderbrechen der Schmidt-Genscher-Koalition verhindern konnten. Hinzu kommt eine Besonderheit: Ist schon die deutsche FDP eine relativ schwache Truppe, so ist es die FPÖ mit jetzt 4,98 Prozent der Stimmen erst recht. In der FPÖ gibt es vor allem keinen linken Flügel, der wie im Falle der deutschen sozialliberalen Koalition eine Art Kitt und Bindeglied zu den Sozialdemokraten darstellen könnte. Der Wählerstamm der FPÖ ist immer noch zu einem guten Teil „großdeutsch" und jedenfalls alles andere als prosozialistisch. Eine sozialliberale Koalition in Wien trägt also bereits mit dem Tage ihres Entstehens den Keim zu schweren Auseinandersetzungen innerhalb des kleineren Koalitionspartners in sich.

Manche Beobachter sind der Auffassung, daß die Eile, mit der offenbar Kreisky einerseits und Steger andererseits auf eine sozialliberale Koalition zusteuern, vor allem einen Grund habe: Die Furcht nämlich, es könne ein Mann in die österreichische Politik zurückkehren, den Kreisky einst zum Vizekanzler und Finanzminister machte, um sich dann im Zorn und Unmut von ihm zu trennen – der jetzige Generaldirektor der „Creditanstalt-Bankverein", Hannes Androsch. Er wäre, so sagen manche Wiener Auguren, der kommende Mann einer möglichen großen Koalition SPÖ/ÖVP – und er sei auf lange Sicht hinlänglich „kanzlerverdächtig". Allerdings dürfte seine Stunde erst kommen, wenn Kreisky nicht nur gegangen, sondern auch vergessen sein sollte.

SCHACH / Viertelfinale des Kandidatenturniers beendet – Ungar Ribli qualifiziert

# Bilanz der Kämpfe: Kortschnoi wieder in Form, braucht Hübner einen Draufgänger als Berater?

DW. Bonn

Das Viertelfinale im Schach-Kandidatenturnier ist beendet. Als letzter qualifizierte sich der Ungar Zoltan Ribli für die Runde der vier Spieler, die den Herausforderer für Weltmeister Anatolij Karpow ermitteln. Ribli besiegte in Alicante Eugene Torre von den Philippinen mit 6:4. Im Halbfinale kommt es zu folgenden Spielen: Kortschnoi (Schweiz) – Kasparow (UdSSR) und Smyslow (UdSSR) – Ribli. WELT-Mitarbeiter Ludek Pachman, selbst Großmeister, wertet die Viertelfinalspiele und geht noch einmal besonders auf Robert Hübner ein, der gegen Smyslow durch Losentscheid verlor.

Von LUDEK PACHMAN

An sich war die Roulett-Entscheidung von Velden ein zwar wenig sportlicher, aber den Umständen entsprechender Abschluß des bisher langweiligsten Kandidaten-Wettkampfes, den es je gab. Denn kaum jemand hätte die Fortsetzung von so harmlosen Partien, wie etwa der letzten, noch wünschen können. Vielleicht sind alle deutschen Schachspieler nun besonders enttäuscht, weil sie gerade von Robert Hübner viel erwartet hatten. Hübner hatte die beste Auslosung im Kandidaten-Wettbewerb: Hätte er den schon 62 Jahre alten Exweltmeister Wassili Smyslow besiegt, hätte ihm der Weg bis ins Finale offengestanden.

Aber auch Fachleute sahen voller Spannung nach Velden. Hier begegneten sich Gegner mit verschiedenem Spielstil, im Grunde genommen Vertreter zweier Epochen der Schachgeschichte. Hübner gilt allgemein als ausgezeichneter Taktiker, der scharfe Positionen meisterhaft behandelt. Smyslows Stärke sind ruhige Mittelspielpositionen und Endspiele. Eigentlich brauchte über eine für Hübner wirksame Taktik gar nicht diskutiert zu werden: Er mußte mit aller Energie scharfe Stellungen anstreben. Dies hat er jedoch in keinem Stadium des Wettkampfes versucht.

Wenn es in seltenen Fällen zur Verschärfung des Kampfes kam, war Smyslow dafür verantwortlich: In der vierten Partie siegte er in einer scharfen Angriffspartie. In der neunten Runde, als er nur noch ein Unentschieden brauchte, wählte er ein höchst dubioses Eröffnungssystem und wich dann noch dem möglichen Damentausch aus, womit er einen Angriff provozierte.

Ich habe den Eindruck, daß Hübners Mißerfolge in mehreren Turnieren der letzten Zeit die Folge dessen sind, daß er seinen Stil änderte und nun viel trockener als früher spielt. Interessanterweise gilt dasselbe für seinen Sekundanten Lubos Kavalek (übrigens mein einstiger Schüler).

Vielleicht braucht Hübner künftig einen anderen Berater. Vielleicht den stürmischen Draufgänger Bent Larsen? So aber fehlte ihm ein taktisches Konzept und auch ein wirksameres Eröffnungsrepertoire.

Die Niederlagen von Hübner, den ich für einen der talentiertesten Schachspieler halte, den ich je kennenlernte, haben gewöhnlich psychologische Ursachen. Zweimal hat er Kandidaten-Wettkämpfe vorzeitig aufgegeben (1970 gegen Petrosjan, 1981 gegen Kortschnoi), obwohl seine Gegner nur knapp, mit einem Punkt, führten. In Velden war seine letzte Partie eigentlich indirekte Kapitulation: Er verlor offensichtlich schon vor ihr sein Selbstbewußtsein, das auch sonst nie sehr stark ist.

Wenn Hübner noch im Kampfe um die Weltmeisterschaft aktiv mitspielen will, muß er sich mit sich selbst beschäftigen. Dabei hilft ihm kein Masseur während der Partie – übrigens auch eine Sache, die man sich noch vor wenigen Jahren im Weltschach gar nicht hätte vorstellen können.

Neigt dieser geistige Sport wirklich zum Exzentrismus? Wie schade, daß in Bad Kissingen Viktor Kortschnoi und Lajos Portisch zur gleichen Zeit spielten. So stand ihr Wettkampf für die deutsche Öffentlichkeit etwas im Schatten. Kortschnoi und Portisch hätten Besseres verdient: Sie spielten keineswegs fehlerfrei, aber im vollen Gegensatz zu Hübner und Smyslow zeigten sie einen der kämpferischsten Wettkämpfe der Schachgeschichte. Nur viermal unentschieden und beim Stande von 5:2 noch zwei entschiedene Partien – das ist Zeichen echten sportlichen Geistes.

Portisch war wohl in schlechter Form, aber Kortschnoi hat sein Tief aus den letzten beiden Jahren überwunden. Sein Halbfinale-Wettkampf gegen Kasparow wird ohne jeden Zweifel das vorgezogene Finale des Kandidaten-Wettbewerbs sein. Und auch hier wird der Veteran Kortschnoi reale Chancen haben. Wir können uns auf einen erfrischenden Kampf freuen, der uns die Langeweile aus Velden vergessen läßt.

„Städte-Brücke": Wo Amerikaner und Deutsche sich besser kennenlernen

# Wo, bitte, liegt die Bundesrepublik?

„Endlich tut sich etwas!" Das war die einmütige Reaktion von zahlreichen der rund 300 000 in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Soldaten, als sie die Tonbandkassette „Peoples' Stories and Specialities" zu Gehör bekamen. Da erzählten ihnen Deutsche, des Englischen mächtig, eine Stunde lang etwas über ihr Gastland, von dem sich die Amerikaner gar keine rechte Vorstellung machen konnten. Der akustische Baedeker war also hochwillkommen.

„Es ist kaum vorstellbar, in welchem Getto die Soldaten und ihre Familienangehörigen bei uns leben", meint Gerd Ribatis, Nachrichtensprecher beim Norddeutschen Rundfunk und Vorsitzender der „Städte-Brücke". Dieser gemeinnützige Verein hat es sich zum Ziel gesetzt, Vorurteile der jeweils anderen Nation gegenüber abzubauen, damit sachliche Urteile möglich werden. Mutmaßungen über Deutsche und Deutschland einerseits sowie Amerikaner und Amerika andererseits sollen Fakten ersetzen, verzerrte Bilder wieder gerade rücken.

Das geschieht sowohl auf dem Weg über die Ätherwellen wie auch durch direkte Kontakte zwischen Deutschen und Amerikanern, die seit 1979 jährlich geknüpft bzw. wiederaufgefrischt werden können, und zwar bei den deutsch-amerikanischen Freundschaftstreffen, die in jeweils anderen Städten stattfinden. An diesen Reisen kann übrigens jeder teilnehmen, der Interesse hat an einer Bekanntschaft oder Freundschaft mit Amerikanern.

„Wir wollen mit unserer ‚Städte-Brücke' diese ominöse ‚Angst vor den Amerikanern' oder die ‚Angst vor den Deutschen' abbauen. Diese Ängste sind ja im Prinzip durch nichts gerechtfertigt. Warum sollte denn auch ein Bürger von Chikago einen Einwohner von Lübeck fürchten?"

Schon Anfang der sechziger Jahre begann Ribatis mit einem auf Band gespeicherten Rundfunkprogramm, das sich an Deutsche in Amerika wandte. Und seit 1977 malt er, unterstützt von drei ehrenamtlichen Mitarbeitern – darunter der Tagesschausprecher Werner Veigel –, den Amerikanern ein Deutschlandbild, bestehend aus Kultur, Wissenschaft und Politik. Die Sendungen werden von der nicht-kommerziellen „Broadcast Foundation of America" landesweit ausgestrahlt. Rundfunkstationen aus aller Welt beliefern diese Gesellschaft mit Programmen über ihr Land; Ribatis füllte die deutsche Lücke. Sämtliche Universitätsstädte in den USA sind an das Netz angeschlossen; darüber hinaus werden die Bänder in einer akustischen Bibliothek archiviert.

„Wir haben viele Briefe bekommen, in denen sich die Hörer bedanken, daß sie ‚endlich Material über Deutschland' zur Verfügung hatten", erzählt Ribatis. „Der Informationsstand weist erschreckend viele Löcher auf, besonders in den Schulen, die wir während unseres Amerika-Aufenthalts besucht haben. In den Vorstellungen der jungen Amerikaner liegt die Bundesrepublik irgendwo in der Nähe von Südafrika, und einige antworteten auf die Frage nach dem deutschen Kanzler allen Ernstes mit Adolf Hitler."

Das, so hofft Ribatis, wird sich bald grundlegend ändern. Einmal auf den Geschmack gekommen, ist der Informationsdurst der Amerikaner unlöschbar; jede Sendung wirft weitere Fragen auf. Doch die Wünsche nach mehr Programmen können Ribatis und sein Team nicht befriedigen – „weil das Geld fehlt. Deshalb können wir auch nicht regelmäßig Sendungen überschicken, was uns einen festen Programmplatz und noch größere Bekanntheit verschaffen würde. Wir können nur produzieren, wenn Geld in der Kasse ist."

Das jüngste Kind der „Städte-Brücke" ist nun das tönende Deutschland-Porträt für amerikanische Soldaten in der Bundesrepublik. Weil das Echo so überwältigend war, ist die zweite bereits in Planung. Diesmal lautet unser Thema „Deutsche Städte – diesseits und jenseits der Zonengrenze"."

Beide Kassetten kosten jeweils sieben Mark; aber nicht die Soldaten selbst müssen den Preis entrichten; Ribatis wünscht sich möglichst viele Spender, die eine oder mehrere Kassetten erwerben. Einen beispielhaften Anfang machte die Stadt Iserlohn, die spontan 5000 Kassetten finanzierte. Ribatis: „Es wäre schön, wenn möglichst viele Deutsche diesen Betrag übrig hätten. So ein Geschenk ist ja schließlich auch ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur Völkerverständigung." RAINER NOLDEN

## SPORT-NACHRICHTEN

### Im Westen geblieben

**Kassel** (sid) – Der „DDR"-Handballspieler Udo Hentschke hat nach dem Spiel von Stahl Eisenhüttenstadt bei Eintracht Baunatal die Mannschaft verlassen und ist nicht in die „DDR" zurückgekehrt.

### Tennis: Ausgeschieden

**Madrid** (sid) – Damir Keretic (Stuttgart) und Peter Elter (Essen) sind beim Tennis-Grand Prix in Madrid in der ersten Runde ausgeschieden. Elter mit 1:6, 6:3, 7:9 gegen Tulasne (Frankreich), Keretic mit 3:6, 1:6 gegen Noah (ebenfalls Frankreich).

### Europacup-Schiedsrichter

**Bern** (sid) – Für die Fußball-Europacup-Endspiele wurden folgende Schiedsrichter benannt: Landesmeister: Nicolae Rainea (Rumänien), Pokalsieger: Gianfranco Menegali, UEFA-Cup: Bogdan Dotschew (Bulgarien), Rückspiel: Charles Corver (Holland).

### Helm verboten

**Frankfurt** (DW.) – Der Sturzhelm des in Speyer tödlich verunglückten Motorradrennfahrers Bernhard Bürkle (Kiel) wurde von der Obersten Motorrad-Kommission in Frankfurt verboten. In Einverständnis mit dem Importeur wurde die Zulassung des Helms für Rennen in Deutschland zurückgezogen.

### Endgültiger Finanzplan

**Belgrad** (sid) – Der endgültige Finanzierungsplan der Olympischen Winterspiele 1984 in Sarajewo sieht jetzt so aus: Von den notwendigen 200 Millionen Mark werden die Provinz Bosnien-Herzegowina und die Stadt Sarajewo 85,5 Prozent übernehmen. Die fünf anderen Republiken und zwei Provinzen tragen 10,4 Prozent, den Rest das NOK, der Sportbund und die Lotterien.

## ZAHLEN

**EISHOCKEY**

Weltmeisterschaft in München, 7. Spieltag: CSSR – Italien 11:0, Schweden – UdSSR 3:5. – Die Abschlußtabelle der Vorrunde:

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. | UdSSR | 7 | 7 | 0 | 0 | 41: 7 | 14:0 |
| 2. | Kanada | 7 | 5 | 0 | 2 | 26:16 | 10:4 |
| 3. | CSSR | 7 | 4 | 1 | 2 | 30:15 | 9:5 |
| 4. | Schweden | 7 | 4 | 1 | 2 | 26:21 | 9:5 |
| 5. | BR Deutschl. | 7 | 3 | 1 | 3 | 17:23 | 7:7 |
| 6. | „DDR" | 7 | 2 | 0 | 5 | 19:28 | 4:10 |
| 7. | Finnland | 7 | 1 | 1 | 5 | 20:28 | 3:11 |
| 8. | Italien | 7 | 0 | 0 | 7 | 5:46 | 0:14 |

**Der Spielplan:** Heute: Finalrunde: Schweden – UdSSR (17.00), CSSR – Kanada (20.15). – Morgen, Abstiegsrunde: Deutschland – Finnland (17.00), „DDR" – Italien (20.15). – Samstag, Finalrunde: Kanada – Schweden (17.00), UdSSR – CSSR (20.15). – Sonntag, Abstiegsrunde: Italien – Finnland (15.00), „DDR" – Deutschland (18.30). – Montag, Finalrunde: Schweden – CSSR (15.00), Kanada – UdSSR (18.30).

**FUSSBALL**

**Zweite Liga**, Nachholspiel: BV Lüttringhausen – FC Augsburg 0:0.

**HANDBALL**

**Bundesliga**, Nachholspiel: TV Großwallstadt – Reinickendorfer Füchse 17:15.

FUSSBALL

# Juniorenspiel als große Verkaufsschau

DW. St. Pölten

Berti Vogts, der Trainer der deutschen Fußball-Juniorenauswahl, hatte vor dem Spiel gegen Österreich „einen Sieg und eine spielerische Steigerung im Vergleich zum Spiel gegen Albanien" verlangt. Beides gelang in St. Pölten am Abend vor dem A-Länderspiel in Wien nur halb. 1:1 hieß es am Ende, und die spielerische Steigerung fand lediglich in der zweiten Halbzeit statt, in der der Braunschweiger Thomas Herbst (50. Minute) die Führung der Österreicher (Hrstic/40.) ausglich.

Die Spiele der Junioren-Auswahl werden immer mehr zur Talentschau. Ernst Happel und Günter Netzer, der Trainer und der Manager des Hamburger SV, beobachteten den besten Spieler auf dem Platz, den Schalker Wolfram Wuttke. Rinus Michels vom 1. FC Köln interessierte sich stark für Ralf Falkenmayer von Eintracht Frankfurt. Hinter der vorgehaltenen Hand wird davon geredet, die Kölner wollten für den 19 Jahre alten Abwehr- und Mittelfeldspieler eine Million Mark ausgeben. Hintergedanke ist, einen Nachfolger für Stefan Engels zu finden, dessen Vertragsverhandlungen in Köln stocken und für den sich jetzt Borussia Dortmund interessieren soll, das Manfred Burgsmüller und Rüdiger Abramczik loswerden will.

Junioren-Spiele, selbst wenn sie Qualifikationskämpfe um die Europameisterschaft sind, als Einkaufsbummel für Bundesliga-Vereine? Berti Vogts als Trainer hat es jedenfalls schwer, in Ruhe mit den deutschen Talenten zu arbeiten. Dennoch sagt er: „Ich bin mit der Leistung und dem Ergebnis zufrieden."

**Tabelle, Junioren-Gruppe 6**

Österreich – Deutschland 1:1

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. | Albanien | 3 | 2 | 1 | 0 | 4:2 | 5:1 |
| 2. | Deutschland | 3 | 1 | 2 | 0 | 3:2 | 4:2 |
| 3. | Österreich | 3 | 0 | 2 | 1 | 3:4 | 2:4 |
| 4. | Türkei | 3 | 0 | 1 | 2 | 1:3 | 1:5 |

Weitere Ergebnisse der Qualifikation zur Junioren-Europameisterschaft: Belgien – „DDR" 4:2, UdSSR – Portugal 1:1, Dänemark – Griechenland 1:1, Wales – Bulgarien 0:1, England – Ungarn 1:0.

EISHOCKEY

# Willi Weyer: Appell zur Fairneß

DW. München

Das letzte Vorrundenspiel der Eishockey-Weltmeisterschaft war eher heitere Farce als harter Kampf – trotz der großen Namen der Mannschaften. Titelverteidiger Sowjetunion besiegte Schweden mit 5:3 (1:1, 4:2, 0:0) und zeigte dabei eher Lust an Raufereien als an einer schweißtreibenden sportlichen Spitzenleistung. Nur ein ernsthaftes Problem zeigte sich in diesem Spiel: Die Russen haben außer Wladimir Tretjak keinen guten Torwart. Sein Vertreter Wladimir Myschkin (zu deutsch: „Mäuschen") lenkte sich den Puck zum 2:3 selbst mit dem Schlittschuh ins Tor und ließ die Scheibe beim dritten Treffer der Schweden aus 30 Meter Entfernung durch die Beine kullern.

Die erste deutsch-deutsche Begegnung am letzten Freitag in Dortmund hat zu einer Bestrafung des Eishockey-Verbandes der Bundesrepublik (DEB) geführt. Der Internationale Verband verurteilte den DEB zu einer Geldstrafe von 500 Schweizer Franken. Außerdem muß sich Präsident Otto Wanner offiziell beim Leiter der „DDR"-Delegation, Herbert Gasch, entschuldigen.

Das ist die Folge der Zuschauerausschreitungen von Dortmund, wo Spieler der „DDR" mit Fahnenstangen angegriffen und mit Bierbüchsen beworfen worden waren. Vor dem zweiten deutsch-deutschen Spiel am Sonntag in München hat Willi Weyer, der Präsident des Deutschen Sportbundes, die Zuschauer zur Fairneß aufgerufen: „Alle Welt spricht noch von den Olympischen Spielen 1972 in München. Das IOC zeichnete damals das faire Münchner Publikum mit dem Olympic-Cup aus. Wir gehen davon aus, daß diese Fairneß auf den Rängen auch am Sonntag gegeben ist, wenn die geteilten Deutschen wieder aufeinandertreffen. Der Ruf, ein guter Gastgeber zu sein, ist schneller verspielt als gewonnen. Die Hitze des Wettkampfes entschuldigt nicht alles." Herbert Gasch sagte gestern, beim „DDR"-Protest sei es nicht auf eine Bestrafung angekommen, es gehe „um sauberen Sport".

## STAND●PUNKT / *Eine Last?*

Berti Vogts, der Junioren-Trainer des Deutschen Fußball-Bundes, ist enttäuscht, weil die Bundesliga-Vereine die Abstellung von Spielern für Länderspiele und Lehrgänge seiner Mannschaft („U 21") mehr als Last denn als Entwicklungshilfe betrachten. Sein Appell, in dieser Frage umzudenken, wird vergeblich sein, denn die Argumente hierfür sind nicht stichhaltig genug. Sicherlich haben viele A-Nationalspieler früher auch im Junioren-Team gespielt. Aber entdeckt hat sie Vogts deshalb nicht. Nicht die Leistung in der Junioren-Mannschaft macht beispielsweise einen Rudi Völler zum Nationalspieler, sondern seine beständig guten Spiele für Werder Bremen. Das wissen auch die Vereine und Spieler. Vogts rechnet für das Junioren-Turnier im Juni in Toulon wieder mit Problemen, wenn er die Einladungen dazu verschickt. Gerade dort sieht er aber die Möglichkeit, seine Spieler in den Begegnungen mit südamerikanischen und afrikanischen Nationalteams für spätere Einsätze im A-Team mit deren Stil vertraut zu machen. Als Nationaltrainer ist dieser Wunsch berechtigt und weitsichtig. Für die Bundesliga-Klubs ist es aber wichtiger, daß ihre Spieler den Stil beherrschen, der in der Bundesliga gespielt wird. Erst wenn hier alles klappt, können Vereine und Spieler an irgendeine Nationalmannschaft denken.

ULRICH SCHMIDLA

OLYMPIA / Die Probleme der Deutschen Sporthilfe mit der Werbung der Spitzenathleten

# Auf Kollisionskurs mit den Marketing-Agenturen

KLAUS BLUME, Bonn

„Wir rechnen mit Schwierigkeiten", sagt ein Sprecher der Deutschen Sporthilfe. Unter einem gemeinsamen Dach könnte ihnen nun begegnet werden, denn das organisatorische Gerüst dafür ist gezimmert. Wie Sporthilfe-Chef Josef Neckermann mitteilte, sei die Stiftung von den hiesigen Fachverbänden mit der Wahrnehmung der Interessen ihrer Spitzensportler beauftragt worden. Aus diesem Grunde habe sie eine Förderungsgesellschaft gegründet, um alle künftigen Werbeaktionen zu koordinieren. Alleiniger Geschäftsführer der neugegründeten GmbH ist die Sporthilfe, Geschäftsführer ihr Pressechef Manfred Pasenau.

Um was geht es? Das Internationale Olympische Komitee (IOC) renovierte seine Zulassungsregel 26 („Amateurparagraph"), die internationalen Fachverbände dafür entsprechend ihre Ausführungsbestimmungen. Demnach dürfen Athleten und Athletinnen nunmehr werben und dafür Geld nehmen. Dieses Honorar muß aber auf Treuhandfonds festgelegt werden. Außerdem: Solche Verträge bedürfen der Zustimmung und der lückenlosen Kontrolle der jeweiligen Fachverbände.

Hierzulande soll das nun die von der Sporthilfe ins Leben gerufene Fördergesellschaft gewissermaßen treuhänderisch durchführen. Neckermann hatte sich zuvor gegen eine solche Clearing-Stelle ausgesprochen, weil er befürchtete, die Stiftung Deutsche Sporthilfe könne deshalb die Gemeinnützigkeit verlieren. Doch mit den Finanzbehörden wurde geklärt: Die Gemeinnützigkeit wird so lange nicht berührt, solange zwischen der Stiftung und der Förderungsgesellschaft eine klare rechtliche und organisatorische Trennung besteht.

Die Schwierigkeiten sind anderer Natur. Die neue Sport-Agentur für Spitzensportler – hierzulande lassen sich nach Expertenmeinung allenfalls 30 renommierte Amateure erfolgversprechend vor den Werbekarren spannen – beansprucht gewissermaßen ein Monopol. Denn nur sie versteht sich, im Auftrag der Fachverbände, als Clearingstelle zwischen Wirtschaft und Athlet. Das wiederum muß zwangsläufig Kollisionen mit jenen Agenturen herbeiführen, die bereits Verträge mit Sportlern unterhalten. So gibt es einen Kontrakt zwischen Hochsprung-Weltrekordlerin Ulrike Meyfarth und einer Kölner Agentur. Ein Sprecher der Sporthilfe dazu: „Rein zivilrechtlich kann jeder mit jedem einen Vertrag abschließen. Fragt sich nur, ob der entsprechende Fachverband zustimmt."

Der Sprecher einer seit geraumer Zeit im Sport-Marketing tätigen Agentur im Gespräch mit der WELT: „Wenn mich ein Unternehmen um ein Werbekonzept mit vier olympiareifen Athleten bittet, werde ich das auch weiterhin ausarbeiten. Ich werde die Athleten, je nach Bedarf, in eine Talkshow oder eine Autogrammstunde vermitteln. Den Athleten werde ich raten, das über die Sporthilfe-Agentur laufen zu lassen, also auch ihr Honorar. Ich wiederum rechne für diesen Kontakt direkt mit meinem Auftraggeber ab und bekomme auch weiterhin meine Prozente. Die Sache wird also teurer."

Was dabei außer acht gelassen wurde: der Interessenkonflikt der Sporthilfe-Agentur, die zwar organisatorisch, doch nicht ideel getrennt von der Sporthilfe-Stiftung arbeitet. Einerseits gibt es seit Jahren das stille, engagierte Mäzenatentum der deutschen Wirtschaft in der dafür geschaffenen Stiftung, andererseits künftig die Sporthilfe-Agentur, die Werbemaßnahmen koordiniert. Konstruieren wir deshalb diesen Fall: Das Unternehmen mit dem guten Stern auf allen Straßen unterstützt via Sporthilfe und ungenannt Jahr für Jahr die Aktivitäten des 400-m-Läufers Mair aus Salbendorf. Nachdem dieser Europameister geworden ist, unterbreitet ihm der Hersteller eines skandinavischen Automobils ein Werbeangebot. Wie entscheidet nun die Sporthilfe-Agentur? Läßt sie für die skandinavische Karosse werben und gefährdet sie damit für künftige Europameister das stille Mäzenatentum des guten Sterns?

Die Sache ist ebenso heikel wie die angestrebte Monopolstellung der Sporthilfe-Agentur. Einer Monopolstellung, der übrigens keinesfalls vom Nationalen Olympischen Komitee (NOK) zugestimmt wurde. Aber das NOK ist dennoch präsent: einmal durch seine Vertreter in der Stiftung Deutsche Sporthilfe, zum anderen durch den Auftrag für die Sporthilfe-Agentur, die Abschlußvollmacht für das NOK zu übernehmen. Abschlußvollmacht heißt: Verträge sind im Sinne des NOK nur dann abzuschließen, wenn sie nicht mit den IOC-Regeln kollidieren. Der werbetreibende Amateur soll Olympia-Amateur bleiben.

Wohlgemerkt, es geht dabei um Werbekontrakte – offiziell heißen sie Beraterverträge –, nicht aber um künftige Startgelder. Die müssen vom Veranstalter direkt an den Verband gezahlt werden, ohne Einschaltung einer Agentur. Beim Rotterdam-Marathon, vor 14 Tagen, hat das bereits zu großem Ärger geführt. Da setzten die Leichtathletik-Verbände Großbritanniens und Mexikos eine Untersuchungskommission ein. Deren Läufer seien nämlich nicht vom Verband, sondern von der Agentur McCormick vermittelt worden. Diese Agentur habe überdies den Athleten empfohlen, Verbandsparagraphen einfach zu ignorieren. Sind Verbände und Stiftungen bereits hilflos?

## KRITIK

# *Seitensprünge von Ungeübten*

Marc Camoletti ist zu seinem Vorteil bei dem französischen Situationsingenieur Feydeau in die Schule gegangen, was Witz und Präzision, weniger was den Einfallsreichtum betrifft. Sein Lustspiel von der **Perle Anna** (ZDF) lebt praktisch von einem einzigen Einfall und vom Prinzip der Feydeauschen Türendramaturgie.

Einem Ehepaar bietet sich plötzlich die günstige Gelegenheit zu einem ungeübten Seitensprung. Er schickt seine Frau fort, sie schickt ihn fort, beide schicken die Haushälterin Anna fort, um übers Wochenende die Wohnung für außereheliche Abenteuer frei zu haben. Damit setzt die Türentechnik ein. Kaum schließt sich die Tür hinter dem Ehemann, schon öffnet der Liebhaber die zweite, und während man gespannt wartet, wer nun aus der dritten kommt, öffnet sich die erste wieder oder die vierte, oder zwei öffnen sich gleichzeitig im falschen Augenblick, auch die Treppe ist für Überraschungseffekte gut.

Sie war in diesem Spiel vor allem Elfriede Ott in der Titelrolle vorbehalten. Auch sie ist natürlich zu Hause geblieben und erlebt nun die unbeholfenen Seitensprungversuche ihrer Herrschaft, die in den alkoholischen Präliminarien steckenbleiben. Camoletti hat seinem Stück nämlich gleichermaßen einen Motor und eine Bremse eingebaut. Der Motor heißt Neugier, die Bremse ist die Angst vor der eigenen Courage. In dem alkoholisierten Köpfchen der guten Anna dämmert Verantwortungsgefühl und erhellt sich rasch zu einer blitzgescheiten Strategie, die alles wieder ins reine bringt.

Elfriede Ott macht das weder keß noch kokett nach probaten Mustern, sondern beinahe rührend mit Herz und Verstand, mit menschlicher Wärme und Kraft, mit geradezu mildem Witz und nachtwandlerischer Pointensicherheit. Ein köstliches Labsal nuancierter Komik.

EO PLUNIEN

## STUDIO

Die „Stimme des Papstes" spricht künftig länger deutsch: Vom kommenden Montag an bringt **Radio Vatikan** für Deutschland, Schweiz und Österreich jeden Abend ein 20minütiges Programm und erfüllt damit den Wunsch vieler Hörer, denen die derzeit noch viertelstündige Sendezeit zu kurz war. Gleichzeitig verschiebt sich auch der Programmbeginn. Statt wie bisher um 20.30 Uhr MEZ ist der deutschsprachige Dienst ab 2. Mai schon um 20.20 Uhr zu hören, die Wiederholungssendung am folgenden Morgen wird künftig um 6.20 Uhr statt um 6.15 Uhr ausgestrahlt. Programmschema und Empfangsfrequenzen bleiben hingegen unverändert. Zusätzlich zum Abendprogramm strahlt der deutschsprachige Dienst von Radio Vatikan auch weiterhin um 16.00 Uhr MEZ eine viertelstündige Nachrichtensendung aus. Zu empfangen ist die „Stimme des Papstes" auf Mittelwelle 1530 kHz wie auf Kurzwelle 6210 kHz (49-Meter-Band), 7250 kHz (41-Meter-Band) und 9645 kHz (31-Meter-Band).

ARD | ZDF | III.

## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Qualifikation zur Fußball-EM
11.10 Frankfurt am Main
12.10 Bilanz
12.55 Presseschau
13.00 heute

### ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Das Streitgespräch
Die Welt der Groschenromane
Susanne Scheibler gegen Dieter Wellershoff
Für die einen sind sie eine spannende und entspannende Lektüre, gerade richtig fürs Abschalten vom Alltagstrott; für die anderen seichte und verdummende Kitsch-Geschichten, fernab jeder Wirklichkeit: Die Rede ist von den Groschenromanen, die inzwischen 16 Groschen kosten.

**17.00 Kleiner Bruder John Willie (3)**
Letzter Teil des Films
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
anschl. Der 7. Sinn
20.18 IGA '83
Die Schau kann beginnen
Eröffnung der IV. Internationalen Gartenbauausstellung
21.00 Scheibenwischer
21.45 Eishockey-WM
3.–2. der Vorrunde
Aus der Olympiahalle in München
22.30 Tagesthemen
23.00 Theater der Welt
**Die heilige Johanna**
Von George Bernard Shaw
Mit Gabrielle Lloyd und Peter Benson u. a.
Regie: Jane Howell (Wh. v. 1980)
Johanna, ein Bauernmädchen aus Lothringen, folgt ihren „Inneren Stimmen"; sie ist davon überzeugt, daß sie die von den Engländern belagerte Stadt Orleans befreien und in Reims den Dauphin zum König krönen lassen wird.
01.45 Tagesschau

### ZDF

16.00 heute
16.04 Wir Europäer
Von Folco Quilici
Unser Spiegelbild in Amerika
16.35 Das Piratenschiff
Zeichentrickfilm nach Mordillo (Wh.)
16.45 heute
16.57 Aus München:
Eishockey-WM
Finalrunde
Sprecher: Werner Schneider
In den Pausen:
17.40 heute-Schlagzeilen
18.35 heute
19.30 Lustige Musikanten
Mit der Volksmusik-Hitparade
Durch die Sendung führen Carolin Reiber und Elmar Gunsch
21.00 heute-journal
21.20 Kennzeichen D
Momentaufnahmen der Deutschlandpolitik: Der Fall Burkert und seine Folgen / Das deutsch-deutsche Schriftstellertreffen in West-Berlin / Die Männer mit dem schlechten Gedächtnis: Polizeizeugen vor Gericht / 38 Jahre nach dem Zusammenbruch Nazi-Deutschlands: Die Widerstandskämpferin Gräfin Maltzan erinnert sich.
22.05 Live aus Hamburg:
Das kleine Fernsehspiel
Spielraum
**Die Schwierigkeiten der Deutschen mit dem Leichten**
In den Beispielen zum Thema „Unterhaltung in Deutschland" sollen sowohl E-(ernste) wie U-(unterhaltende) Musik eine Rolle spielen sowie Theater, Kleinkunst, Show und selbstverständlich – aber auf keinen Fall ausschließlich – die Fernsehunterhaltung.



Schaltet heute abend wieder seinen „Scheibenwischer" ein: Der Kabarettist Dieter Hildebrandt (ARD, 21.00 Uhr) FOTO: RÖHNERT

### III.

**WEST**
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Verratene Frauen
US-Spielfilm, 1955
21.25 Filmsendung über B-Filme
21.45 Zwischen Kanzel und Konzernen
22.15 Nachtschalter
23.25 Letzte Nachrichten

**NORD**
19.15 Arbeitsmarkt
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Die großen und die kleinen Fluchten (17)
Im Lauf der Zeit
Dt. Spielfilm, 1975

**HESSEN**
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Deutschlands wilder Westen
19.15 Zug um Zug
19.30 Ikonen in Deutschland (2)
Berlin
20.00 Tagesschau
20.15 Filmstudio
Die den Hals riskieren
US-Spielfilm, 1969
22.00 Drei aktuell
22.15 Kulturkalender
22.45 Vor vierzig Jahren
23.10 Titel, Thesen, Temperamente

**SÜDWEST**
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg
*Nur für Baden-Württemberg*
19.00 Abendschau im Dritten
*Nur für Rheinland-Pfalz*
19.00 Abendschau Blick ins Land
*Nur für das Saarland*
19.00 Saar 3 regional
*Gemeinschaftsprogramm Südwest 3*
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Fernsehspiel des Auslands
Die Geschichte einer Vielgeliebten
Österr. Fernsehfilm
21.10 Café Größenwahn
*Nur für Baden-Württemberg*
21.55 Freiplatz
*Nur für Rheinland-Pfalz*
21.55 Fragezeichen:
Reizwort: Lehrstellenmangel
*Nur für das Saarland*
21.55 Saarländer im Widerstand

**BAYERN**
18.15 Aerobic-Dance (5)
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Fernsehtheater
20.25 Schauspielereien
„Der Einfall"
20.45 Rundschau
21.00 Das Prinzregententheater
Ein Theater für alle
21.05 Auftakt zur Blumen-Olympiade
21.50 „. . . damit kein Gras drüberwächst"
22.35 Jazz Burghausen
23.20 Rundschau

# Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## EG-Erbsen-Alptraum

„Erbsenzähler"; WELT vom 15. April

Daß Beamte Erbsen zählen müssen, läßt sich sicher in einem vereinigten Europa nicht immer vermeiden. Weniger bekannt aber dürfte es sein, daß die Regierenden in Brüssel so manchen ihrer Untertanen ebenfalls zu Erbsenzählern degradieren.

Dies verlangt jedenfalls die „Verordnung (EWG) Nr. 34.782 der Kommission vom 23. Dezember 1982 zur dritten Änderung der Verordnung EWG Nr. 2192/82 mit Durchführungsbestimmung für besondere Maßnahmen für Erbsen, Puffbohnen und Ackerbohnen."

Kurz gesagt geht es dabei um eine Subvention für in der Gemeinschaft geerntete Hülsenfrüchte. Da ich nun Hülsenfrüchte verarbeite und gerne konkurrenzfähig bleiben möchte, muß ich diese Beihilfe in Anspruch nehmen.

Und jetzt kommt das Dilemma: Ich muß mit 98prozentiger Genauigkeit die ordnungsgemäße Verwendung der subventionierten Ware nachweisen. Auch die nicht in der EG geernteten Hülsenfrüchte müssen „unter Kontrolle gestellt" werden, ebenso sämtliche Artikel, in denen Hülsenfrüchte beigemischt werden. Ein bestimmter Qualitätsstandard ist vorgeschrieben, bestimmte neue Verpakkungsrichtlinien sind zu beachten, Zertifikate beizubringen usw. Dazu muß ich allein monatlich 40 000 Verkaufsbelege einzeln auswerten. Mißachte ich nur eine Auflage, wird die Beihilfe mit Zinsen zurückverlangt. Außerdem drohen Geld- und Freiheitsstrafen.

So ist es sicher zu verstehen, daß ich jetzt nachts Erbsen zähle statt Schäfchen, daß ich mitten in der Nacht plötzlich kerzengerade im Bett sitze, weil ich mich im Traum verzählt habe.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Bruno Pohl,*
*Bönen*

## Rentner ohne Lobby

„Sollen die Sozialrentner künftig Steuern zahlen?"; WELT vom 15. April

Unter dieser Überschrift bereitet die WELT darauf vor, daß im Bundesarbeitsministerium ernsthaft darüber nachgedacht wird, die Renten aus der Sozialversicherung ab 1985 zu versteuern.

Wenn es soweit kommt, was sehr wahrscheinlich ist, hat sich die Beamten-Lobby mit dem Wunsch, die Renten zu versteuern, durchgesetzt. Sollte dies (noch) nicht der Fall sein, wird Minister Blüm seinen stärkeren Kabinettskollegen einen anderen Knochen aus dem Gerippe der Rentner vorwerfen, nur nicht seinen Ministerposten.

Offenbar zur Beruhigung der Rentner wird aus dem Bundesarbeitsministerium verbreitet, künftig sollen auch Beamte Beiträge für ihre Pensionen zahlen. Das ist bei der derzeitigen Zusammensetzung des Bundestages eine völlig unrealistische Betrachtung. Das weiß auch Herr Blüm.

Dagegen scheint die Haushaltssanierung über die Rentner viel aussichtsreicher; denn sie haben keine Lobby und ganz sicher keinen Fürsprecher in Herrn Blüm.

Daß die meisten von ihnen Deutschland nach dem Kriege wieder aufgebaut haben, und zwar bei einer wöchentlichen Arbeitszeit, die wesentlich höher lag als heute, ist vergessen. Die Arbeitslosenunterstützung ist gegenwärtig in vielen Fällen höher als die Rente aus der Sozialversicherung nach 50jährigem Arbeitsleben.

Wenn in der Vergangenheit der Name Schmidt im Zusammenhang mit dem Rentenbetrug genannt wurde, dann drängen sich mir zwangsläufig zwei Namen als Erfüllungsgehilfen einer nach den Wahlen 1972 eingeleiteten Entwicklung auf: „Ehrenberg und Blüm". Ist es Zufall, daß beide aus der Gewerkschaft kommen?

*Hans Göttsche,*
*Peine*

## Wort des Tages

„Fordere viel von dir selbst und erwarte wenig von anderen."

Konfuzius, chines. Philosoph (551–479 v.Chr.)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

## Knechtschaft 1983

„Professoren sind viel leichter zu ersetzen ...": GEISTIGE WELT vom 16. April

Bereits vor vielen Jahren habe ich darauf hingewiesen, daß wir uns dem „postindustriellen Zeitalter" nähern, indem einige wenige den Lebensunterhalt für viele erarbeiten müssen.

Im übrigen wird Paulus meistens – wie auch hier – verfälscht zitiert. Im 2. Thessolonischen Brief 3/10 heißt es: „Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen." Das „will" wird meistens nicht zitiert.

*Dr. von Canstein,*
*Köln 1*

## Keine Aufregung

„Beihilfekürzung für Beamte"; WELT vom 14. April

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

die Angabe, daß es zu einer „Kürzung der Beihilfe des Beamten um 100 Mark im Monat" gekommen war, läßt den Leser vermuten, daß es neben den vielen als unberechtigt empfundenen Privilegien der Beamten auch noch einen beachtlichen monatlichen Pauschalbetrag als Krankheitsbeihilfe gibt, der diesem Beamten jetzt um 100 Mark gekürzt worden ist.

Tatsächlich wird den Beamten Beihilfe nur für wirklich entstandene Krankheitskosten gewährt, und sie sind damit nicht bessergestellt als die nichtbeamteten Mitbürger.

Wenn man das weiß, regt man sich nicht mehr auf.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Helmut Kreuteler,*
*Boulogne Billancourt / Frankreich*

# Personalien

### ERNENNUNG

**Dusan Spacil**, der neue tschechoslowakische Botschafter, hat in dieser Woche offiziell seine Tätigkeit in Bonn aufgenommen. Bei der Überreichung seines Beglaubigungsschreibens an Bundespräsident **Karl Carstens** sprach der Botschafter die Hoffnung nach „gut nachbarlichen Beziehungen aus", da beide Staaten eine gemeinsame Staatsgrenze haben, allerdings mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen. Botschafter Spacil ist seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern der zweite Missionschef seines Landes in Bonn. Sein Vorgänger **Jiri Götz** hatte einen Rekord an Dienstjahren: Er war seit April 1974 in Bonn gewesen. Die Amtszeit von Jiri Götz endete besonders tragisch. Bei einem Autounfall über den Höhen von Königswinter kam seine Frau Marie ums Leben. Der Botschafter erlitt schwere Verletzungen und war bis vor kurzem in ärztlicher Behandlung, zuletzt in seiner Heimat. Deshalb konnte Nachfolger Spacil auch erst jetzt Bundespräsident Carstens das Abberufungsschreiben seines Vorgängers übergeben. Botschafter Dusan Spacil, 1929 in Brünn geboren, Jurist, gehört seit mehr als 30 Jahren dem Außenministerium seines Landes an. Von 1956 bis 1960 war er bei der Ständigen Mission seines Landes bei der UNO in New York. 1962 bis 1964 war er stellvertretender Leiter der Ständigen Mission Prags bei der Internationalen Atomenergieorganisation, IAEO. 1964 wurde er an die Botschaft Prags nach Moskau versetzt. Von 1972 bis 1975 war er Botschafter in Washington. In den letzten Jahren war Dusan Spacil stellvertretender Außenminister seines Landes. Der Botschafter ist außerordentlich vielsprachig: er spricht deutsch, russisch, englisch, französisch, italienisch und polnisch.

### VERANSTALTUNGEN

**Caspar Weinberger**, US-Verteidigungsminister, hat mehr als 60 Jugendoffiziere der Bundeswehr im Pentagon empfangen und sich ihren Fragen gestellt. Die Offiziere halten sich gegenwärtig zu einem Informationsbesuch in den USA auf, bei dem sie sich aus erster Hand einen Eindruck von der Außen- und Sicherheitspolitik unseres größten NATO-Verbündeten verschaffen sollen. Die Idee zur Reise der Jugendoffiziere geht auf Bundesverteidigugsminister **Manfred Wörner** zurück, der bei einer Diskussion mit ihnen im Koblenzer Zentrum für Innere Führung einen entsprechenden Vorschlag aus ihren Reihen spontan aufgriff. Mit Oberst i. G. **Werner Basch** aus dem Verteidigungsministerium fuhren die Jugendoffiziere zunächst nach Washington. Im Pentagon wird ihnen ein Überblick über die US-Verteidigungspolitik gegeben. Besonders behandeln die Vortragenden die NATO sowie die Lage in Mittelamerika, mit der sich die Jugendoffiziere bei ihren Besuchen in deutschen Schulen besonders intensiv auseinandersetzen müssen in den Diskussionen mit Schülern. Im State Department werden sie über Einzelheiten der laufenden Rüstungskontrollverhandlungen, über die transatlantischen Beziehungen und das US-Engagement zur Befriedigung des Nahen Ostens unterrichtet. Außerdem stehen Gespräche mit Kongreßmitarbeitern auf dem „Hill" und bei wissenschaftlichen Instituten auf dem Programm. In Kansas City, Colorado Springs und Omaha besichtigen die deutschen Jugendoffiziere eine „Minuteman"-Stellung, die „Airforce-Academy" und das Hauptquartier der strategischen Streitkräfte.

*

**Veronica Carstens**, Ärztin und Frau des Bundespräsidenten sowie Schirmherrin der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft, hat die MS-Kranken um 6000 DM reicher gemacht. Diesen Betrag spielte das Stabsmusikkorps der Bundeswehr ein, das in Meckenheim bei Bonn zu Ehren von Frau Carstens ein volkstümliches Konzert gab. Das Stabsmusikkorps, das unter der Leitung von Oberstleutnant **Andreas Lukasey** steht, ist das Paradekorps der Bundeswehr, das auch bei Staatsbesuchen aufspielt.

### WAHL

Einen neuen stellvertretenden Geschäftsführer hat die Techniker-Krankenkasse Hamburg. Es ist **Klaus-Uwe Stark**, seit 1973 bereits Vorsitzender des Hauptpersonalrates. Klaus-Uwe Stark gilt als versierter Fachmann in Tariffragen. Zur Zeit ist er außerdem ehrenamtlicher Richter im Fachsenat für Personalvertretungssachen im Hamburgischen Oberverwaltungsgericht.

# Rückendeckung für Norbert Blüm

## Rentenversicherer favorisieren Erhöhung des Beitragssatzes / Berechnungen der BfA

GISELA REINERS, Bonn

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) hat Unterstützung von den Rentenversicherern erhalten. Bei einem Gespräch am vergangenen Sonntag im Bonner Ministerium haben sie, wie jetzt bekannt wurde, klar zu erkennen gegeben, daß sie eine Erhöhung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung lieber sehen würden als eine Belastung der gezwölftelten Sonderzahlung mit Sozialabgaben. Bei diesem Gespräch hat auch der Vertreter der Arbeitgeber in der Selbstverwaltung dieser Lösung den Vorzug gegeben.

Unter dem Druck der Finanz- und Wirtschaftspolitiker war bei den Koalitionsverhandlungen im März festgelegt worden, daß Steuern und Abgaben nicht erhöht werden sollten, also auch nicht die Beitragssätze zur Rentenversicherung (die schon im Haushalt für 1983 vom 1. September an von 18 auf 18,5 Prozent heraufgesetzt worden waren). Um aber die Liquiditätsschwierigkeiten, die in der Angestellten- und Arbeiterrentenversicherung für 1984 bevorstehen, zu überbrücken, sollten die Abgaben auf andere Weise angehoben werden: durch eine Beitragspflicht für Sonderzahlungen wie 13. Gehalt, Urlaubs- und Treuegeld. Diese Beiträge sollten gezwölftelt dem Monatsentgelt zugeschlagen und mit Beiträgen belegt werden.

### Geringe Belastung

Hiervon wäre nur ein relativ geringer Personenkreis betroffen worden. Bezieher von hohen und niedrigen Einkommen würden nicht erfaßt. Die Belastung für die Wirtschaft – und das war die Absicht der FDP – hätte sich in Grenzen gehalten (denn die Arbeitgeber zahlen jeweils die Hälfte der Sozialversicherungsbeiträge).

Die Ausdehnung der Beitragspflicht auf die Sonderzahlungen ist das Kernstück eines Maßnahmenkatalogs zur Sanierung der Rentenversicherung. Sie sollte nach den Berechnungen der Regierung der Rentenkasse 2,9 Milliarden Mark zuführen. Die Rentenversicherer schätzen den Mehrbetrag jedoch nur auf gut zwei Milliarden; die Regierung hat ihn jetzt auf 2,2 Milliarden korrigiert.

Weitere geplante Maßnahmen zur Konsolidierung sind:
– die Einbeziehung des Krankengeldes in die Beitragspflicht (das bringt 1,1 Milliarden, wenn von sechs Milliarden Krankengeld jährlich und einem Beitragssatz von 18,5 Prozent ausgegangen wird);
– Wegfall des sozialabgabenfreien Weihnachtsfreibetrages (0,3 Milliarden mehr);
– Erhöhung der Renten entsprechend der Bruttoentgeltsteigerung (1,2 Milliarden Minderausgabe);
– Verschärfung des Zugangs zur Rente wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit und Angleichung der Kinderzuschüsse für Rentner durch das Kindergeld (100 Millionen);
– sonstige Erträge: 300 Millionen.

Zusammengerechnet würde das 5,2 Milliarden in die Rentenkasse spülen, was aber nach Angaben des Präsidenten der Bundesanstalt für Angestellte (BfA) in Berlin, Klaus Hoffmann, nicht ausreicht, um Liquiditätsengpässe, die während des Jahres auftreten, beseitigen zu können. Bei diesen Berechnungen ist allerdings nicht berücksichtigt, was eine erneute Verschiebung der Rentenanpassung von Juli 1984 auf den 1. Januar 1985 bringen könnte. Die Auswirkung war bisher mit 1,2 Milliarden Minderausgaben beziffert worden.

Wie Hoffman sagte, wird sie im Arbeitsministerium neuerdings mit 1,4 Milliarden Mark angesetzt. Aus der politischen Bewertung der neuerlichen Anpassungsverschiebung hält sich die BfA heraus, verweist jedoch darauf, daß auch sie keine Verbesserung der Liquidität bedeuten würde. Arbeitsminister Blüm möchte sie jedoch unter allen Umständen vermeiden. Bei den Koalitionsverhandlungen konnte er sich jedoch nicht durchsetzen. Es soll ihm auch nicht gelungen sein, Bundeskanzler Kohl dazu zu bringen, den Verzicht auf die Verschiebung in der Regierungserklärung festzuschreiben.

Blüm hatte von Anfang an eine Beitragssatzanhebung befürwortet und war nur unter dem Druck, Abgaben nicht erhöhen zu sollen, auf den Ausweg mit der Zwölftelung der Sonderzahlungen verfallen. Auch hat er sich immer vehement gegen die Anpassungsverschiebung ausgesprochen. Ihm kann die Rückendeckung, die er nun durch die BfA erhält, nur willkommen sein.

Der BfA-Vorstandsvorsitzende Reinhold Schulze rechnete in Berlin vor, welche Nachteile die Einbeziehung der Sonderzahlungen in die Beitragspflicht hat. Vor allem bringt sie der Versicherung nur rund 2 Milliarden gegenüber rund 3,2 Milliarden, die eine Anhebung des Beitragssatzes von 18,5 auf 19 Prozent bringen würde.

### Erhebliche Mehrarbeit

Ein weiteres Problem ist, daß die Abgaben erst erhoben werden dürfen, wenn auch die Zahlungen geleistet werden. Das bedeutet, es muß unter großem Arbeitsaufwand am Jahresende, wenn die meisten Sonderzahlungen geleistet werden, zurückgerechnet werden, anteilsmäßig dem Monatsentgelt zugeschlagen und mit Versicherungsbeitrag belastet werden. Besonders schwierig wird die Rechnung, wenn es sich um Urlaubsgeld handelt, das zur Mitte des Jahres gezahlt wird, also einmal zurück- und einmal im voraus brechnet werden muß. Das bedeutet nicht nur für die Arbeitgeber, sondern auch für die Krankenkassen als Einzugsstellen erhebliche Mehrarbeit.

Außerdem wären die Auswirkungen auf die Betroffenen sehr unterschiedlich:

Bezieher von Einkommen in Höhe von 5000 Mark und mehr, die also über der Beitragsbemessungsgrenze liegen, wären nicht betroffen. Auch Bezieher von Einkommen bis 2500 Mark wären nicht berührt; sie zahlen nicht mehr Beiträge als bisher. Wer jedoch zwischen 2500 und 4999 Mark verdient, muß im Jahr bis zu 777 Mark mehr zahlen, erhält aber eine jährliche Rentenerhöhung dafür in Höhe bis zu 51,60 Mark.

Der BfA-Vorstandsvorsitzende fragt, ob nicht eine Beitragsanhebung das „kleinere Übel" wäre.

# „Erneuerung" heißt Kohls Leitmotiv

## Ministerrunde einigte sich auf Regierungserklärung: „Programm der Mitte"

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl, die in einer fünfstündigen, um andere Koalitionspolitiker erweiterten Ministerrunde inhaltlich festgelegt worden ist, wird sehr stark von dem Ziel einer „politischen und geistigen Erneuerung" der Bundesrepublik Deutschland geprägt sein.

Der Kanzler hat auf dieses Leitmotiv Wert gelegt; die Wende im letzten Herbst soll damit jetzt, auf der Basis des Wahlergebnisses vom 6. März, durch konkrete Politik bewußtgemacht werden. Die Außen- und Deutschlandpolitik nimmt in dem jetzt vorliegenden, rund 65 Seiten starken Entwurf, der den schlichten Arbeitstitel „Programm der Mitte" trägt, einen besonderen Stellenwert ein.

In der Ministerbesprechung hat man sich trotz öffentlicher Auseinandersetzungen zwischen CSU und FDP über den Kurs in der Deutschlandpolitik sehr rasch auf die einzelnen Passagen verständigt. Auf Intervention vor allem der CSU-Politiker Zimmermann und Waigel ist allerdings die Aussage, man wolle mit der „DDR" in „guter Nachbarschaft" leben, wieder herausgenommen worden. Die CSU-Politiker hatten argumentiert, eine Nachbarschaft könne nicht gut sein, solange an der Demarkationslinie geschossen werde. Bundeskanzler Helmut Kohl, so verlautete, schloß sich dieser Argumentation an. Man könne nicht von Normalität reden, so sagte der Kanzler, solange es an Mauer und Stacheldraht Tod und Gewalt gebe.

In der Regierungserklärung, in der die Rechtspositionen dargestellt werden sollen, wird allerdings das Interesse nach guten, den Menschen hüben und drüben dienenden Beziehungen betont. Ausdrücklich will Kohl darlegen, daß ihm an einer Begegnung mit SED-Generalsekretär Honecker gelegen ist, vorausgesetzt, ein solches Zusammentreffen erweise sich – aufgrund der Vorgespräche – auch als nützlich. Ein „Show"-Treffen will Kohl nicht. Bonn erkennt in der Aussage Honeckers, jetzt nicht die Themen Staatsbürgerschaft und Botschafteraustausch diskutieren zu wollen, einen konstruktiven Ansatz.

Die Stellung Berlins wird ein zentrales Thema in der Regierungserklärung des Kanzlers sein, wobei es die Zusicherung der wirtschaftlichen und politischen Unterstützung geben wird. Bei seinen Aussagen zur Sicherheitspolitik wird Kohl – unter Berücksichtigung eventueller Ergebnisse in Genf – bekräftigen, daß der NATO-Nachrüstungsbeschluß im Herbst 1983 realisiert wird. Die Aussagen zu Südafrika und zu Lateinamerika sollen eher pauschal gehalten sein. Mit Blick auf das südliche Afrika wird Kohl das deutsche Interesse an einem „friedlichen Interessenausgleich" betonen und den Demokratisierungsprozessen sowie den Bestrebungen zu Pluralismus in Mittelamerika Unterstützung zusagen. Es werden in diesem Zusammenhang keine Erklärungen des Kanzlers zur Eröffnung eines Konsulats in Windhuk oder zur Einstellung der Hilfe für Nicaragua erwartet.

Das Verhältnis zu den USA und zu Frankreich, mit dem auch auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik enger zusammengearbeitet werden soll, wird ebenso ein Schwerpunkt in der Regierungserklärung sein wie die Beschreibung der breit angelegten Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten. Das von dem früheren Kanzler Schmidt benutzte Wort von der „Sicherheitspartnerschaft" mit Moskau wird es allerdings in der Regierungserklärung Kohls nicht geben.

In der Innenpolitik wird Kohl für einen „modernen Industriestaat" plädieren, der die technische Revolution der nächsten Jahrzehnte bestehen kann. Nur ein Höchstleistungsstaat, so Kohl, werde sich ökonomisch und politisch behaupten können. Der Sozialen Marktwirtschaft wird vor allem die Aufgabe zugesprochen, Investitionen zu fördern und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Erklärungen des Kanzlers zur Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik werden sich streng an den Koalitionsbeschlüssen orientieren. Bundesfinanzminister Stoltenberg hat in der Ministerbesprechung sehr sorgfältig darauf geachtet, daß keine weitergehenden „finanzwirksamen" Aussagen gemacht werden.

In dem Entwurf, der jetzt noch stilistisch und dramaturgisch von Staatssekretär Stolze und von Ministerialdirektor Teltschick (Kanzleramt) überarbeitet wird, ist auch das Angebot an die SPD enthalten, an einer dauerhaften Rentensicherung mitzuwirken. Bundesarbeitsminister Blüm ist beauftragt, Möglichkeiten auszuloten, die eine erneute Verschiebung der Rentenanpassung im kommenden Jahr überflüssig machen sollen. Sehr breiten Raum wird der Umweltschutz in der Regierungserklärung einnehmen. In der Gesellschafts- und Sozialpolitik wird Kohl das Prinzip der Subsidiarität und der Eigenverantwortung betonen. Eine Aufweichung der BAföG-Regelung wird es nicht geben.

# Industrie meldet mehr Lehrverträge

## DIHT: Plus zehn Prozent / Spitzengespräch über Lage am Ausbildungsmarkt

PETER PHILIPPS, Bonn

Bei einem Spitzengespräch über die Lehrstellen-Situation in der Bundesrepublik Deutschland mit Repräsentanten der Wirtschaft und der Gewerkschaften hat Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms gestern noch einmal an die Zusage erinnert, allen ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen.

In dem Gespräch waren sich die Partner darüber einig, daß die Betriebe alle Ausbildungsmöglichkeiten ausschöpfen müssen, um dieses Ziel zu erreichen, und damit auch über den eigenen aktuellen Bedarf hinaus ausbilden müssen. Erörtert wurden in diesem Zusammenhang auch die Möglichkeiten eines Ausbildungsverbundes kleiner und mittlerer Unternehmen.

Roland Klett, Vizepräsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), berichtete von einer Zwischenzählung der Industrie- und Handelskammern über die von ihnen registrierten Lehrverträge. Klett teilte mit einem „Hinweis auf die Vorläufigkeit dieser Angaben" mit, daß es keine Anzeichen für einen Rückgang des Ausbildungsplatzangebotes gebe, „sondern die Zahlen im Gegenteil insgesamt gesehen eine Steigerung gegenüber dem gleichen Vorjahresstichtag um knapp zehn Prozent signalisieren".

Diese „erfreuliche Zwischenbilanz" sei kein Anlaß, „die Hände in den Schoß zu legen". Der DIHT sowie die Industrie- und Handelskammer hätten weiterhin immer wieder dazu aufgefordert, freie Ausbildungsstellen den Arbeitsämtern zu melden. Außerdem sei die auch in der Vergangenheit bewährte direkte Ansprache der Firmenleitungen in diesem Jahr fortgesetzt worden, um vor allem zu erreichen, daß mindestens alle 1983 freiwerdenden Ausbildungsplätze wieder besetzt werden. Klett: „Selbst die Zahl der im März 1983 den Arbeitsämtern neu gemeldeten freien Lehrstellen lag über der der beiden Vorjahre und des Vormonats." Der DIHT sei zuversichtlich, „daß es uns auch in diesem Jahr gelingen wird, das Lehrstellenangebot so zu gestalten, daß jeder ausbildungswillige und ausbildungsfähige Bewerber zum Zuge kommt".

Frau Wilms relativierte in der Gesprächsrunde im Bonner Wissenschaftszentrum noch einmal die Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg. Diese hatte in der vergangenen Woche berichtet, daß bis Ende März bei den Arbeitsämtern rund 353 000 freie Lehrstellen gemeldet gewesen seien, denen 451 000 Bewerber gegenüberstünden. Aus dieser Zwischenbilanz, sagte die Ministerin, sei kein zutreffendes Bild zu gewinnen, da erfahrungsgemäß erst im September aussagefähige Zahlen über Angebot und Nachfrage im Ausbildungssektor vorlägen. Sie verwies im übrigen darauf, daß in ihrem Ministerium ein „Feuerwehr-Referat" eingerichtet worden sei, das sich der Probleme benachteiligter Jugendlicher annehme.

Der Landesbezirk Nordrhein-Westfalen des DGB forderte gestern trotzdem Sondermittel der Bundesregierung für zusätzliche Ausbildungsplätze. Der Vorsitzende Michael Geuenich betonte, daß Sofortprogramme finanziert werden müßten, damit die „Lehrstellen-Garantie" vom Bundeskanzler Kohl nicht nur „ein schönes Wort" bleibe. Diese Mittel müßten dezentral in den Regionen eingesetzt werden, wo die Not besonders groß sei.

Die Bundesanstalt für Arbeit kündigte eine Ausbildungsstellen-Aktion für den Monat Mai an. In Anzeigen sollen ausbildende Betriebe aufgefordert werden, ihre Ausbildungsstellen bei den Arbeitsämtern zu melden, um „möglichst jede verfügbare Ausbildungsstelle an Land zu ziehen".

## Später Haushalt

Gä. (Madrid) – Erst jetzt, vier Monate nach dem Amtsantritt der sozialistischen Regierung, legt Finanzminister Migel Boyer den Haushaltsplan für 1983 vor. Wenn der Plan dann Ende Juli vom Parlament verabschiedet wird, dürften schon die ersten Korrekturen fällig sein. So gilt denn die Hauptsorge der Wirtschaft eben jenen Änderungen und Nachträgen.

Boyers erster Haushalt schließt mit einem Defizit von umgerechnet 20 Milliarden Mark ab. Der Superminister aller Wirtschaftsressorts ist jedoch zufrieden, daß sich dieses Defizit auf der Höhe von sechs Prozent des Bruttoinlandsproduktes hält und nicht noch weiter anstieg. Um das Defizit zu finanzieren, rollte schon einen Tag später auf dem Bildschirm die Propagandawelle an: Kauft Staatspapiere – sie bieten drei Jahre hindurch 15,5 Prozent. Während so die Wirtschaft nach der Drosselung des Geldumlaufes einen weiteren Liquiditätsabfluß befürchten muß und der Finanzminister Sparmaßnahmen verkündet, wächst die Skepsis gegenüber der Wirksamkeit dieser Maßnahmen. Gewiß, erhebliche Steuerermäßigungen können die Investition fördern. Aber allein die Enteignung der Rumasa-Holding gibt dem ohnehin an Übergröße leidenden Dinosaurier INI – die staatliche Holding, die einen Großteil der spanischen Industrie kontrolliert – noch mehr Ballast. Die zusätzlichen Kosten für die Rumasa-Sanierung erscheinen bisher noch nicht in den Haushaltsplänen.

Mit lebhaftem Interesse nahm die Wirtschaft allerdings Boyers Ankündigung zur Kenntnis, er werde das von Franco geschaffene System der Sozialversicherung reformieren, an dem die Gewerkschaften so eisern festhalten, das die spanischen Unternehmer im Wettbewerb mit ihren europäischen Kollegen jedoch deutlich benachteiligt.

## Mißbraucht?

hg – Prüden Politikern und Feministinnen steht ein herber Verlust ins Haus – der Verlust eines Klischees namens „Die Frau wird von der Werbung als Sexualobjekt mißbraucht". Etwa nicht? Die Bundesregierung hält zwar in ihrem gerade erschienenen „Bericht über die Benachteiligung der Frau" hartnäckig daran fest, aber der deutsche Werberat weiß es besser: Nach eingehender Prüfung von 2614 Anzeigen in auflagenstarken Publikumszeitschriften entdeckte er lediglich 26 teilweise oder ganz unbekleidete Damen. Sechzehn davon ließen einen eindeutigen Bezug zum beworbenen Produkt erkennen – Badezusätze etwa, Rheumapflaster oder Sonnenbänke. Bei fünf Anzeigen sei die Zuordnung zum Produkt streitig, heißt es, und lediglich die restlichen fünf paßten in das oben erwähnte Klischee, weil gar kein Bezug zum Produkt da war. Eine „quantité negligeable" also, nicht der Rede wert? Warten wir es ab. Das Klischee vom „Sexobjekt" ist ja so viel griffiger als nackte Zahlen. Mithin steht zu befürchten, daß es uns noch lange erhalten bleibt.

# Druck auf Japans Löhne

Von FRED de la TROBE, Tokio

Die alljährliche „Frühjahrsoffensive" der japanischen Gewerkschaften war diesmal so behutsam, daß die Bezeichnung „Defensive" zutreffender wäre. Bei den Tarifverhandlungen war von Anfang an klar, daß es den Beschäftigten mehr um die Sicherung der Arbeitsplätze als um kräftige Aufbesserungen des Verdienstes ging. Entsprechend bescheiden werden diesmal die Tarifabschlüsse ausfallen. Der Mangel an Kampfgeist und das gemäßigte Wohlverhalten der Organisierten bekundete ihr Verständnis für die flaue Konjunktur, für die schwierige Geschäftslage vieler Unternehmen und die weiterhin ungewissen Wirtschaftsaussichten.

Der Unternehmerverband „Nikkeiren" ermittelte, daß die diesjährigen Abschlüsse im Industriedurchschnitt Lohn- und Gehaltserhöhungen von 4,3 Prozent vorsehen im Vergleich zu sieben Prozent im letzten Jahr. Die Teuerungsrate von 2,9 Prozent im Fiskaljahr 1982/83 wird damit allerdings mehr als abgedeckt, so daß die Realeinkommen im Gegensatz zu einigen anderen westlichen Industriestaaten sogar gesteigert werden konnten.

Die Gewerkschaften der Stahlindustrie, die in den Lohngesprächsrunden traditionell als Schrittmacher auftreten, einigten sich mit dem Management auf Tarifanhebungen von 3,1 Prozent, etwa die Hälfte dessen, was im letzten Jahr erreicht wurde. Gleichzeitig war dies die niedrigste Zunahme seit 28 Jahren. Mit einer Betriebsausnutzung von durchschnittlich nur 60 Prozent und chronischen Absatzproblemen in der Branche, die weltweite Ausmaße angenommen hat, fühlten sich die Organisierten natürlich in einer schweren Verhandlungsposition.

Ähnlich zahm verhielten sich die Gewerkschaften der Werftenindustrie, die Lohnaufbesserungen von 3,3 Prozent aushandelten. Für die Arbeiter der Autounternehmen kamen 4,8 Prozent und für die des Elektromaschinenbaus 4,9 Prozent mehr heraus. Auch die Organisierten der Privateisenbahnen mußten mit Tariferhöhungen von 4,9 Prozent die Gürtel recht eng schnallen.

Eine Einigung mit den Gewerkschaften der Staatsbahnen, die seit Jahren die streitbarsten Gruppen sind, steht allerdings noch aus. Doch zeichnen sich wegen des massiven Schuldenbergs dieses nationalen Unternehmens diesmal nur Aufbesserungen zwischen 2,5 und drei Prozent ab. Nach den bisherigen Verhandlungen deutet alles darauf hin, daß es wie schon im letzten Jahr in diesem Sektor zu keinem Streik kommen wird.

Noch schlechter schneiden die nichtorganisierten Arbeiter und Angestellten ab, auf die über zwei Drittel der japanischen Beschäftigten entfallen und die größtenteils in mittleren und kleineren Betrieben tätig sind. Damit wird sich die ohnehin schon bestehende Kluft zwischen dem Verdienst in diesen Betrieben und bei den Großunternehmen nochmals ausweiten. Eine Untersuchung des Arbeitsministeriums in Tokio stellt fest, daß 1982 die monatlichen Bruttolöhne in großen Gesellschaften mit mehr als tausend Beschäftigten bei durchschnittlich 2430 Mark lagen, die bei mittleren Unternehmen bei 2112 Mark und die bei kleinen Betrieben bei 2011 Mark.

Die japanische Arbeitsproduktivität, die in den Jahren des stürmischen Aufschwungs jeweils um mindestens acht Prozent stieg, hat 1982 nur noch um 1,6 Prozent zugenommen. Nach einer Prognose des staatlichen Wirtschaftsplanungsamts ist in den kommenden zehn Jahren nicht mehr mit größeren Zuwachsraten zu rechnen, da der Anteil des tertiären Sektors an der Wirtschaft steigt, die Überalterung der Bevölkerung zunimmt und die Arbeitszeit kürzer wird.

Eine Rolle bei der Zurückhaltung der Gewerkschaften spielen gewiß auch die steigenden Arbeitslosenzahlen. Im März waren 1,65 Millionen erwerbslos, 300 000 mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 2,9 Prozent.

Die Mehrzahl der Firmen bemüht sich, ihre Belegschaften zu verringern. Da es nach den japanischen Bräuchen nicht üblich ist, fest angestellte Beschäftigte zu entlassen, wird dieses Ziel durch geringere Einstellung neuer Arbeitskräfte oder Nichtersetzung ausscheidender Arbeitskräfte angesteuert. Die Verfügbarkeit von Robotern und anderen arbeitsparenden Geräten hat diesen Trend verstärkt. So ist der Druck auf die Löhne und Gehälter von jungen Beschäftigten in den Betrieben besonders stark. Der monatliche Anfangsverdienst eines männlichen Universitätsabgängers liegt in diesem Jahr bei durchschnittlich 1367 Mark brutto, nur 3,9 Prozent höher als im letzten Jahr.

Nach der Prognose des Wirtschaftsplanungsamts wird der neue Trend in der japanischen Lohnentwicklung mit dem starken Druck auf die Zuwachsraten in den kommenden zehn Jahren fortdauern.

BUNDESBANK / Absage an Dollarinterventionen und feste Wechselkurse

# Pöhl: Hohe amerikanische Zinsen sind ein Schaden für die Weltwirtschaft

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Bundesbank hat keinerlei Absicht, ebenso wie einige andere europäische Zentralbanken oder die japanische Notenbank die Amerikaner zu Interventionen am Devisenmarkt zu drängen. Mit dieser klaren Aussage trat Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl auf dem Deutschen Sparkassentag in Frankfurt Spekulationen entgegen, die im Zusammenhang mit dem Weltwirtschaftsgipfel Ende Mai in Williamsburg aufgetaucht sind, wo die Stabilisierung der Wechselkurse eines der Diskussionsthemen sein wird.

Die Bundesbank sei zwar nicht prinzipiell gegen Devisenmarktinterventionen, aber sie beurteile ihre Wirksamkeit skeptisch, besonders wenn Interventionsverpflichtungen mit starren Regeln verbunden sind. Die Verteidigung fester Wechselkurse könne, so warnte Pöhl unter Hinweis auf Frankreich im EWS, leicht zur Aufgabe der Konvertibilität bis hin zur Devisenbewirtschaftung führen. Das ist in Pöhls Augen eine Form des Protektionismus und der Desintegration, die mit der Zielsetzung des Europäischen Währungssystems nicht vereinbar ist.

Wichtiger als neue Regeln zur Stabilisierung der Wechselkurse, für deren Einhaltung es keine ausreichenden Anreize oder Zwänge gäbe, erscheint dem Bundesbankpräsidenten die Bereitschaft eines jeden Landes, mit der Finanzpolitik, der Einkommenspolitik und der Geldpolitik die Voraussetzungen für mehr innere und äußere Stabilität zu schaffen und zu behaupten. Das mangelnde Bewußtsein dafür müsse im Wechselkurs einer Währung seinen Niederschlag finden.

Als Beispiel dafür nannte Pöhl das hohe amerikanische Haushaltsdefizit, das die US-Zinsen und damit auch den Dollarkurs hochhält. Das durch die stark gesunkene Inflationsrate nicht mehr gerechtfertigte hohe US-Zinsniveau betrachtet der deutsche Notenbankchef als einen Schaden nicht nur für die amerikanische Wirtschaft, sondern für die Weltwirtschaft insgesamt. Niedrigere Zinsen wären der beste Beitrag, den die USA auch im Interesse ihrer eigenen Wettbewerbsfähigkeit leisten könnten, um den Wechselkurs des Dollars gegenüber den europäischen Währungen und vor allem gegenüber dem Yen zu korrigieren. Mit Interventionen sei da überhaupt nichts auszurichten.

Kritik übte der Präsident der Deutschen Bundesbank an der Art und Weise, wie der Internationale Währungsfonds (IWF) und einige Notenbanken in den letzten Monaten die privaten Banken aufgefordert haben, weitere Kredite an überschuldete Länder zu geben und an Umschuldungen mitzuwirken. Was in den Fällen gerechtfertigt gewesen sei, in denen das internationale Finanzierungssystem insgesamt in Gefahr zu geraten drohte, dürfe nicht zur Regel werden. Die Banken müßten selbst entscheiden, welche Kredite sie glauben verantworten zu können.

Zugleich betonte Pöhl, daß sich die Banken im eigenen Interesse und im Interesse der exportierenden Wirtschaft notwendigen Umschuldungen und in bestimmten Fällen auch Aufstockungen ihrer Engagements nicht entziehen können, sofern dies im Rahmen eines mit dem IWF abgesprochenen und von wirtschaftspolitischen Auflagen für das Schuldnerland begleiteten Umschuldungs- und Hilfsprogramm geschehe.

Pöhl nutzte die Gelegenheit, um herauszustellen, daß die Bundesrepublik mehr als die meisten anderen Länder zur finanziellen Stärkung des IWF, der Weltbank und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) geleistet hat.

Von den Sparkassenvertretern bekräftigte der Notenbankchef, daß die Bundesbank den Ersatz echter Eigenkapitalbildung durch Surrogate ablehnt, wie ihn die Novelle zum Kreditwesengesetz im Entwurf des Finanzministeriums vorsieht und wie er auch vom Sparkassengewerbe gefordert wird. Der angestrebte Haftungszuschlag zum Eigenkapital sei nicht von gleicher Qualität wie eingezahlte oder einbehaltene Mittel. Sollte er dennoch unter Hinweis auf den Haftsummenzuschlag der Kreditgenossenschaften gefordert werden, würde sich die Bundesbank eher für dessen Abschaffung aussprechen als eine Verwässerung des Eigenkapitalbegriffs durch Einführung des Haftungszuschlags zuzulassen.

LEBENSMITTEL-EINZELHANDEL

# Im vergangenen Jahr noch glimpflich davongekommen

HANNA GIESKES, Bonn

„Von Konsumverweigerung kann keine Rede sein." Robert Pütthoff, Präsident im Hauptverband des deutschen Lebensmittel-Einzelhandels, hat allerdings die Erfahrung gemacht, daß der Verbraucher derzeit versuche, seinen Lebensstandard mit einem geringeren Einsatz von Geld aufrechtzuerhalten. Aus diesem Grund, so Pütthoff gestern während der Jahrestagung seines Verbandes in Bonn, „dominiert der kritische Einkauf mit Betonung der Sonderangebote".

Für die „Sonderangebotsstrategen" der Branche sei dieses Verhalten eine Herausforderung, sagte der Präsident, doch nicht nur für sie: Es zeige sich immer wieder, daß vor allem der Ertrag eines Geschäftes von der individuellen Sortimentsgestaltung und besonders von der persönlichen Beratung und dem Service des Kaufmanns abhänge. Mithin liege auch hier der Motor, um allzu preisbewußte Verbraucher wieder zu Spontan- und Genußkäufen zu bewegen.

„Im vergangenen Jahr sind wir noch relativ glimpflich davongekommen", sagte Pütthoff weiter. Der deutsche Lebensmittel-Einzelhandel erlöste 1982 rund 130,1 Milliarden Mark, 4,1 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Real bedeutet dies allerdings ein Minus von 2,5 Prozent. Der übrige Einzelhandel mußte sogar einen Absatzrückgang um 4,5 Prozent hinnehmen.

Große Sorge machen der Branche die Erträge, vor allem im Hinblick auf die zum 1. Juli dieses Jahres anstehende Erhöhung der Mehrwertsteuer, „die angesichts des rigorosen und an Härte nicht mehr zu überbietenden Wettbewerbs" voraussichtlich nicht in vollem Umfang an den Verbraucher weiterzugeben sei. Pütthoff appellierte an seine Kollegen, sich weniger auf den Umsatz und mehr auf die Erhaltung der Rendite zu konzentrieren, „denn unsere Unternehmen leben schließlich vom Ertrag".

Im vergangenen Jahr mußten rund 3500 Lebensmittel-Einzelhändler ihr Geschäft schließen, berichtete der Präsident. Dabei habe es sich vorwiegend um Klein- und Kleinstbetriebe gehandelt. Der Wettbewerb habe aber auf der anderen Seite auch für ständige Innovation, neue Betriebsformen und vor allem für ein vergleichsweise niedriges Preisniveau „bei höchster Leistungs- und Warenqualität" gesorgt. Darum verfüge die Bundesrepublik Deutschland heute über eines der „effizientesten Distributionsnetze für Nahrungs- und Genußmittel in der ganzen Welt".

Zu lange habe der deutsche Lebensmittel-Einzelhandel nur „Sättigung" verkauft, monierte Professor Harald Jürgensen von der Universität Hamburg; zu stark sei aus dem scharfen Verdrängungswettbewerb im Handel heraus versucht worden, „diese Sättigung möglichst billig zu verkaufen". Dabei seien oftmals Frische und Vielfalt der Produkte auf der Strecke geblieben. Viel zu wenig habe der Handel bisher versucht, über bessere Qualität und stärkere Differenzierung „Lebensfreude" anzubieten. Am guten Essen werde nämlich zuletzt gespart.

## AUF EIN WORT

„Die Anspruchsmentalität muß gebrochen werden, wenn die Freiheit von Staat und Bürgern auf Dauer gesichert werden soll."

Dr. Walter Wallmann, Oberbürgermeister von Frankfurt

FOTO: PETER MITCHELL

## Bonn denkt an Schadenersatz

dpa/VWD, Bonn

Die Bundesregierung will Ansprüche auf Schadenersatz geltend machen, wenn die derzeit beim Bundeskartellamt in Berlin anhängigen Verfahren gegen eine große Anzahl von Baufirmen in der Bundesrepublik tatsächlich den Beweis verbotener Preisabsprachen erbringen sollte.

Das erklärte in Bonn der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbauministerium, Friedrich-Adolf Jahn (CDU), in seiner Antwort auf die Parlamentarische Anfrage des Sozialdemokratischen Abgeordneten Friedrich Gerstl. Gesetzeswidrige Verstöße müßten jedoch zunächst von den Kartellbehörden nachgewiesen werden.

SPARKASSENTAG

# Kreditgewerbe soll Bildung von Risikokapital fördern

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Für eine steuerliche Förderung der Bildung von Risikokapital plädierte der Berliner Wirtschaftssenator und CDU-Vermögenspolitiker Elmar Pieroth. Er appellierte auf dem Sparkassentag in Frankfurt an das Kreditgewerbe, neue Formen für die Bereitstellung von Venture-Capital und anderem Beteiligungskapital zu entwickeln. In Berlin werde bereits darüber nachgedacht, ob sich nicht neben Sparkassen und Banken privates Kapital auch über Kapitalsammelstellen oder Beteiligungsfonds für Beteiligungskapital und speziell für Venture-Capital mobilisieren läßt.

Angesichts der allgemeinen Eigenkapitalschwäche der deutschen Wirtschaft hält es Pieroth für eine drängende Notwendigkeit, die politischen Rahmendaten zugunsten von Eigenkapital zu ändern. In diesem Zusammenhang regte er die Bundesregierung an, über eine Abschaffung der Gesellschaftssteuer, der Grunderwerbsteuer und der Börsenumsatzsteuer nachzudenken, um die Leistungsfähigkeit des Aktienmarktes zu erhöhen. Ferner setzte er sich dafür ein, daß Aufsichtsratsvergütungen und die Kosten von Aktienemissionen vollständig als Betriebsausgaben behandelt werden.

In der Vermögensbildungspolitik schlägt der Berliner Senator vor, wenn nicht noch in diesem Jahr ein ausgereiftes Gesetz realisierbar wäre, sollte die Bundesregierung die steuerlichen Behinderungen der freiwilligen betrieblichen Gewinn- und Kapitalbeteiligung in Unternehmen beseitigen. Zugleich tritt Pieroth dafür ein, die Ansammlung von Mitteln, die später in ein neu zu gründendes Unternehmen als Eigenkapital eingebracht werden, in den vermögenspolitischen Anlagekatalog aufzunehmen.

AGRARPREISE

# Beim Grenzausgleich bietet Kiechle einen Kompromiß an

W. HADLER, Luxemburg

Einen neuen Anlauf zur Einigung über das diesjährige Agrarpreispaket haben die Landwirtschaftsminister der EG gestern in Luxemburg genommen. Dabei wurden Möglichkeiten eines Kompromisses deutlich.

Den Ministern lag ein Antrag der deutschen Präsidentschaft vor, die Bewertung des britischen Pfunds innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS) zu „aktualisieren". Für den Fall einer Zustimmung würde sich dadurch das Problem des deutschen Währungsausgleichs wesentlich verringern.

Da die gemeinsamen Agrarpreise in Ecu berechnet werden, die aufgrund eines Währungskorbes der teilnehmenden Währungen (einschließlich der britischen) zustande kommt, bedeutet eine Berücksichtigung der seit der letzten Anpassung der Leitkurse eingetretenen Verbesserung des Pfundes eine automatische Senkung der „positiven" Grenzausgleichsbeträge im Agrarhandel. Die Manipulation läuft auf eine Aufwertung des Ecu-Kurses gegenüber den Teilnehmerwährungen im EWS hinaus, was einen Abbau der Grenzausgleichsbeträge der deutschen Landwirtschaft (Einfuhrabgaben und Ausfuhrerstattungen) um rund ein Prozent ermöglicht, ohne daß Einkommenseinbußen entstehen.

An der deutschen Weigerung, den Bauern in der Bundesrepublik reale Einkommensverluste zuzumuten, war in der vergangenen Woche die erste Runde des traditionellen Agrarmarathons gescheitert. Frankreich verlangt einen substantiellen Abbau des deutschen Grenzausgleichs.

Das deutsch-französische Problem war allerdings nicht das einzige Hindernis für eine endgültige Verabschiedung der Agrarpreisbeschlüsse. Auch zahlreiche Einzelwünsche anderer Delegationen waren gestern noch ungelöst.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### Aktienrekord an Londoner Börse

London (fu) – An der Londoner Börse haben positive Nachrichten über eine sich abzeichnende Verbesserung der konjunkturellen Lage sowie Einflüsse aus den USA zu einem neuerlichon Kurs-Aufschwung auf breiter Front geführt. Gleich nach Börsen-Eröffnung am gestrigen Mittwoch hatte der Financial-Times-Index für 30 führende Industriewerte die psychologisch wichtige Marke von 700 durchbrochen, als er um 8,9 auf 704,1 Punkte zulegte. Bis zum frühen Nachmittag schrumpfte der Punktgewinn ein wenig. Dennoch blieb der Index über der 700-Punkte-Marke.

### Sparkassenstreit zu Ende

Düsseldorf (Py.) – Die seit 1976 verfeindeten Sparkassen, die Stadtsparkasse Köln und die Kreissparkasse Köln, haben ihr Kriegsbeil endgültig begraben. Beide Institute, mit 10,4 bzw. 8,8 Milliarden Mark Bilanzsumme und fast 8,7 bzw. 7,8 Milliarden Mark Einlagenbestand Nr. 4 und 6 unter den deutschen Sparkassen, hatten im Gefolge der kommunalen Neuordnung und Sparkassenneuordnung mehrfach die Gerichte bemüht. Zum Jahresende 1983 werden 26 in den Neu-Kölner Gebieten gelegene Zweigstellen der Kreissparkasse samt Personal und 1,5 Milliarden Mark Einlagen auf die Stadtsparkasse übertragen. Dabei sollen die Modalitäten die Leistungsfähigkeit der Kreissparkasse gewährleisten.

### Außenhandelspreise

Wiesbaden (VWD) – Der Index der Einfuhrpreise der Bundesrepublik Deutschland ist im März gegenüber Februar um 1,5 Prozent zurückgegangen und lag damit um 3,1 Prozent über März 1982. Der Index der Ausfuhrpreise nahm im März gegenüber Februar um 0,2 Prozent ab und lag damit nur noch um 1,1 Prozent über dem Niveau des entsprechenden Vorjahresmonats.

### Kaufhof erhöht Dividende

Köln (AP) – Die Aktionäre der Kaufhof AG sollen in diesem Jahr eine Dividende von 6,50 pro 50-Mark-Aktie erhalten. In einer am Mittwoch in Köln verbreiteten Mitteilung des Unternehmens hieß es, insgesamt sollten 42,9 Millionen Mark an die Aktionäre ausgeschüttet werden. Im vergangenen Jahr waren lediglich sechs Mark pro Aktie ausgezahlt worden. Die Hauptversammlung der Kaufhof AG soll am 29. Juni in Köln über diesen Vorschlag entscheiden. In der Erklärung hieß es, das Unternehmen habe im vergangenen Jahr durch „gezielte Kosteneinsparungsprogramme" betriebswirtschaftlich ihr Ergebnis um 28 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahr verbessert. Insgesamt werde wie im Vorjahr ein Jahresüberschuß von 49 Millionen Mark ausgewiesen.

### Einzelhandelsumsatz

Köln (VWD) – Die Einzelhandelsfachgeschäfte in der Bundesrepublik haben im März sieben (preisbereinigt drei) Prozent mehr umgesetzt als im entsprechenden Vorjahresmonat. Nach der am Mittwoch in Köln veröffentlichten Statistik der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) trug insbesondere der Spielwarenhandel (plus 24 Prozent) entscheidend zu diesem positiven Ergebnis bei.

### Produktion eingeschränkt

Hannover (dos) – Die Erdölraffinerie Deurag-Nerag in Hannover, an der die Esso AG und die Deutsche Shell AG jeweils zur Hälfte beteiligt sind, wird bis 1986 die Produktion von Schmierölen aufgeben und die Belegschaft um 200 auf dann 440 Mitarbeiter reduzieren. Die Deurag-Nerag, die ausschließlich deutsches Rohöl verarbeitet, will sich auf die Herstellung von Heizöl und Treibstoff konzentrieren. Derzeit werden noch 120 000 t Schmieröl hergestellt. Die Raffinerie verarbeitet jährlich 1,5 Mill. t Rohöl; diese Menge wird sich auf 1,2 Mill. t verringern.

### Gesunkene Rohöl-Importe

Eschborn (dpa/VWD) – Die Rohölimporte der Bundesrepublik sind während der ersten drei Monate 1983 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 8,2 Prozent zurückgegangen. Damit seien im 1. Quartal dieses Jahres nur noch 16 Millionen Tonnen Rohöl eingeführt worden berichtete das Bundesamt für Gewerbliche Wirtschaft, Eschborn, aufgrund vorläufiger Berechnungen. Für diese 16 Millionen Tonnen mußten – so das Bundesamt – bei einem Durchschnittspreis von 584,94 DM je Tonne (frei deutsche Grenze) 9,4 Milliarden DM ausgegeben werden. Im Vorjahresquartal hatte die Rohölrechnung noch 10,7 Milliarden DM für die damals importierten 17,4 Millionen Tonnen ausgemacht.

FORSCHUNGSPOLITIK

# Industrie begrüßt Beschluß zur Reaktor-Fertigstellung

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat die nach monatelangem Tauziehen jetzt von der Bundesregierung getroffene Entscheidung begrüßt, die Forschungsreaktoren „Schneller Brüter" (SNR-300) und „Hochtemperaturreaktor" (THTR-300) fertigzustellen. Die Zusage der Hersteller und der Elektrizitätsversorgungsunternehmen, sich stärker als bisher an der Finanzierung zu beteiligen, müsse vor allem unter langfristigen energiepolitischen Aspekten anerkannt werden.

Damit werde zugleich eine Phase politischer Unentschlossenheit beendet, die in den vergangenen Jahren eine Hauptursache für die Verzögerung der Genehmigungsverfahren und darauf beruhender Kostensteigerungen gewesen sei. Die sich abzeichnenden Auswirkungen auf die Strompreise seien das „kleinere Übel" gegenüber einem gesetzlichen „Forschungspfennig".

Forschungsminister Heinz Riesenhuber wies darauf hin, das Finanzierungskonzept für beide Projekte sei so angelegt, daß für die beteiligten Unternehmen ein deutlicher Anreiz bestünde, Termin- und Kostenrahmen einzuhalten. Beim Hochtemperaturreaktor betrage der Anteil der Wirtschaft an der Gesamtfinanzierung von vier Milliarden Mark jetzt rund 17 Prozent. Zu Projektbeginn 1971 habe dieser Anteil bei einer Kostenschätzung von 673 Millionen Mark nur acht Prozent ausgemacht. Bei diesem Projekt habe er seit Oktober eine Finanzierungslücke von 1,43 Milliarden schließen müssen, wovon die Wirtschaft 30 Prozent und das Ministerium 42 Prozent übernommen hat.

Am Schnellen Brüter (Kosten: 6,5 Milliarden) wolle sich jetzt die Wirtschaft mit 28,5 Prozent, ursprünglich acht Prozent beteiligen.

STAHL-HEARING / SPD schloß die Öffentlichkeit überraschend aus

# *Standort zwischen Baum und Borke*

HANS-J. MAHNKE, Bonn

„Natürlich können wir heute nichts anderes verkünden als gestern", so oder ähnlich ließen sich gestern morgen kurz vor zehn Uhr führende Vertreter der deutschen Stahlindustrie, der IG Metall, des Bundeswirtschaftsministeriums und der betroffenen Bundesländer im 19. Stockwerk des neuen Bundeshauses noch recht locker ein. Die SPD hatte zu einem Hearing geladen. Trotzdem schloß sie unvermittelt die Öffentlichkeit aus, die Journalisten mußten gehen. Sie sollen erst heute erfahren, wie sich die SPD zwischen Baum und Borke eingerichtet hat. Und dort befindet sie sich nicht allein.

Wenn sie vorab als Ziel einer sozialdemokratischen Stahlpolitik „die Schaffung wirtschaftlich tragfähiger Unternehmens-Einheiten zur Erhaltung einer möglichst großen Zahl von Arbeitsplätzen unter dem Gesichtspunkt der regionalen Ausgewogenheit" propagiert, so mag sie dafür zwar Beifall erhalten. Nur erreichbar ist es nicht. „Einerseits sollen wir betriebswirtschaftlich optimale Lösungen darstellen. Andererseits sollen wir Rücksicht auf die Standorte nehmen", klagte ein Stahlvertreter. Das gehe doch nicht zusammen. Jedenfalls reicht ihm die Erklärung von Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff nicht aus, daß es sich für die betroffenen Standorte angesichts der Weltmarktlage als verhängnisvoll herausstellen könnte, „wenn nicht ein Optimum an Rationalisierung und Spezialisierung erreicht wird".

Für den Minister macht es keinen Sinn, jetzt halbgesunde Unternehmen zu schaffen, „weil man sich nicht zu schmerzhaften Eingriffen durchringen" könne. „Wer glaubt, sich so besonders sozial zu verhalten, täuscht sich; das Gegenteil ist der Fall", betont der Minister. Denn über kurz oder lang seien die schmerzhaften Eingriffe unvermeidbar.

Die Konzepte müssen seiner Meinung nach von den Unternehmen verantwortet werden. Die Bundesregierung wolle die Umstrukturierung finanziell flankieren. Die Bundesländer sollen und wollen sich beteiligen. Aber sie sehen darin einen Preis für die Berücksichtigung ihrer regionalen Interessen. Wenn sie sich durchsetzen, dann rechnet sich das für die Betriebe nur, wenn vom Staat ständig gezahlt wird. „Dauerhafte Subventionsempfänger können und wollen wir uns nicht leisten", meint Lambsdorff nicht zu Unrecht.

Gesucht wird also eine wirtschaftlich tragfähige Lösung, die den Staat so teurer kommt, je tiefgreifender die Umstrukturierung geht. Aber in Bonn scheint sich die Meinung durchgesetzt zu haben, lieber einmal richtig zu geben, als die Lösung vor sich herzuschieben. Die zwei bis drei Milliarden Mark, die von den Moderatoren ins Spiel gebracht wurden, sind sicherlich nur die Untergrenze.

ENTWICKLUNGSHILFE / DIW legt Übersicht vor

# Anteil der EG am größten

dpa/VWD, Berlin

Die EG-Staaten leisten rund die Hälfte der öffentlichen Entwicklungshilfe aller westlichen Industrieländer. Wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in seinem jüngsten Wochenbericht schreibt, ist dagegen der Anteil der USA an der Entwicklungshilfe seit 1970 um rund die Hälfte geschrumpft und betrug 1981 nur noch 23 Prozent, obwohl die USA gemessen am Bruttosozialprodukt über eine größere Wirtschaftskraft als die EG verfügen.

Fast alle EG-Länder gewähren den überwiegenden Teil ihrer öffentlichen Hilfe bilateral. Der Schwerpunkt der Gemeinschaftshilfe liegt bei den Ländern in Afrika, der Karibik und im Pazifik, die mit der EG im Vertrag von Lome verbunden sind. Doch ist der Anteil dieser Ländergruppe zurückgegangen. Statt dessen hat die gemeinschaftliche Mittelmeerpolitik einen erhöhten Stellenwert erlangt. Die Ländergruppe in Afrika, Karibik und Pazifik sowie die Mittelmeerländern erhielten 1981 zwei Drittel der Entwicklungshilfe. Bedeutung erlangte auch die in den letzten Jahren kräftig erhöhte Nahrungsmittelhilfe. Sie ging hauptsächlich an Ägypten, Bangladesch, Indien und Pakistan.

Der Anteil der Staaten in Afrika, Karibik und Pazifik an der deutschen Entwicklungshilfe stieg von 17 Prozent zu Beginn der 70er Jahre auf 29 Prozent 1981. Der Anteil der Mittelmeerländer nahm ab, weil die deutschen Zahlungen an Israel und Jugoslawien im Rahmen der Wiedergutmachung ausgelaufen sind. Stark gewachsen ist dagegen das Engagement in der Türkei, die 1981 allein 13 Prozent der deutschen Hilfe erhielt.

Wesentlich größer als für die EG-Länder ist die Bedeutung der Mittelmeerländer für die USA. Über 40 Prozent ihrer Entwicklungshilfe gingen dorthin, und zwar fast ausschließlich und mit annähernd gleichen Teilen an Ägypten und Israel. Auf der anderen Seite haben die USA ihre Zahlungen an Vietnam und Kambodscha, die zu Beginn der Periode den Hauptteil ausmachten, inzwischen völlig eingestellt. Ihre Leistungen an Indien, Indonesien, Pakistan und Südkorea sind absolut zurückgegangen.

Zum raschen Anstieg der Gemeinschaftshilfe der EG hat vor allem die Ausdehnung der Nahrungsmittelhilfe beigetragen. Ihr Anteil nahm von 18 Prozent im Jahre 1970 auf 40 Prozent 1981 zu. Diese Hilfe wird häufig kritisiert. So heißt es, sie erreiche die ärmsten Schichten der Bevölkerung nicht, weil die Regierungen die Waren meistens zum freien Verkauf auf dem Markt erhielten.

IWF / Entwicklungsausschuß berät Verschuldungsprobleme – Treffen der Finanzminister der „großen Sieben"

# Dritte Welt rutscht immer tiefer in die Krise

H.-A. SIEBERT, Washington

In einem etwas verbesserten Konjunkturklima, das sich bis jetzt aber auf die größten Industriestaaten beschränkt, tritt heute und morgen in Washington der Entwicklungsausschuß des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank zusammen. Klar werden müssen sich die 21 Finanzminister darüber, wie die gesamte Weltwirtschaft belebt und die Verschuldungskrise dauerhaft gelöst werden können.

Die Bonner Regierung ist in der amerikanischen Hauptstadt durch Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg und Bundesentwicklungsminister Jürgen Warnke vertreten. Auf der offiziellen Tagesordnung stehen die weltwirtschaftliche Lage, die Ausleihpolitik der multilateralen Institutionen, die finanziellen Engpässe der Internationalen Entwicklungsgesellschaft (IDA), die Verschuldung der Dritten Welt und die Verknüpfung von Handel- und Entwicklungsförderung. Außerdem soll die Beteiligung privater Banken an Weltbank-Projekten (Kofinanzierung) und Energiedarlehen diskutiert werden.

Folgt man den Experten des IWF und der Weltbank, dann geraten die Entwicklungsländer immer tiefer in die Krise. Einmal erreicht sie erst jetzt nach der üblichen zeitlichen Verzögerung die Rezession, gegen die sich kaum eine Regierung wehren kann. Zum anderen wird die Erholung in den Industriestaaten als „milde" eingestuft. Statt 1,3 bis 1,5 Prozent, wie im vergangenen Herbst vorausgesagt, soll die Wachstumsrate innerhalb der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 1983 real 1,8 bis 2 Prozent betragen. Davon wiederum sickert nur ein Bruchteil durch.

Selbst eine OECD-Wachstumsrate von vier Prozent wird als zu niedrig angesehen, um Kapital und Exporterlöse im benötigten Umfang in die Entwicklungsländer zu pumpen. Als Lösung bietet sich nur eine Ausweitung der staatlichen konzessionellen und nichtkonzessionellen Hilfeleistungen an – angesichts der stark defizitären Haushalte in den Industriestaaten ein schwieriges Unterfangen.

Ein Ausgleich der langsamer fließenden privaten Mittel durch mehr Entwicklungshilfe ist auch sonst schwer zu sehen. Immerhin steigt sie nach Berechnungen der beiden Organisationen bis 1995 jährlich nur um drei bis fünf Prozent, verglichen mit 12 bis 13 Prozent bis 1980. Inflation und Zinsen marschieren zwar in die richtige Richtung, aber die größte Barriere stellen nach wie vor die enormen Realzinsen in den USA dar, die über das Refinanzierungspotential der Dritten Welt entscheiden.

Eine weitere Gefahr ist der sich in den Industriestaaten ausbreitende Protektionismus als Folge der hohen Arbeitslosigkeit. Im letzten Jahr ist der Welthandel um rund 130 Milliarden Dollar (etwa 317 Milliarden Mark) geschrumpft. Am meisten betroffen waren die Entwicklungsländer, für die der Export lebenswichtig ist und die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufbau schafft. Um neun bis zehn Prozent verschlechtert haben sich in den beiden vergangenen Jahren die „terms of trade" der Dritten Welt, die rund 30 Prozent ihrer Ausfuhrerlöse verlor.

Wie sehr die Entwicklungsländer durch die zinsinduzierte Rezession in der industrialisierten Welt geschüttelt worden sind, zeigt der Rückgang des zusammengefaßten Bruttosozialprodukts um real 0,5 Prozent 1982. Damit wurde zum ersten Mal in zwei Jahrzehnten die lückenlose Wachstumsphase unterbrochen. Unausweichlich war das Verschuldungsdrama, nachdem von 1974 bis 1981 die Kreditaufnahmen schneller zugenommen haben als die Exporterlöse. In diesem Zusammenhang wird sich der Ausschuß mit den Kapitalströmen, der Sammlung genauerer Verschuldungsdaten und dem Schuldenmanagement ausführlich beschäftigen.

Schon gestern sind in Washington die Finanzminister der „Gruppe der 24" zusammengetreten. Sie repräsentieren die Dritte Welt und haben zum Teil die Anfang April in Buenos Aires gefaßten Beschlüsse übernommen. Die Entwicklungsländer verlangen unter anderem eine Neuzuteilung von Sonderziehungsrechten („Papiergold"), die Koppelung von Sonderziehungsrechten und Entwicklungshilfe durch die Einrichtung einer neuen mittelfristigen Kreditfazilität, die Schaffung eines Treuhandfonds sowie die Überprüfung der strengen Kreditbedinungen des IWF.

Nach den Sitzungen des Entwicklungsausschusses, der keine Beschlüsse fassen kann, treffen sich die Finanzminister der sieben größten Industriestaaten, um gemäß den Versailler Gipfel-Entscheidungen über die Konvergenz der Wirtschaftspolitiken und die 1982 in Auftrag gegebene Studie über Interventionen an den Devisenmärkten zu beraten. Anschließend tritt in Washington noch die Gruppe der „Fünf" zusammen.

EXPORTKREDITE

# Verhandlungen auf Juni vertagt

dpa/VWD, Paris

Die Verhandlungen über eine Reform der Exportkreditzinsen der Mitgliedsländer der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sind am Dienstag abend in Paris ohne Einigung auf Juni vertagt worden. Die Bemühungen der Regierungsvertreter, die seit 1978 gültige Vereinbarung über die Exportkredite von 22 OECD-Mitgliedsländern (außer Island und der Türkei) scheiterten nach Angaben informierter Kreise an „erheblichen technischen Schwierigkeiten". Die Übergangslösung bleibt zunächst weiter in Kraft.

Den Angaben zufolge konnten sich die seit Montag tagenden Teilnehmer offenbar nicht auf einen Nenner einigen, der zusammen mit der angestrebten Annäherung an den über jeweils drei Monate hinweg errechneten Durchschnittszinssatz für Schatzscheine mit zehnjähriger Laufzeit der fünf größten Länder eine neue Zinsanpassungsformel ergeben soll. Dieser Koeffizient ist entscheidend für die Zinssätze, die je nach Laufzeit des Kredites und nach Einstufung des kreditnehmenden Landes in die Kategorie „arm, mittel oder reich" zwischen zehn und 12,4 Prozent variieren. Vor allem die EG-Länder fordern eine deutliche Verringerung dieser Exportkreditzinsen.

GROSSBRITANNIEN / Deutsche Wirtschaftsdelegation

# Von Erholung beeindruckt

WILHELM FURLER, London

„Tief beeindruckt von der Konsequenz und dem Mut", mit dem die britische Regierung unter Premierministerin Margaret Thatcher ihre Stabilitätspolitik durchzieht, ist eine der hochkarätigen Delegationen der deutschen Wirtschaft, die Großbritannien jemals besucht hat, nach einem zweitägigen London-Aufenthalt nach Deutschland zurückgekehrt.

Zum Abschluß der Reise, die auf Einladung der britischen Regierung erfolgte, betonte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Professor Rodenstock, ebenso beeindruckt habe ihn und seine 14 Kollegen die Tatsache, wie wenig diese Regierung in das Wirtschaftsgeschehen eingreife, und nicht einfach nur die Argumente über die Vorteile der Freien Marktwirtschaft im Munde führe.

Wie berichtet, zählten zu der Wirtschaftsdelegation die Vorstandschefs unter anderem der Unternehmen Bayer, Degussa, Holzmann, Mannesmann, MBB, Schering, Siemens, Thyssen und Veba. Wie in Privatgesprächen zu erfahren war, zeigten sich die meisten Mitglieder sehr positiv überrascht über den Erholungsprozeß der britischen Wirtschaft. „Wir in Deutschland sind noch nicht so weit", meinte Professor Rodenstock.

Dies liege wohl vor allem daran, daß Großbritannien früher als die Bundesrepublik in die Rezession eingetaucht sei und nun entsprechend früher auch wieder auftauche. Den nachhaltigsten Eindruck hinterließ bei der Delegation wohl der mehr als einstündige Besuch bei Premierministerin Thatcher. In diesem Zusammenhang ist es kein Geheimnis, daß Frau Thatcher gerade die Qualitäten deutscher Top-Manager besonders bewundert.

WIRTSCHAFTSGIPFEL / Vorbereitungsgespräche

# Keine festen EG-Zusagen

WILHELM HADLER, Brüssel

Institutionelle Probleme überlagern auch in diesem Jahr wieder die Vorbereitungen für den Weltwirtschaftsgipfel. Sie rühren daher, daß die teilnehmenden EG-Staaten für die Handelspolitik keine Zuständigkeit mehr besitzen und daß die kleinen Mitgliedsstaaten in Williamsburg nur durch die Präsidenten des Rates und der EG-Kommission repräsentiert werden.

Allgemein fürchten manche europäischen Politiker, daß die Gemeinschaft im Vorfeld des Gipfels auseinander dividiert werden könnte. Vor allem Frankreich möchte sich nicht auf Konzessionen beim Ost-West-Handel festlegen lassen. Es weiß außerdem, daß es seine Agrarexportinteressen leichter im Schutz der Gemeinschaft als allein verteidigen kann.

Außenminister Claude Cheysson teilte den EG-Partnern deshalb demonstrativ mit, daß Paris keinen Vertreter zu dem als Vorbereitung auf Williamsburg gedachten Essen der Handelsminister entsenden werde, das am Rande der geplanten OECD-Ministertagung am 9./10. Mai stattfinden soll. Schon vorher war ein Treffen der Handelsminister der Teilnehmerstaaten des Wirtschaftsgipfels in Brüssel am Widerstand einiger EG-Partner gescheitert.

Statt dessen sollen jetzt zwei andere Zusammenkünfte stattfinden, die keinen direkten Zusammenhang mit Williamsburg haben: Einerseits trifft sich heute in Brüssel der Handelsbeauftragte Präsident Reagans, William Brock, mit EG-Vizepräsident Wilhelm Haferkamp und den Handelsministern Japans und Kanadas zu einem informellen Gespräch. Andererseits plant die EG ein Treffen mit US-Außenminister George Shultz, bei dem die Gemeinschaft durch ihre frühere, gegenwärtige und künftige Präsidentschaft vertreten sein wird.

SACHS-DOLMAR / Markt für Motorsägen schrumpft

# Nur im Inland gewachsen

JAN BRECH, Hamburg

Nach einer Phase starker Expansion hat die Sachs-Dolmar GmbH, Hamburg, die zu den führenden Herstellern von Motorsägen in Europa zählt, 1982 einen Umsatzrückgang um 6,3 Prozent auf 105 Mill. DM hinnehmen müssen. Die abgesetzte Menge verringerte sich um 3 Prozent. Vor dem Hintergrund, daß der Weltmarkt im vergangenen Jahr um 25 Prozent zurückgegangen ist, wertet der Vorsitzende der Geschäftsführung, Friedrich Fröhlich, das Ergebnis der Sachs-Dolmar noch als Erfolg. Der Marktanteil sei erheblich ausgeweitet worden.

Als Hauptgrund für den Einbruch am Weltmarkt nennt Fröhlich die Entwicklung in Nordamerika, wo sich der Absatzrückgang 1982 noch verschärft hat. Aber auch in fast allen anderen Märkten sei das Geschäft mit Motorsägen aufgrund der schwierigen Lage in der Bauwirtschaft und stark gesunkener Holznachfrage schwächer geworden.

Absatzeinbußen auf den Auslandsmärkten glich das Unternehmen durch Erfolge im Inland aus. Nach Angaben von Fröhlich wurde hier dank des Erfolgs eines neuen Kleinsägenprogramms eine zweistellige Zuwachsrate erreicht. Die Ausweitung des Inlandsgeschäfts führte zu einer Verminderung der Exportquote von 76 auf 69 Prozent. Sachs-Dolmar ist in mehr als 100 Ländern der Welt vertreten.

Eine allgemeine Stabilisierung des Marktes erwartet Fröhlich in der zweiten Hälfte des Jahres. Positiv wirke sich die langsame Erholung der Bauwirtschaft in den USA und auch der Bundesrepublik aus. Dies werde zu einer Belebung des professionalen Geschäfts führen. Absatzhemmend sei dagegen die schwierige finanzielle Lage vieler Entwicklungsländer. Das Stammkapital der Sachs-Dolmar ist im Berichtsjahr auf 22 Mill. DM aufgestockt worden. Hauptanteilseigner ist die Fichtel & Sachs AG mit 80 Prozent.

## NAMEN

**Willi Krasemann**, Komplementär der Friedrich Krasemann KG, Möbelfabrik und Einrichtungshäuser, Neustadt/Weinstraße, und Präsidiumsvorsitzender der von ihm mitgegründeten Europa Möbel Deutschland, Bonn, wird heute 70 Jahre.

**Rolf H. Reinhold** wurde zum Vorstandsmitglied der Chase Bank AG, Frankfurt, bestellt. Ausgeschieden ist **Rainer Gebbe**, der in den Stab der Chase Manhattan Bank New York berufen wurde.

**Otto Pfannenberg**, Gründer und Seniorchef der Otto Pfannenberg Elektro-Spezialgerätebau Ingenieurbüro und Elektro-Steuerungen Pfannenberg GmbH, beide Hamburg, ist 80 Jahre alt geworden.

**Dr. Nikolaus Kunkel**, langjähriger Präsident der Baden-Württembergische Wertpapierbörse zu Stuttgart, hat sein Amt niedergelegt. Zu seinem Nachfolger wurde **Gerhard Burk**, Direktor der Deutschen Bank AG, Stuttgart, gewählt.



## UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

### Pegulan halbiert Dividende

**Frankenthal (VWD)** – Eine auf 8 (16) Prozent gekürzte Dividende auf 65 Mill. DM Stammaktien schlägt die Pegulan-Werke AG, Frankenthal, für das Geschäftsjahr 1982 vor. Die 7,0-Mill.-DM-Vorzugsaktien sollen mit 9 (18) Prozent bedient werden (Hauptversammlung am 16. Juni).

### Maihak kürzt

**Hamburg (JB.)** – Die Maihak AG, Meßinstrumente und Geräte der Feinmechanik und Elektrotechnik, Hamburg, schlägt der Hauptversammlung am 15. Juni für das Geschäftsjahr 1982 die Ausschüttung einer Dividende von 3 DM vor. Im Vorjahr hatte Maihak noch 6 DM gezahlt.

### Mehrheit bei Bergmann

**Berlin (WZ.)** – Die Bergmann Elektro GmbH, Berlin, die zur Bergmann-Gruppe gehört, hat die Mehrheit des Aktienkapitals der Garbe, Lahmeyer & Co AG, Aachen, übernommen. Das Bundeskartellamt äußerte gegen die Übernahme keine Bedenken. Wie zu erfahren war, wurde infolge der 1982 entstandenen Verluste ein Kaufpreis von 50 DM je 100-DM-Aktie vereinbart. Als Aktionäre sind gleichzeitig bei Garbe-Lahmeyer die Schloemann-Siemag AG, Düsseldorf, und Alsthom-Atlantique SA., Paris, ausgeschieden. Den verbleibenden Aktionären will die Bergmann Elektro ein Abfindungsangebot machen. Schloemann-Siemag wird allerdings 28 Prozent des Aktienkapitals der BEA Baugesellschaft für elektrische Anlagen AG, Düsseldorf, übernehmen, die bisher ganz zu Garbe-Lahmeyer gehörte. Der Umsatz von Garbe-Lahmeyer betrug zuletzt 76 Mill. DM.

### Unveränderte Ausschüttung

**München (VWD)** – Eine unveränderte Dividende von 12 Prozent auf stimmrechtslose Vorzugsaktien und von 10 Prozent auf Stammaktien schlägt die Verwaltung der Knürr-Mechanik für die Elektronik AG, München, der Hauptversammlung am 10. Juni für das Geschäftsjahr 1982 vor. Wie aus der Einladung zur Hauptversammlung hervorgeht, blieb der Bilanzgewinn mit 720 000 DM unverändert. Das Grundkapital beträgt 6,6 Mill. DM, davon 3,6 Mill. DM Stammaktien und 3,0 Mill. DM stimmrechtslose Vorzugsaktien.

NIEDERLANDE / Der Erdgas-Absatz ist im In- und Ausland stark zurückgegangen

# Erwartete Einnahmen fehlen im Etat

BODO RADKE, Den Haag

Viele Jahre lang galt in den Niederlanden die Staatsbeteiligung am Geschäft mit dem Verkauf einheimischer Erdgasproduktion als eine Art Wunderwaffe, mit der sich relativ einfach Lücken im Haushalt stopfen und drohende Defizite der Außenhandelsbilanz ausgleichen ließen. Ein bißchen mehr Absatzförderung im Inland sowie Steigerung der Exportmengen – und schon stimmte die Kasse.

Anfang der sechziger Jahre wurde der Umfang der Erdgaslager in der Provinz Groningen deutlich. Seitdem haben sich die Niederlande zu einem nahezu perfekten Wohlfahrtsstaat mit einem kaum zu übertreffenden sozialen Netz entwickelt. Beobachter dieser Entwicklung zweifeln nicht daran, daß so manche – inzwischen bereute – Übertreibung auf den Glauben zurückzuführen ist, die Erdgaserlöse sprudelten bis in alle Ewigkeit.

Noch Ende der siebziger Jahre flossen der Staatskasse aus dieser Quelle jährlich über 17 Milliarden Gulden (15 Milliarden Mark) zu. Doch dann setzte die große Ernüchterung ein, die auch in dem gerade veröffentlichten Geschäftsbericht der N. V. Nederlandse Gasunie für 1982 ihren Niederschlag findet.

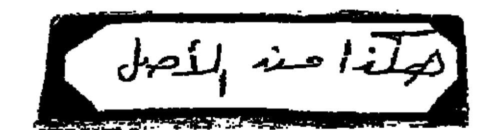
An den Besitzverhältnissen dieser Erdgas-Verkaufsorganisation für das In- und Ausland mit einem Personalbestand von rund 1700 Mitarbeitern und einem Aktienkapital von 400 Millionen Gulden hat sich nichts geändert. Die multinationalen Energiekonzerne Esso und Shell halten je 25 Prozent der Anteile. Der niederländische Staat ist direkt mit nur zehn Prozent beteiligt, aber die restlichen 40 Prozent entfallen auf die Dutch States Mines (DSM), die sich vollständig in Staatsbesitz befinden.

Was sich indes seit der Glanz-und-Gloria-Periode der Erdgaseuphorie geändert hat, ist die Nachfrage. Wie aus dem jetzt vorliegenden Geschäftsbericht für 1982 hervorgeht, sank die exportierte Menge um 8 Milliarden auf 34,8 Milliarden Kubikmeter, ein Rückgang von 23 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auch der Absatz in den Niederlanden selbst verringerte sich um zwölf Prozent. Die drastische Erhöhung der Kleinverbraucher-Preise am 1. Januar 1982 von 47,1 auf 55,4 Cent pro Kubikmeter hatte in den Haushalten offenbar dazu geführt, den Verbrauch auf ein Mindestmaß zu drosseln. Auch als Folge der Wirtschaftskrise ging der Industriebedarf erheblich zurück.

Die Verringerung der Erdgaseinnahmen für die Staatskasse im Zusammenhang mit der Absatzflaute zwang Hollands Koalitionsregierung von Christdemokraten und Liberal-Konservativen bereits zu einer Überarbeitung des laufenden Budgets. Finanzminister Ruding erklärte, die dem Staat zustehenden Mittel aus dem Erdgaserlös würden in diesem Jahr voraussichtlich um 1,75 Milliarden Gulden (1,56 Milliarden Mark) niedriger sein, als bei der Ausarbeitung des Haushaltsplans erwartet. Ebenso müßten alle Vorausschätzungen bis 1986 revidiert werden.

Der Glanzverlust von Hollands „Wunderwaffe Erdgas" hat übrigens auch Auswirkungen auf die Moskauer Planungen für den Absatz von sibirischem Erdgas in Westeuropa. Ursprünglich hatte sich die Nederlandse Gasunie interessiert gezeigt, zur Streckung der einheimischen Vorräte einen gewissen Prozentsatz ihre Lieferverpflichtungen mit Hilfe von angekauftem Russengas zu erfüllen. Inzwischen teilte sie den zuständigen Stellen in der Sowjetunion mit, daß nicht mehr mit entsprechenden Verhandlungen zu rechnen sei.

Wie der Geschäftsbericht ausweist, stammte die 1982 produzierte und abgesetzte Erdgasmenge der Nederlandse Gasunie fast ausschließlich aus holländischen Reserven. 64,7 Prozent der insgesamt 70,8 Milliarden Kubikmeter kamen aus der Provinz Groningen, 14,4 Prozent aus anderen Lagern des niederländischen Festlandes und 16,8 Prozent aus dem holländischen Sektor des Nordseebodens.



PHOENIX / Wieder Dividende nach sieben Jahren Umstrukturierung

# Zuversicht für das laufende Jahr

JAN BRECH, Hamburg

Peter Weinlig, Vorstandsvorsitzender der Phoenix AG, Hamburg, war schon immer vorsichtig. Die Wiederaufnahme einer Dividendenzahlung für das Jahr 1982 wertet er zwar als Abschluß einer langen, beschwerlichen Umstrukturierungsphase, doch die Wende zu einer langanhaltenden Periode gesicherter Ausschüttung sieht er noch nicht gekommen. Die Gewinnausschüttung bei Phoenix müsse auch künftig ertragsorientiert bleiben und Möglichkeiten belassen, die Reserven des Unternehmens aufzufüllen. Dies gelte um so mehr, als Phoenix während der Wandlung von einem Reifenhersteller zu einem Zulieferer für die Autoindustrie die finanziellen Polster stark in Anspruch genommen habe und die Ungewißheit über den weiteren wirtschaftlichen Verlauf anhalte.

Auch in der wachsenden Neigung in Europa, durch betriebsübergreifende Konzeptionen in Bedrängnis geratene Industriezweige zusammenzufassen, sieht Weinlig einen guten Grund, Phoenix zu allererst wieder innerlich zu stärken. Ein von diesen Industrien abhängiges Unternehmen ohne Substanz, so befürchtet er, werde bei Fortdauer dieser Entwicklung nicht lange über sich selbst bestimmen können.

Die überaus stark ausgeprägte kaufmännische Vorsicht mag bei Weinlig schließlich aus der Erfahrung der vergangenen Jahre erwachsen sein, in denen Phoenix zweimal Gefahr lief, in einem Verbund mit der Continental AG, Hannover, ein- oder vielleicht unterzugehen. Mit Blick auf den Abschluß 1982 erklärt Weinlig denn auch nicht ohne Stolz, daß es sich halt lohne, selbst das Ruder in die Hand zu nehmen.

Nach zehn Jahren in Folge, die zum Teil hohe Verluste einbrachten und nur 1974 durch eine Dividendenausschüttung von fünf Prozent unterbrochen waren, weist Phoenix für 1982 zum ersten Mal wieder einen Gewinn aus dem laufenden Geschäft in Höhe von 5,5 Mill. DM aus. Einschließlich des Gewinnvortrags von 1981 beträgt der Bilanzgewinn 8,7 Mill. DM. Daraus werden 4,1 Mill. DM den Rücklagen zugeführt und der Hauptversammlung am 24. Juni vorgeschlagen, den verbleibenden Gewinn für 3 Mill. DM Dividende, 0,62 Mill. DM weiterer Rücklagendotierung und 1 Mill. DM Vortrag auf neue Rechnung zu verwenden.

In einem Jahr schwierigster wirtschaftlicher Bedingungen habe sich die radikale Umstrukturierung des Unternehmens bewährt, betont Weinlig. Zudem hätten strenge Kostenkontrolle und Produktivitätsfortschritte dazu geführt, daß sowohl im Bereich Eigenproduktion als auch Handelswaren die Betriebsergebnisse positiv gewesen seien.

Daß Phoenix von der Konjunkturlage nicht unberührt geblieben ist, belegt der mengenmäßige Absatzrückgang von fünf Prozent. Der AG-Umsatz stiege dagegen um 2,7 Prozent auf 600 Mill. DM. Einschließlich der französischen Tochter Phoenix S. A. Lyon, die ein Plus von neun Prozent erzielte, aber noch mit roten Zahlen schrieb, kam Phoenix auf einen Gruppenumsatz von 700 Mill. DM. Gut die Hälfte des Geschäfts wikkelt Phoenix inzwischen mit der europäischen Automobilindustrie ab, wobei Schaumstoff-Karosserieteile im Vordergrund stehen (Umsatzanteil 20 Prozent).

Die wiedergewonnene feste Marktposition und die daraus resultierende Verbesserung von Umsatz und Ertrag hat Phoenix zur Konsolidierung der Bilanzstruktur genutzt. Die Verbindlichkeiten wurden insgesamt um 43 Mill. DM abgebaut und die Vorräte mit positiven Auswirkungen auf die Liquidität um gut zwölf Prozent auf das notwendigste Maß reduziert. Der Eigenkapitalanteil von jetzt wieder 32 Prozent an der Bilanzsumme gibt der Bilanz die Solidität früherer Jahre zurück.

Im ersten Quartal sind, wenn auch mit Unterschieden in den einzelnen Bereichen, Absatz und Umsatz merklich gestiegen. Allerdings, so räumt Weinlig ein, seien die Kapazitäten nicht voll ausgelastet.

ÖVA-VERSICHERUNGEN / Hohe Kapitalrendite

# Im Wachstum auch 1982 vorn

HARALD POSNY, Düsseldorf

Mit einem deutlich über der Marktentwicklung liegenden Beitrags- und Bestandswachstum, überdurchschnittlichem Neugeschäft bei den Einzel-Kapitalversicherungen und einer kräftigen Erhöhung des zu fast 99 Prozent der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführten Überschusses von 65 (52) Mill. DM hat die öffentliche Versicherungs-Anstalt der Badischen Sparkassen (ÖVA), Mannheim, ein für die Lebensversicherer insgesamt schweres Jahr gut bestanden.

Das Abflachen des Neuzugangs auf eine Versicherungssumme von 957 Mill. DM (minus 12,4 Prozent) ist jedoch auf Sondereinflüsse bei Bauspar-Risikoversicherungen und Restkreditversicherungen zurückzuführen. Bei Beschränkung auf das Einzel-Kapitalversicherungsgeschäft lag der Neuzugang mit 0,4 Prozent noch über der Branche (minus 6,9 Prozent).

Auch die ÖVA hat Schwierigkeiten mit dem konjunkturbedingt gewachsenen vorzeitigen Abgang an bestehenden Versicherungen (194 nach 163 Mill. DM). Angesichts eines auf 6,8 Mrd. DM gestiegenen Bestands an Versicherungssumme liegt der Stornosatz mit knapp 3 (2,8) Prozent noch deutlich unter den branchenüblichen Werten.

Die Beiträge stiegen um 9 Prozent auf 145 Mill. DM. Die Kapitalanlagen von 899 (784) Mill. DM erzielten Nettoerträge von 68 (56) Mill. DM. Die Kapitalrendite stieg damit auf 8 (7,4) Prozent. Die Betriebs- und Abschlußkostensätze sind unverändert günstig.

Die ÖVA Allgemeine Versicherungs-AG hat ihre Bruttobeiträge 1982 um 5,7 (12,1) Prozent auf 71 Mill. DM gesteigert. Die Schadenquote (brutto) erreichte 86,5 (84,7) Prozent. Das im Zusammenhang mit dem Ausbau des Sachversicherungsgeschäfts über dem Beitragswachstum liegende Plus im Verwaltungsaufwand schlug sich auch im technischen Verlust von 1,4 (0,8) Mill. DM nieder. Die Überschüsse im allgemeinen Geschäft sicherten den Jahresüberschuß von 0,6 (1,3) Mill. DM.

## Löwenbräu spürt Kostenbelastung

VWD, München

Einen Absatzzuwachs von 3,7 Prozent erzielte die Löwenbräu AG, München, in der ersten Hälfte des laufenden Geschäftsjahres (30. 9.). Der geplante Durchschnittszuwachs von 4,2 Prozent werde aber wohl erreicht werden, sagte Vorstandsvorsitzender Alfred Wagner vor der Hauptversammlung. Durch den Anstieg der Kosten um 4 bis 5 Prozent werde die Ertragsrechnung spürbar belastet. Dennoch gehe der Vorstand davon aus, daß eine „angemessene" Dividende auf das neue Kapital von 10 Mill. DM für das laufende Geschäftsjahr nicht in Frage stehe. Die Löwenbräu sei von Erträgen aus dem Immobilienbereich unabhängig geworden.

Die gesamte Ertragsstruktur habe sich in den letzten Jahren stetig und nachhaltig gebessert. „Die Vergangenheit ist überwunden", sagte Wagner. Einen „nicht unwesentlichen Beitrag" lieferten die Lizenzerträge aus dem Ausland, deren Höhe er aber aus Wettbewerbsgründen nicht nennen wolle. Die Tochtergesellschaft Münchner Erfrischungsgetränke GmbH (Coca-Cola-Betrieb) wurde inzwischen mit Wirkung vom 1. Oktober 1983 an die Paulaner-Gruppe verkauft. Löwenbräu habe mit dieser Entscheidung zu erkennen gegeben, daß sie sich künftig voll und ganz auf das Brauerei-Geschäft konzentrieren wolle. Das Unternehmen gewinne durch die Veräußerung erhebliche zusätzliche Mittel für Investitionen in Technik und Markt. Die Hauptversammlung beschloß ohne Gegenstimmen die Dividende von 16 DM plus 3 DM Bonus je Stammaktie.

## Marktführer Eurest expandiert weiter

INGE ADHAM, Frankfurt

Innerhalb der letzten zehn Jahre hat die noch junge Gilde der Caterer, der auf Gemeinschaftsverpflegung spezialisierten Unternehmen, ihren Umsatz von 3 (1972) auf 239 (1982) Mill. DM gesteigert. Ihr Anteil an der Betriebsverpflegung für täglich rund 6 Mill. Arbeitnehmer ist mit 3 Prozent freilich noch sehr gering. Maurice Rietsch, Geschäftsführer des deutschen Marktführers Eurest GmbH (Nestlé und Wagon-Lits), sieht als Wachstumsbremse vor allem emotionale Widerstände, die aber zunehmend in den Hintergrund treten würden.

Eurest hat im vergangenen Jahr 12 neue Kunden mit rund 6000 Tischgästen täglich hinzugewonnen und hatte damit am Jahresende rund 56 000 Essen täglich unter Vertrag; dazu kommen 90 Verkaufsstellen und 300 Automaten für Zwischenverpflegung. Einschließlich der Tochtergesellschaft Resell mit einem Umsatzanteil von 10 Prozent setzte die Eurest GmbH im vergangenen Jahr mit 1220 (920) Mitarbeitern 91,6 (73,9) Mill. DM um. In diesem Jahr sollen zehn Neukunden hinzukommen und der Umsatz die 100-Millionen-Grenze übersteigen. Rietsch betonte, daß man seit Jahren mit Gewinn arbeite. Weltweit setzte die in 10 Ländern tätige Gruppe im vergangenen Jahr in 1100 Betrieben 1,9 (1,5) Mrd. Franc um.

## Neue Produkte in der Galvanotechnik

PETER WEERTZ, Berlin

Die Schering AG, Berlin und Bergkamen, hat auch in der Galvanotechnik neue Produktgebiete und Märkte erschlossen. Über die konventionelle Anwendung (Korrosionsschutz) hinaus ist es gelungen, in der Elektronikindustrie bis zur Herstellung gedruckter Schaltungen vorzudringen. Dies habe zur Öffnung neuer Auslandsmärkte und auf der Produktseite zur Konzentration auf wachstumsträchtige Arbeitsgebiete geführt, erläuterten Kurt Heymann und Dieter Wekwerth von der Spartenleitung.

Im vergangenen Jahr erzielte der Bereich Galvanotechnik bei Schering einen Gruppenumsatz von 228 Mill. DM. Trotz des knappen Rückgangs im Vorjahr erwartet Heymann jedoch bis 1984 eine Zunahme auf 280 Mill. DM. Vom Gesamtumsatz entfällt ein Drittel auf das Anlagengeschäft, ein weiteres Drittel auf Chemikalien und der Rest ist Handelsware. Außer der Elektronikindustrie sind der Kraftfahrzeugbau sowie die Armaturen-, Zweirad-, Haushaltsgeräte- und Kleingeräteindustrie wichtige Abnehmer.

In der Galvanotechnik hat Schering mit der Technic Inc. Cranston (USA) vereinbart, auf dem Sektor Edelmetalle zusammenzuarbeiten. In dem Kooperationsvertrag ist festgelegt, daß Schering den Vertrieb des Technik-Produktprogramms in Japan, Südamerika und in den meisten europäischen Ländern übernehmen wird.

## KONKURSE

**Konkurs eröffnet: Aschaffenburg:** Josef Schäfer, Schiffsführer; **Berlin-Charlottenburg:** Franz Mietsch GmbH; **Gelsenkirchen:** M. Brungsberg GmbH, Dorsten; MBC Spezialfabrik f. Herrenanzüge H. Brungsberg GmbH & Co. KG, Dorsten; Brungsberg GmbH & Co. KG, Dorsten; Alexis Modekleidung GmbH, Dorsten; **Hameln:** Betonsteinwerk H. Dutta & Co. KG, Hess.-Oldendorf; **Langen:** Georg Heinrich Jost, Dreieich; **Lüdinghausen:** Schlüter GmbH, Ascheberg; **München:** Fritz Wittig; Nachl. d. Dieter Friedrich Gröning; **Nordhorn:** Wolfgang Nahmer, Elektrounternehmer, Wietmarschen 1; **Siegen:** E. Vogel GmbH, Hilchenbach-Dahlbruch; **Weiden i. d. Opf.:** Friedrich Lehner, Asphaltbau; **Winsen/Luhe:** Siegfried Salvers, Betonstein u. Terrazzo; **Würzburg:** Seegers KG; **Wuppertal:** Paul Hans Sievers KG.

**Anschluß-Konkurs eröffnet: Berlin:** Wilfred Lange Tiefbau GmbH & Co. KG; **Betzdorf:** a) G. Kirschbaum GmbH, b) Kirschbaum GmbH & Co, Fertigungs KG, Horhausen; **Euskirchen:** Friedrich Kuhns, Euskirchen-Kuchenheim.

**Vergleich beantragt: Köln:** Josef Kortlang & Söhne GmbH; **Siegburg:** IKG Ingenieur- u. Kanalbauges. mbH.

ALLGEMEINE RENTENANSTALT / „Es geht wieder aufwärts"

# Zweistelliges Plus beim Neugeschäft

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Bei der Allgemeine Rentenanstalt Lebens- und Rentenversicherungs-AG, Stuttgart, die im laufenden Jahr ihr 150jähriges Jubiläum feiert, geht es nach Angaben des Vorstands weiter aufwärts. Im ersten Quartal 1983 ergab sich im Neugeschäft der Sparte Großleben eine Steigerung von 20 Prozent, über alle Versicherungsarten hinweg lag die Zunahme bei 10 Prozent. Hier wirkte sich der Rückgang bei den Bausparrisikoversicherungen dämpfend aus. Für das ganze Jahr sei freilich eine zweistellige Zuwachsrate keineswegs gesichert.

Im Geschäftsjahr 1982 war das Neugeschäft um 6,8 Prozent und damit etwas stärker als der Branchendurchschnitt (minus 4,1 Prozent) zurückgegangen, wobei freilich zu sehen ist, daß das Institut in den beiden Jahren davor über dem Durchschnitt gelegen hatte. Im Großlebensbereich machte sich bemerkbar, daß die Anpassungserhöhungen infolge der Koppelung der Dynamik an den Höchstbeitrag in der Angestelltenversicherung deutlich niedriger ausgefallen waren. Auch die Bestandsfestigkeit wurde durch die Wirtschaftslage in Mitleidenschaft gezogen.

Nicht zuletzt die günstige Entwicklung bei den Kapitalanlagen, deren Durchschnittsverzinsung auf 7,6 (7,2) Prozent anstieg, war ausschlaggebend für das glänzende Ergebnis. Der Bruttoüberschuß nahm um 29,8 Prozent auf 225 Mill. DM zu, wovon 99,3 Prozent der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt wurden. Dies ermöglicht eine Heraufsetzung der Überschußanteilsätze. Für 1984 ist eine weitere nennenswerte Erhöhung der Überschußbeteiligung im Zeichen der Direktgutschrift geplant. Der HV am 14. Juli wird vorgeschlagen, an die Stammaktionäre unverändert 18 Prozent Dividende und zusätzlich 5 Prozent Jubiläumsbonus auszuschütten. Außerdem soll das Grundkapital im Verhältnis 5:1 gegen Bareinzahlung von 35 DM je 100-DM-Aktie von 13,2 auf 16 Mill. DM aufgestockt werden. Die beiden größten Aktionäre sind die Württembergische Feuerversicherung und die Baden-Württembergische Bank, die 38 bzw. 25 Prozent des Grundkapitals der Rentenanstalt halten.

| Rentenanstalt | 1982 | ± % |
|---|---|---|
| eingel. Neugeschäft (Mill. DM) | 2 337 | – 7,8 |
| Versicherungsbestand | 17 005 | + 6,0 |
| Beitragseinnahmen | 616 | + 6,4 |
| Aufw. f. Vers.'fälle | 219 | + 36,2 |
| Kapitalanlagen | 3 946 | + 10,1 |
| Kapitalerträge | 327 | + 18,1 |
| Rückst. f. Beitragsrückerst. | 599 | + 18,6 |
| | 1982 | 1981 |
| Stornoquote (%) | 4,5 | 3,9 |
| Verwaltungskostenquote (%) | 6,9 | 6,9 |
| Abschlußkostenquote (%) | 33,7 | 32,6 |

# Siemens nicht zu bremsen

## Aktien wieder nach oben in Bewegung

**DW. – Nachdem es an der Dienstagbörse zu einer Reaktion auf die feste Tendenz vom Wochenbeginn gekommen war, setzten am Mittwoch wieder massive Käufe ein. Nicht zuletzt angeregt durch die feste New Yorker Börse, wo am Aktienmarkt neue Rekordkurse erreicht worden sind. Im Mittelpunkt des Handels standen an den deutschen Börsen die Siemens-Aktien, die unter beträchtlichen Umsätzen um 10 DM auf 357 DM heraufgesetzt worden und damit einen neuen Höchststand erreicht haben. Wie von den Banken zu hören ist, wird die hohe Bezugsbereitschaft der Siemens-Aktionäre für eine reibungslose Durchführung der in der kommenden Woche beginnenden Kapitalerhöhung sorgen.**

Zur allgemeinen Überraschung setzten die AEG-Aktien nach Plusankündigung ihren Anstieg um 4 DM auf rund 65 Mark fort. Nach wie vor lebhaft gehandelt wurden die Bankaktien, wo die Papiere der Commerzbank (plus 4 DM) und der Dresdner Bank (plus 2 DM) eine gewisse Vorzugsstellung einnahmen, was darauf schließen läßt, daß hier der Umsatz zunehmend von Inländern bestritten wird. Autoaktien setzten ihren Anstieg fort, VW zog um 5 DM an. Die Tatsache, daß es keine Dividende geben wird, stört hier ebensowenig wie bei anderen Papieren die angekündigten Dividendenkürzungen.

**Düsseldorf:** DAT verminderten um 10 DM auf 400 DM und Rheag um 4 DM auf 410 DM. Erhöht haben Dahlbusch um 10 DM auf 435 DM, Hochtief um 10 DM auf 525 DM, Pongs u. Zahn bG rat. um 10 DM auf 165 DM und Ravensberger Spinne um 8 DM auf 174 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Aachen Münchner Beteilig. um 5 DM auf 765 DM.

**Frankfurt:** Der Aktienmarkt war heute freundlich bis fest. Die Standardwerte waren bis zu 5 DM und vereinzelt bis zu 10 DM befestigt. Erneut mit Plus angekündigt wurden AEG, die auf 65 DM (plus 2,70 DM) anzogen. Dieser Anstieg wird in Verbindung gebracht mit Deckungskäufen aus dem Optionsgeschäft. Siemens blieben 358,20 DM (plus 11,70 DM). Ansonsten Schiess bei Doppelplus 140 DM (plus 12 DM), Agip 315 DM (plus 17 DM).

**Hamburg:** HEW verbesserten sich auf 131,80 DM und NWK Vorz. um 2 DM auf 177 DM. Conti Gummi legten 1 DM und Phoenix Gummi 5,50 DM zu. Flensburger Schiffbau tendierten fest 140 DM (plus 6,30 DM). Vereins- u. Westbank legten 2 DM zu, Hypothekenbank Hamburg büßten 3 DM ein. Hapag konnten sich um 1,50 DM verbessern.

**München:** Agrob St. verminderten um 4 DM auf 341 DM und Brau AG Nürnberg um 5 DM auf 215 DM. Ekatit stockten um 2 DM auf 120 DM auf und Flachglas verminderten um 9 DM auf 344 DM. Heilit gaben um 5 DM auf 280 DM nach. Zahnräder Renk erhöhten um 21 DM auf 320 DM.

**Berlin:** Siemens lagen um 8,50 DM, Herlitz Vorzüge um 5 DM, Kempinski um 4,50 DM und AEG um 3,70 DM fester. Adca erholten sich um 2,50 DM, BHF-Bank, Herlitz Stämme und Schering um je 2 DM und DUB-Schultheiss um 1,80 DM. Scheidemandel wurden um 4 DM höher taxiert.

**Nachbörse: fest**

# Fortlaufende Notierungen und Umsätze

# DM-Anleihen

# Ausland

## Wien

| | 27. 4. | 26. 4. |
|---|---|---|
| Creditanstalt-Bkv.Vz. | 211 | 210 |
| Gösser-Brauerei | 308 | 294 |
| Länderbank Vz. | 211 | 210 |
| Österr. Brau AG | 273 | 260 |
| Perlmooser | 384 | 368 |
| Reininghaus | 335 | 325 |
| Schwechater Br. | 161 | 158 |
| Semperit | – | – |
| Steyr-Daimler-P. | 176 | 175 |
| Universale Hoch Tief | 235 | 230 |
| Veitscher Magnesit | 214 | 207 |
| Index | 56,88 | 56,01 |

## Kopenhagen

| | 27. 4. | 26. 4. |
|---|---|---|
| Den Danske Bank | 252 | 250 |
| Jyske Bank | 457 | 467 |
| Kopenh. Handelsbk. | 239,25 | 234,5 |
| Novo Industri | 2395 | 2390 |
| Privatbanken | 246 | 245 |
| Ostasiat. Komp. | 125,75 | 127 |
| Dan. Sukkerfabr. | 499,25 | 500,5 |
| For. Bryggerier St. | 879 | 870 |
| Kgl. Porc. Fabr. | 339,75 | 347,5 |

## Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 27. 4.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

| | US-$ | DM | sfr |
|---|---|---|---|
| 1 Monat | 8¾–9⅛ | 4¾–5 | 4⅝–5⅛ |
| 3 Monate | 8⅞–9¼ | 4⅞–5⅛ | 4½–5⅛ |
| 6 Monate | 9 –9⅜ | 5 –5¼ | 4⅝–5⅛ |
| 12 Monate | 9¼–9½ | 5¼–5½ | 4½–4⅞ |

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

## Geldmarktsätze

**Geldmarktsätze** im Handel unter Banken am 27. 4.: Tagesgeld 5,0–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,0–5,1 Prozent; Dreimonatsgeld 5,15–5,30 Prozent.

**Privatdiskontsätze** am 27. 4.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

**Diskontsatz** der Bundesbank am 27. 4.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

**Ostmarkkurs** am 27. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,00; Verkauf 25,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 20,50 Verkauf 24,50 DM West.

## Goldmünzen

In Frankfurt wurdem am 27. April folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

| Gesetzliche Zahlungsmittel*) | Ankauf | Verkauf |
|---|---|---|
| 20 US-Dollar | 1285,00 | 1576,35 |
| 10 US-Dollar (Indian) **) | 888,00 | 1190,67 |
| 5 US-Dollar (Liberty) | 413,00 | 562,74 |
| 1 £ Sovereign alt | 249,00 | 303,97 |
| 1 £ Sovereign Elizabeth II | 246,00 | 300,58 |
| 20 belgische Franken | 188,00 | 246,34 |
| 10 Rubel Tscherwonez | 260,00 | 322,05 |
| 2 südafrikanische Rand | 243,00 | 297,19 |
| Krüger Rand, neu | 1088,00 | 1274,84 |
| Maple Leaf | 1087,00 | 1278,51 |
| **Außer Kurs gesetzte Münzen *)** | | |
| 20 Goldmark | 254,00 | 320,92 |
| 20 schweiz. Franken „Vreneli" | 210,00 | 285,55 |
| 20 franz. Franken „Napoléon" | 215,00 | 271,20 |
| 100 österr. Kronen (Neuprägung) | 1012,00 | 1205,71 |
| 20 österr. Kronen (Neuprägung) | 203,00 | 251,99 |
| 10 österr. Kronen (Neuprägung) | 106,00 | 136,73 |
| 4 österr. Dukaten (Neuprägung) | 465,00 | 565,00 |
| 1 österr. Dukaten (Neuprägung) | 110,00 | 146,90 |

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

## Devisen

Wie sooft während der letzten Tage wurde der US-Dollar am 27. 4. zunächst niedriger gehandelt, bis 2,4440, um später doch bei 2,4540 um 1 Pfg. höher zu schließen. Kommerzielle Nachfrage zum Ultimo und eine gewisse Enttäuschung über Bemerkungen des Notenbankpräsidenten Poehl, der auf dem deutschen Sparkassentag in Frankfurt Berichten widersprach, wonach die Amerikaner bei dem bevorstehenden Wirtschaftsgipfel zu verstärkten Interventionen gedrängt werden sollen, begünstigte den Kurs. Daß die Bundesbank zu maßvollen Interventionen bereit ist, zeigt der heutige Verkauf von 57.350.000,- zur Notiz von 2,4527. Der bevorstehende Ultimo sorgte aufgrund der starken Nachfrage nach kurzen Schweizer Franken zu einem weiteren Anstieg des Kurses auf 119,39 gegen DM. Die übrigen Währungen hatten keine wesentlichen Veränderungen aufzuweisen. Das britische Pfund lag mit 3,843 um 0,8 Pfg. unter Vortag. US-Dollar in: Amsterdam 2,7645; Brüssel 48,915; Paris 7,3570; Mailand 1458,05; Wien 17,2740; Zürich 2,0544; Ir. Pfd/DM 3,160; Pfd/Dollar 1,5668.

## Devisenterminmarkt

Bei ruhigem Geschäft wurden die Dollar-Deports am 27. April für alle Fälligkeiten geringfügig niedriger gehandelt.

| | 1 Monat | 3 Monate | 6 Monate |
|---|---|---|---|
| Dollar/DM | 0,92/0,82 | 2,52/2,42 | 4,92/4,72 |
| Pfund/Dollar | 0,18/0,15 | 0,40/0,36 | 0,60/0,55 |
| Pfund/DM | 2,50/1,10 | 5,50/4,10 | 9,70/8,30 |
| FF/DM | 30/14 | 75/58 | 158/142 |

**Bundesschatzbriefe** (Zinslauf vom 1. Mai 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/5 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,60 (5,29) – 7,50 (5,79) – 8,00 (6,19) – 8,50 (6,50). Ausgabe 1983/6 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,50 (5,33) – 7,50 (5,87) – 8,00 (6,29) – 8,50 (6,66) – 8,50 (6,92)

**Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,04, 2 Jahre 5,76.

**Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, [illegible]

## Devisen und Sorten

## Optionshandel

# Renten kaum beachtet

**Am Rentenmarkt war die Tendenz zwar nicht mehr einheitlich nachgebend, insgesamt bot er jedoch ein trostloses Bild. Die Kurse öffentlicher Anleihen schwankten um 0,10 Prozentpunkte. Die letzte 7½prozentige Bremen-Anleihe, die zu 100½ Prozent gegeben wurde, ist in den letzten Tagen auf 99 Prozent zurückgefallen und gibt damit einen Anhalt über die tatsächlichen Marktbedingungen. Die Pfandbriefrenditen wurden weiter heraufgesetzt, und auch bei den DM-Auslandsanleihen bröckelten die Kurse überwiegend ab. Der Markt nimmt die zahlreichen neuen Emissionen nur zögernd auf.**

## Bundesanleihen

[illegible]

## Bundespost

[illegible]

## Länder – Städte

[illegible]

## Bundesbahn

[illegible]

| | | 27. 4. | 26. 4. |
|---|---|---|---|
| F 4 Abl. 57* | 4/84 | 100,6 | 100,6 |
| 5½ Bdbahn 58 | 10/83 | 100,2 | 100,2 |
| 10 dgl. 73 II | 11/83 | 102,3 | 102,4 |
| 7½ dgl. 72 | 2/84 | 101,4G | 101,4 |
| 8 dgl. 72 | 9/84 | 102,5 | 102,45 |
| 8¼ dgl. 76 | 9/84 | 102,9 | 102,9 |
| 8 dgl. 78 III | 11/84 | 100G | 100 |
| 6½ dgl. 79 | 2/85 | 100,45 | 100,45 |
| 8½ dgl. 73 | 2/85 | 103,9G | 103,9 |
| 7 dgl. 77 | 2/87 | 99,65 | 99,5 |

## Bankschuldverschreib.

| | 27. 4. | 26. 4. |
|---|---|---|
| F 6 Allg. Hypo. Pf 1 | 86G | 86G |
| 6½ dgl. Pf 5 | 90,5G | 90,5G |
| 7 dgl. Pf 2 | 100,25G | 100,25G |
| F 7¾ Bakola Pf 104 | 101,95G | 101,95G |
| 9 dgl. Pf 106 | 106,5G | 106,5G |
| 10 dgl. Pf 108 | 111,8G | 111,8G |
| 7 dgl. KS 132 | 97,35G | 97,35G |
| 8 dgl. KS 155 | 101,5G | 101,5G |
| 9 dgl. KS 169 | 105,25G | 105,25G |

| | 27. 4. | 26. 4. |
|---|---|---|
| M 5½ Bayer Hypo Pf 14 | 92,25bG | 92,25bG |
| … Pf 20 | 82,5G | 82,5G |
| … dgl. Pf 2 | 97bG | 97 |
| … Pf 3 | 95,5G | 95,5G |
| … Pf 27 | 101,25G | 101,25G |
| … dgl. KS 14 | 97,25G | 97,25G |
| … KS 19 | 100bG | 100bG |
| … dgl. KS 27 | 89,25bG | 89,25bG |
| M … Bayer Hypo Pf 33 | 120G | 120G |
| … dgl. Pf 11 | 127,5G | 127,5bG |
| … Pf 34 | 82G | 82bG |
| … KO Pf 50 | 100bG | 100G |
| … dgl. Pf 10 | 87bG | 87bG |

[illegible]

| | 27. 4. | 26. 4. |
|---|---|---|
| … dgl. KS 86 | 83G | 83G |
| 8¾ dgl. KS 259 | 96,55G | 96,55G |
| F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82 | 78 | 78 |
| 5½ dgl. Pf 59 | 83 | 83 |
| 6 dgl. Pf 182 | 83G | 83G |
| B 9 Dt.Pf.Wl. Bd. 482 | 107,5G | 107,5G |
| Br 7½ Dt. Schiffsbk. Pf 33 | 100G | 100G |
| 8 dgl. Pf 48 | 102G | 102G |
| 5½ dgl. Pf 82 | 88,9G | 88,9G |
| 6½ dgl. Pf 65 | 100,15 | 100,25G |
| 8 dgl. Pf 37 | 100,15G | 100,15G |

| | 27. 4. | 26. 4. |
|---|---|---|
| 8¼ dgl. Pf 60 | 96,3G | 96,3G |
| 8¼ dgl. Pf 74 | 99 | 99 |
| 6¾ dgl. Pf 76 | 97,05G | 97,05G |
| 8½ dgl. Pf 77 | 95,8G | 95,8G |
| 6 dgl. Pf 42 | 100G | 100G |
| 8½ dgl. Pf 47 | 104,5bG | 104,5bG |
| F 5 Frf. Hypobk. Pf 66 | 73,5G | 73,5G |
| 5½ dgl. Pf 53 | 80,5G | 80,5G |
| 6 dgl. Pf 79 | 83 | 83 |
| 6 dgl. Pf 130 | 93G | 93G |
| 8½ dgl. Pf 133 | 88G | 88G |
| 10 dgl. Pf 168 | 101,45G | 101,45G |

[illegible]

| | 27. 4. | 26. 4. |
|---|---|---|
| 9 dgl. Pf 167 | 102G | 102G |
| 6 dgl. KS 77 | 83G | 83G |
| 6½ dgl. KS 80/1 | 100G | 100G |
| 8½ dgl. KS 110 | 103G | 103G |
| Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17 | 105G | 105G |
| 5½ dgl. Pf 24 | 104G | 104G |
| 5 dgl. Pf 38 | 84,5G | 84,5G |
| 5½ dgl. Pf 43 | 84,7G | 84,7G |
| 6 dgl. Pf 56 | 80,75G | 80,75G |
| 7 dgl. Pf 61 | 90,15G | 90,15G |
| 7½ dgl. Pf 58 | 100,1G | 100,1G |
| 8 dgl. Pf 70 | 102,5G | 102,5G |
| 9 dgl. Pf 68 | 103,8G | 103,8G |

| | 27. 4. | 26. 4. |
|---|---|---|
| M 6 Schiffshyp. Pf 23 | 99,25G | 99,25G |
| 7½ dgl. Pf 45 | 101,75G | 101,75G |
| M 6 Südboden Pf 41 | 90,5 | 90,5 |
| 5½ dgl. Pf 57 | 79,75G | 79,75G |
| 6½ dgl. Pf 143 | 97G | 97bG |
| 7 dgl. Pf 87 | 96,25bG | 96,25bG |
| 7½ dgl. Pf 104 | 98G | 98G |
| 7 dgl. KS 49 | 95G | 96bG |
| 7½ dgl. KS 81 | 102G | 102G |
| 8 dgl. KS 133 | 100,75 | 100,75G |
| 8½ dgl. KS 132 | 103,75G | 103,75G |
| 9 dgl. KS 185 | 100,25G | 100,25G |
| 9½ dgl. KS 171 | 107,25G | 107,25G |

[illegible]

| | 27. 4. | 26. 4. |
|---|---|---|
| D 7¾ LAG TS 76 | 101,6G | 101,6G |
| 8 dgl. TS 76 | 103,4G | 103,4G |
| 6½ dgl. TS 77 | 98,4G | 98,4G |
| 5½ dgl. 78 | 94,75 | 94,75 |
| 7 dgl. 79 | 99,7 | 99,7 |

## Sonderinstitute

[illegible]

## Industrieanleihen

| | 27. 4. | 26. 4. |
|---|---|---|
| F 6 Badenwerk 64 | 100 | 100G |
| 8 dgl. 78 | 95,35 | 95,5 |
| 5 BASF 59 | 98G | 98G |
| 6 Bayernw. 59 | 98G | 98G |

## Optionsscheine

[illegible]

## Optionsanleihen

[illegible]

## Währungsanleihen

[illegible]

## Optionsanleihen

[illegible]

## Optionsscheine

[illegible]

## Wandelanleihen

[illegible]

## Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

| | 27. 4. | 26. 4. |
|---|---|---|
| 3½ Sanyo Elec. 78 | 160,5T | 159T |
| 3¾ Saiyu Stores 78 | 85 | 85 |
| 5¼ Sekisui 78 | 160G | 160G |
| 3½ Stanley 78 | 98G | 99G |
| 6 Taiyo Yuden Co. 82 | 111,25 | 111,5T |
| 5 Texaco Int. 65 | 96 | 95,9 |
| 3½ Tok. Elec. 78 | 270G | 260G |
| 4¼ Tok. Sanyo 77 | 258T | 258T |
| 4 Tokyu Land 79 | 102G | 102G |
| 3½ Trio Kenw. 78 | 95,5T | 95,25T |
| 6½ Uny Ltd. 79 | 118,5G | 116,5 |

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)

B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

## Ausländische Aktien

[illegible]

| | | 27. 4. | 26. 4. |
|---|---|---|---|
| F | Kawasaki Kisen | 1,6T | 1,56 |
| F | Kawasaki Steel | 1,65T | 1,65 |
| M | Kloof Gold Min. | 127,3 | 135,8 |
| F | Komatsu | 5,45 | 5,35bG |
| D | KLM | 131 | 130G |
| F | Kubota | 3,4G | 3,6 |
| D | Lafarge | – | – |
| D | Litton Ind. | 155G | 150 |
| F | Lone Star | 80G | 80G |
| D | LTV | 38,7 | 38,5 |
| M | M.I.M. Hold. | 19,9 | 20,2 |
| F | Magneti Marelli | – | – |
| D | Marubeni | 3,3G | 3,25 |

| | | 27. 4. | 26. 4. |
|---|---|---|---|
| F | United Techn. | 184,5 | 187 |
| F | US Steel | 59 | 58 |
| M | Vaal Reefs Expl. | 283,5 | 284,9 |
| D | Vmf-Stork | 62,5 | 61,2 |
| D | Volvo A | 148T | 148G |
| D | dgl. Nam B | 148T | 148T |
| F | Warner Commun. | 71,9 | 69 |
| F | Warner Lambert | 80 | 83 |
| F | Wells Fargo | 82 | 79,5 |
| M | Western Deep L. | 151,7 | 152,5G |
| M | Western Mining | 10,35 | 10,35G |
| F | West.-Utrecht H. | 111 | 111 |
| D | Xerox Corp. | 112 | 109 |




















# Warenpreise – Termine

## Fester schlossen die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Dienstag an der New Yorker Comex. Schwächer gingen Kaffee und Kakao aus dem Markt.

### Getreide und Getreideprodukte

| | 26. 4. | 25. 4. |
|---|---|---|
| **Weizen Chicago (c/bush)** | | |
| Mai | 349,50 | 347,00 |
| Juli | 362,00 | 359,25 |
| Sept. | 372,50 | 369,50 |
| **Weizen Winnipeg (can. $/t)** | | |
| Wheat Board cif. | 26. 4. | 25. 4. |
| St. Lawrence 1 CW | 213,73 | 213,23 |
| Amber Durum | 240,36 | 242,21 |
| **Roggen Winnipeg (can. $/t)** | | |
| Mai | 121,50 | 123,20 |
| Juli | 125,10 | 127,10 |
| Sept. | 130,00 | 132,00 |
| **Hafer Winnipeg (can. $/t)** | | |
| Mai | 95,80 | 98,30 |
| Juli | 94,70 | 95,00 |
| Sept. | – | – |
| **Hafer Chicago (c/bush)** | 26. 4. | 25. 4. |
| Mai | 158,50 | 157,75 |
| Juli | 164,00 | 162,50 |
| Sept. | 168,50 | 166,75 |
| **Mais Chicago (c/bush)** | | |
| Mai | 313,75 | 312,25 |
| Juli | 318,50 | 317,00 |
| Sept. | 310,50 | 308,75 |
| **Gerste Winnipeg (can. $/t)** | 26. 4. | 25. 4. |
| Mai | 106,50 | 108,00 |
| Juli | 105,90 | 106,10 |
| Sept. | 106,90 | 107,00 |
| **Reis, roh, New Orleans ($/cwt)** | 26. 4. | 25. 4. |
| Mai | 10,15 | 10,20 |
| Juli | 10,40 | 10,43 |
| Sept. | 10,38 | 10,40 |
| Nov. | 10,48 | 10,53 |
| **Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)** | | |
| Mai | 18,75 | 18,75 |
| Sept. | 19,15 | 19,15 |

### Genußmittel

| | 26. 4. | 25. 4. |
|---|---|---|
| **Kaffee** | | |
| New York (c/lb) | 26. 4 | 25. 4. |
| Terminkontr. Mai | 124,50 | 128,25 |
| Juli | 125,30 | 126,65 |
| Sept. | 123,30 | 123,90 |
| **Kakao** | | |
| New York ($/t) | | |
| Terminkontr. Mai | 1875 | 1880 |
| Juli | 1897 | 1913 |
| Sept. | 1910 | 1922 |
| Umsatz | 3750 | 4000 |
| **Zucker** | | |
| New York (c/lb) | | |
| Kontrakt Nr. 11 Mai | 7,97 | 7,85 |
| Juli | 8,21 | 8,15 |
| Sept. | 8,55 | 8,54 |
| Okt. | 8,81 | 8,76 |
| Jan. | 9,25 | 9,25 |
| Umsatz | 14 342 | 26 550 |
| Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb) | 26. 4. | 25. 4. |
| | 7,30 | 6,78 |
| **Kaffee** | | |
| London (£/t) Robusta- | 26. 4. | 25. 4. |
| Mai | 1844–1846 | 1840–1842 |
| Juli | 1666–1667 | 1665–1668 |
| Sept. | 1572–1574 | 1591–1592 |
| Umsatz | 2545 | 3984 |
| **Kakao** | | |
| London (£/t) | | |
| Terminkontrakt Mai | 1285–1287 | 1285–1286 |
| Juli | 1305–1306 | 1305–1306 |
| Sept. | 1312–1314 | 1315–1317 |
| Umsatz | 5022 | 4742 |
| **Zucker** | | |
| London (£/t) | | |
| Rohzucker Mai | 126,30–126,35 | 128,05–128,10 |
| Aug. | 134,95–135,00 | 136,40–136,50 |
| Okt. | 141,60–141,75 | 143,50–143,70 |
| Dez. | 147,00–147,35 | 148,75–149,40 |
| März | 155,25–155,75 | 157,50–157,55 |
| Mai | 159,50–160,25 | 161,00–162,00 |
| Umsatz | 4851 | 6305 |

| | 26. 4. | 25. 4. |
|---|---|---|
| **Pfeffer** | | |
| Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg) | 26. 4. | 25. 4. |
| schw. Sarawak spez. | 250,00 | 250,00 |
| weißer Sarawak | 345,00 | 345,00 |
| weißer Muntok | 350,00 | 350,00 |
| **Orangensaft** | | |
| New York (c/lb) | 26. 4. | 25. 4. |
| Mai | 113,60 | 113,65 |
| Juli | 113,25 | 112,70 |
| Sept. | 111,65 | 111,30 |
| Nov. | 107,75 | 107,50 |
| Jan. | 102,30 | 101,85 |
| Umsatz | 350 | 400 |

### Öle, Fette, Tierprodukte

| | 26. 4. | 25. 4. |
|---|---|---|
| **Erdnußöl** | | |
| New York (c/lb) | 26. 4. | 25. 4. |
| Südstaaten fob Werk | 26,00 | 26,00 |
| **Maisöl** | | |
| New York (c/lb) | | |
| US-Mittelweststaaten fob Werk | 21,50 | 21,50 |
| **Sojaöl** | | |
| Chicago (c/lb) Mai | 19,38 | 19,20 |
| Juli | 19,78 | 19,59 |
| Aug. | 19,97 | 19,79 |
| Sept. | 20,17 | 19,98 |
| Okt. | 20,32 | 20,18 |
| Dez. | 20,70 | 20,58 |
| Jan. | 20,90 | 20,70 |
| **Baumwollsaatöl** | | |
| New York (c/lb) | | |
| Mississippi-Tal | 22,50 | 22,50 |
| **Schmalz** | | |
| Chicago (c/lb) | | |
| loco lose | 17,50 | 17,50 |
| Choise white hog 4% fr. F. | 17,125 | 17,375 |
| **Talg** | | |
| New York (c/lb) | | |
| top white | 16,25 | 16,25 |
| fancy | 15,75 | 16,75 |
| bleichfähig | 15,50 | 15,50 |
| yellow max. 10% fr. F. | 13,75 | 13,75 |
| **Schweine** | | |
| Chicago (c/lb) | | |
| April | 50,45 | 50,50 |
| Mai | 50,50 | 50,70 |
| Juli | 48,05 | 48,15 |
| **Schweinebäuche** | | |
| Chicago (c/lb) | | |
| Mai | 69,15 | 70,20 |
| Juli | 67,90 | 68,60 |
| Aug. | 64,35 | 65,50 |

| | 26. 4. | 25. 4. |
|---|---|---|
| **Häute** | | |
| Chicago (c/lb) | 26. 4. | 25. 4. |
| Ochsen einh. schwere River Northern | 46,50 | 46,50 |
| Kühe einh. schwere River Northern | 44,00 | 42,00 |
| **Sojabohnen** | | |
| Chicago (c/bush) | | |
| Mai | 644,25 | 642,00 |
| Juli | 661,50 | 659,00 |
| Aug. | 667,00 | 665,50 |
| Sept. | 673,25 | 672,00 |
| Nov. | 686,00 | 683,75 |
| Jan. | 698,00 | 696,50 |
| März | 711,00 | 709,50 |
| **Sojaschrot** | | |
| Chicago ($/sht) | | |
| Mai | 191,50 | 191,00 |
| Juli | 193,90 | 193,30 |
| Aug. | 195,50 | 195,20 |
| Sept. | 197,50 | 197,30 |
| Okt. | 199,20 | 199,30 |
| Dez. | 204,20 | 204,00 |
| Jan. | 204,20 | 206,00 |
| **Leinsaat** | | |
| Winnip. (can. $/t) | 26. 4. | 25. 4. |
| Mai | 288,60 | 289,10 |
| Juli | 294,60 | 294,30 |
| Okt. | 304,40 | 304,20 |
| **Kokosöl** | | |
| New York (c/lb) | 26. 4. | 25. 4. |
| Westküste fob Werk | 26,50 | 26,00 |
| **Erdnußöl** | | |
| Rotterdam ($/t) | 27. 4. | 26. 4. |
| jegl. Herk. cif | 505,00 | 510,00 |
| **Leinöl** | | |
| Rotterdam ($/t) | | |
| jegl. Herk. ex Tank | 400,00 | 405,00 |
| **Palmöl** | | |
| Rotterdam ($/lgt) | | |
| Sumatra cif | 427,50 | 425,00 |
| **Sojaöl** | | |
| Rotterd. (hfl/100 kg) | | |
| roh Niederl. fob Werk | 121,50 | 121,00 |
| **Kopra** | | |
| Rotterdam ($/t) | | |
| Phil./Indon. cif | – | – |
| **Kokosöl** | | |
| Rotterdam ($/lgt) | | |
| Philippinen cif | 597,50 | 602,50 |
| **Leinsaat** | | |
| Rotterdam ($/t) | | |
| Kanada Nr. 1 cif Rotterdam | 248,50 | 250,50 |

### Wolle, Fasern, Kautschuk

| | 26. 4. | 25. 4. |
|---|---|---|
| **Baumwolle** | | |
| New York (c/lb) | 26. 4. | 25. 4. |
| Kontrakt Nr. 2: | | |
| Mai | 70,70 | 70,55 |
| Juli | 71,10 | 70,70 |
| Okt. | 71,70 | 72,00 |
| Dez. | 71,80 | 71,85 |
| Jan. | 73,20 | 73,10 |
| Mai | 73,60 | 73,70 |
| **Kautschuk New York** (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1: | 58,625 | 58,625 |
| **Wolle** | | |
| Lond. (Neusl. c/kg) | | |
| Kreuzz. Nr. 2: | 26. 4. | 25. 4. |
| Mai | 428–437 | 426,00 |
| Aug. | 445–450 | 446–447 |
| Okt. | 447–450 | 446–449 |
| Umsatz | 77 | 5 |
| **Wolle** | | |
| Roubaix (F/kg) | | |
| Kammzüge: | 26. 4. | 25. 4. |
| Mai | 43,40 | 43,40 |
| Juli | 43,75 | 43,75 |
| Okt. | 44,40 | 44,50 |
| Dez. | 45,00 | 45,10 |
| Umsatz | 11250 | 0 |
| Tendenz: ruhig | | |
| **Wolle Sydney** | | |
| (austr. c/kg) | | |
| Merino-Schweißwolle | | |
| Standardtype | 26. 4. | 25. 4. |
| Mai | 566,5–570,0 | 568,0–570,0 |
| Juli | 590,0–593,0 | 592,0–594,0 |
| Okt. | 580,0 | 577,0–577,5 |
| Umsatz | 78 | 113 |
| **Sisal London ($/t)** | | |
| cif eur. Haupthäfen | 26. 4. | 25. 4. |
| East African 3 long | 670,00 | 670,00 |
| undergraded: | 640,00 | 640,00 |
| Brazilian Type 2 | – | – |
| Brazilian Type 3 | – | – |
| **Seide Yokoh. (Y/kg)** | | |
| AAA, ab Lager | 26. 4. | 25. 4. |
| Mai | 14 029 | 14 026 |
| Juni | 14 110 | 14 119 |
| **Kautschuk** | | |
| London (p/kg) | 26. 4. | 25. 4. |
| Nr. 1 RSS loco | – | 74,00–75,25 |
| Juni | 73,50–74,00 | 74,30–75,00 |
| Juli | 73,70–74,00 | 75,00–75,50 |
| Juli/Sept. | 73,90–74,00 | 75,30–75,50 |
| Tendenz: – | | |

| | 26. 4. | 25. 4. |
|---|---|---|
| **Kautschuk** | | |
| Malaysia (mal. c/kg) | 26. 4. | 25. 4. |
| Nr. 1 RSS loco: | 255,50–256,50 | 262,50–263,50 |
| Mai | 255,50–256,50 | 262,50–263,50 |
| Juni | 254,00–255,00 | 260,50–261,50 |
| Nr. 2 RSS Mai | 240,50–241,50 | 246,00–247,00 |
| Nr. 3 RSS Mai | 237,00–238,00 | 242,50–243,50 |
| Nr. 4 RSS Mai | 230,00–231,00 | 235,50–236,50 |
| Tendenz: leichter | | |
| **Jute London (£/lgt)** | 26. 4. | 25. 4. |
| BWC | 414,00 | 414,00 |
| BWD | 350,00 | 350,00 |
| BTC | 390,00 | 390,00 |
| BTD | 350,00 | 350,00 |

### Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–), BTC – (–); BTD – (–).

### Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

| | 27. 4. | 26. 4. |
|---|---|---|
| **Blei:** Basis London | | |
| laufend. Monat | 114,15–114,35 | 113,81–114,20 |
| drittfolg. Monat | 118,20–118,39 | 118,05–118,25 |
| **Zink:** Basis London | | |
| laufend. Monat | 179,41–178,80 | 177,85–178,04 |
| drittfolg. Monat | 185,19–185,38 | 183,26–183,45 |
| Produz.-Preis | 184,25 | 184,10 |
| **Reinzinn** 99,9% | 3688–3704 | 3681–3717 |

### NE-Metalle

| (DM je 100 kg) | 27. 4. | 26. 4. |
|---|---|---|
| **Elektrolytkupfer** | | |
| für Leitzwecke (DEL-Notiz)*) | 434,57–436,98 | 429,40–431,71 |
| Blei in Kabeln | 121,75–122,75 | 121,50–122,50 |
| **Aluminium** | | |
| für Leitzwecke (VAW) | | |
| Rundbarren | 370–372 | 370–372 |
| Vorziehdraht | 387 | 387 |

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbezieher.

### Messingnotierungen

| | 27. 4. | 26. 4. |
|---|---|---|
| MS 58, 1. Verarbeitungsstufe | 356–365 | 353–359 |
| MS 58, 2. Verarbeitungsstufe | 395–396 | 392–393 |
| MS 63 | 401–404 | 397–400 |

### Zinn-Preis Penang

| | 26. 4. | 25. 4. |
|---|---|---|
| Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg) | 31,53 | 31,53 |

### Deutsche Alu-Gußlegierungen

| (DM je 100 kg) | 27. 4. | 26. 4. |
|---|---|---|
| Leg. 225 | 306–308 | 305–308 |
| Leg. 226 | 309–310 | 308–310 |
| Leg. 231 | 340–346 | 340–346 |
| Leg. 233 | 351–356 | 351–356 |

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

### Edelmetalle

| | 27. 4. | 26. 4. |
|---|---|---|
| Platin (DM je g) | 35,05 | 35,05 |
| **Gold** (DM je kg Feingold) | | |
| Banken-Vkfpr. | 34 900 | 34 700 |
| Rücknahmepr. | 34 100 | 33 900 |
| **Gold** (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) | | |
| Degussa-Vkfpr. | 34 810 | 34 700 |
| Rücknahmepr. | 33 770 | 33 660 |
| verarbeitet | 36 540 | 36 420 |
| **Gold** (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg) | 34 630 | 34 450 |
| **Silber** (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) | | |
| Degussa-Vkfpr. | 986,90 | 977,10 |
| Rücknahmepr. | 952,40 | 942,90 |
| Verarbeitet | 1030,60 | 1020,40 |

### Internationale Edelmetalle

| | 27. 4. | 26. 4. |
|---|---|---|
| **Gold** (US-$/Feinunze) | | |
| London | 27. 4. | 26. 4. |
| 10.30 | 436,50 | 435,25 |
| 15.00 | 434,25 | 435,50 |
| Zürich mittags | 436,75–437,75 | 435,50–436,25 |
| Paris (F/1-kg-Barren) mittags | 103 250 | 103 300 |
| **Silber** (p/Feinunze) | | |
| London Kasse | 784,85 | 776,70 |
| 3 Monate | 803,75 | 795,55 |
| 6 Monate | 822,30 | 814,80 |
| 12 Monate | 860,20 | 852,80 |
| **Platin** (£-Feinunze) | | |
| London | 26. 4. | 25. 4. |
| fr. Markt | 267,15 | 271,90 |
| **Palladium** (£-Feinunze) | | |
| London f. Händlerpr. | 79,60 | 81,45 |

| **New Yorker Preise** | 26. 4. | 25. 4. |
|---|---|---|
| Gold H & H Ankauf | 435,50 | 441,50 |
| Silber H & H Ankauf | 1221,50 | 1230,00 |
| Platin fr. Händlerpr. | 413,00–415,00 | 415,00 |
| Produz.-Preis | 475,00 | 475,00 |
| Palladium fr. Händlerpr. | 126,00–128,00 | 125,00–130,00 |
| Produz.-Preis | 140,00 | 140,00 |
| **Silber** (c/Feinunze) | | |
| April | 1231,00 | [illegible] |
| Mai | 1230,00 | [illegible] |
| Juni | 1247,00 | [illegible] |
| Juli | 1251,00 | [illegible] |
| Sept. | 1272,00 | [illegible] |
| Dez. | 1301,00 | [illegible] |
| Jan. | 1313,00 | [illegible] |
| Umsatz | 25 000 | [illegible] |

### New Yorker Metallbörse

| Kupfer (c/lb) | 26. 4. | 25. 4. |
|---|---|---|
| April | 77,85 | 77,25 |
| Mai | 77,90 | 77,35 |
| Juni | 78,40 | 78,35 |
| Juli | 80,50 | [illegible] |
| Sept. | 79,50 | [illegible] |
| Dez. | 80,58 | [illegible] |
| Jan. | 82,70 | [illegible] |
| Umsatz | 14 000 | 14 000 |

### Londoner Metallbörse

| | 27. 4. | 26. 4. |
|---|---|---|
| **Aluminium** (£/t) | | |
| Kasse | 890,50–891,00 | 873,00–874,00 |
| 3 Monate | 907,00–907,50 | [illegible] |
| **Blei** (£/t) Kasse | 296,50–297,00 | [illegible]–295,50 |
| 3 Monate | 307,00–307,50 | 306,00–306,50 |
| **Kupfer** | | |
| Higher grade (£/t) | | |
| mittags Kasse | 1116,0–1117,0 | 1100,5–1101,0 |
| 3 Monate | 1144,5–1145,0 | 1128,5–1129,0 |
| abends Kasse | – | 1102,0–1103,0 |
| 3 Monate | – | 1130,5–1131,0 |
| (Kupfer-Standard) | | |
| Kasse | 1091,0–1092,0 | 1080,0–1082,0 |
| 3 Monate | 1117,0–1118,0 | 1108,0–1110,0 |
| **Zink** (£/t) Kasse | 466,0–467,0 | 462,5–463,5 |
| 3 Monate | 481,0–481,5 | 477,50–477,75 |
| **Zinn** (£/t) Kasse | 8850–8855 | [illegible] |
| 3 Monate | 8790–8795 | [illegible] |
| **Quecksilber** ($/Fl.) | – | 315–330 |
| **Wolfram-Erz** ($/T-Einh.) | – | [illegible] |

FINANZANZEIGEN

## *Skylla und Charybdis*

P. D. – „Wir durchfuhren nun voll Angst und Klagen die Enge./ Linksher drohte Skylla, rechts schlang die wilde Charybdis/ Fürchterlich gurgelnd das salzige Wasser des Meeres hinunter." Odysseus, der Listenreiche, wußte – wie Homer berichtet – trotzdem den beiden Meerungeheuern zu entrinnen. Ihnen den Garaus machen konnte er freilich nicht. Das gelang erst jetzt zwei Wissenschaftlern mit Hilfe eines ozeanographischen Satelliten und eines italienischen Forschungsschiffes.

Die beiden hatten Vorläufer. Aristoteles wollte schon vor 2300 Jahren Homers Geschichte nicht recht glauben. Er war der Ansicht, daß „Löcher im Meeresboden", verbunden mit ungünstigen Winden, für die gefährlichen Strudel in der Straße von Messina verantwortlich seien. Beweisen konnte er es nicht. Der Hamburger Wissenschaftler Werner Alpers und sein italienischer Kollege Ettore Salusti sind da heute besser dran. Sie werteten gemeinsam die Daten aus, die ihnen der Satellit und das Schiff über die Strömungsverhältnisse in der Meerenge lieferten. Dabei ergab sich, daß während des Gezeitenwechsels dort tatsächlich recht widerliche Wasserverhältnisse entstehen können.

Das Ionische Meer ist nämlich etwas salzhaltiger als das Tyrrhenische. Infolgedessen entsteht in Süd-Nord-Richtung eine starke Unterströmung und zugleich eine Gegenströmung an der Oberfläche. Beim Gezeitenwechsel bildet sich, wenn das schwerere Wasser des Ionischen Meeres auf das langsamer zurückweichende Wasser des Tyrrhenischen stößt, ein Strudel. Alpers und Salusti orteten ihn am nördlichen Ausgang der Meerstraße unweit des sizilianischen Ganzirri, wo das Wasser an einer schmalen Halbinsel vorbeischießt. Die Gefahr ist also glücklich erkannt. Die Ungeheuer sind gebannt. Die Wissenschaft kann stolz sein.

Nur die Literaturfreunde bleiben ein wenig bedeppert zurück. Müssen sie doch jetzt bangen, daß ihnen demnächst irgendwelche Satellitengläubigen auch noch das Gruseln an Edgar Allan Poes „Maelström" austreiben.

Drei neue Beckett-Inventionen in Berlin

## Ins Schweigen gehüllt

Beckett, das ist ja das eigentliche Wunder seiner Jahrhunderterscheinung, hat, was er zu sagen hatte, gleich mit seinen ersten Stücken schon definitiv formuliert, der Klassiker des „Endspiels". Seine Botschaft ist so aufregend, ist so grunderstaunlich, ist so schreckenerregend und zu gleicher Zeit so banal und natürlich, daß er nicht enden kann, sie immer wieder szenisch neu und frappierend zu formulieren.

Die drei Mini-Stücke über sein Generalthema lauten: „Ein Stück Monolog", das zweite: „Rockaby", das dritte (dem in Haft befindlichen tschechischen Dramatiker, Vaclac Havel, brüderlich gewidmet) ist sozusagen eine Theaterhumoreske über Becketts Theater selber. Titel: „Katastrophe." In der Werkstatt des Berliner Schillertheaters hocken neugierig, fromm und mucksmäuschenstill wieder die Beckett-Fans. Die beiden ersten Miniaturen sind deutsche Erstaufführungen, in den beiden letzten Jahren geschrieben. Was sieht man?

Im ersten, ganz bewegungslosen Spiel steht ein kahler Mann auf der schwarzen Bühne. Neben ihm baumelt eine trübe Lampe. Er spricht lange nicht. Dann holt er, immer wieder wie von den eigenen Erinnerungen bedroht, langsam Lebensfetzen hervor. „Geburt war ihm Tod, gräßlich grinsend seitdem." Die Erkenntnis ist nicht neu. Sie wirkt banal. Tod beginnt, genaugenommen, immer mit der Geburt. Der Mann gräbt, bewegungslos, Fetzen früherer Erfahrungen hervor: Wie er Feuer machte. Wie eine Lampe brannte und verlosch. Wie da Nacht war, wie völlige Stille. Am Ende geht die Lampe wirklich aus. Der Mann ist in Dunkel gehüllt. Schweigen nach 20 Minuten.

Das zweite Spielstück der Unbehaglichkeit: Eine alte Frau sitzt im Schaukelstuhl. Darin wippt sie fast unmerkbar. In dem Stuhl saß schon ihre Großmutter. Die memoriert Erfahrungsfetzen wiederholsam mit immer den gleichen elegischen Worten. Sie bricht plötzlich ab. Das Licht wird kleiner. Sich nicht mehr erinnern könnend, ist sie gestorben. Sie ist tot. Der Wippstuhl steht still. Wieder sind 20 Minuten einer tief traurigen Ereignislosigkeit vergangen.

Pause. Dann ein kleines Stück zu dritt, ein auf Beckettart eingetrübter Sketch. Drei Personen proben auf einer angedeuteten Bühne. Ein Schauspieler steht, ständig stumm und bewegungslos, auf einem Podest. Vor ihm der pompöse Regisseur in Pelz und Pelzhut. Der scheucht seine arme Assistentin herrisch und mit schwachsinniger Akribie; sie soll dem Schauspieler den Hut abnehmen, sie tut es; sie soll ihn des langen Mantels entkleiden; sie tut's. Sie soll seine Handhaltung korrigieren. Auch das geschieht. Der diktatorische „Regisseur" ist zufrieden. Er hat, wie er so sinnlos und komisch befahl, die „Katastrophe" inszeniert. Das Licht löscht mit einem idiotischen Knalleffekt. Das Spiel ist aus.

Da hatte man (hörte man genauer hin) Beckett (o Wunder!) lachen hören. Es war, als hätte Beckett sich selber minuziös auf den Arm genommen. In dem frommen Publikum schien das kaum einer zu merken oder gar zu wagen, es zu genießen. Daß Beckett (sozusagen seitenverkehrt zu seiner trüben Botschaft) immer auch einer der lustigsten und tiefsinnigsten Humoristen der europäischen Gegenwartsliteratur sei, hat sich immer noch nicht genügend herumgesprochen. Schade.

Dieter Laser, Antje Weissgerber und Klaus Mikoleit hatten gespielt. Klaus Engeroff führte Regie. Der Meister hatte dreimal gesprochen. Leiser Beifall.

FRIEDRICH LUFT

Bonn: Beethovenfest

## Gescheitert an der Appassionata



Hat virtuoses Stehvermögen bewiesen: Jorge Bolet
FOTO: CHRISTA KUJATH

Manchmal muß man statt A gleich B sagen. Weil sich der 80jährige Claudio Arrau von einem Tag auf den anderen dem Bonner Beethovenfest versagte, begann der Frühjahrszyklus mit einem Tag Verspätung und ersatzweise mit Jorge Bolet am Flügel. Der auch schon 70 Jahre alte Amerikaner kubanischer Herkunft braucht sich dennoch nicht für einen Ersatzmann zu halten: Die zweite Runde der Beethovenfeier eröffnet er im September ganz regulär, auch wenn dieser erste Abend bestehende Zweifel bestärken mochte, ob denn Bolet für Beethoven wirklich der richtige Mann ist.

Es begann also in der Beethovenhalle mit B wie Bolet, nicht wie Beethoven. Dieser war mit einer schüchternen Appassionata in einem Programm mit Brahms und vor allem Liszt versteckt. Natürlich, solche Konfrontation des Genius mit seinen und unseren Zeitgenossen und manchem dazwischen ist im Kammermusikzyklus programmiert, aber auch noch im September-Programm, doch ganz so entlarvend dürften sich die Veranstalter den Auftakt wohl doch nicht vorgestellt haben: Vermutlich zum ersten Mal ist solche Jubelfeier für Bonns großen Sohn mit Lisztschem Rhapsodie-Geklingel eingeläutet worden.

Die Appassionata war nun wirklich nicht die Sache unseres Mannes aus Havana. Selten wird einem diese wohl so am Titel vorbeigespielt, und erst im Schlußpresto scheint sich Bolet wieder auf den besonnen zu haben, dann aber plötzlich mit einem rabiaten Furor, den man bis dahin vermissen mußte. Bis dahin hatte er die f-Moll-Sonate eher zu monumental, zu statisch, ja zu ungerührt gespielt und die Variationenstrukturen im Andante wohl auch undeutlich.

Seine künstlerische Vita weist Bolet nun auch als Virtuosen vergleichsweise reinen Geblüts aus. Schallplatteneinspielungen mit Brahms' Händel-Variationen oder Prokofieff existieren, vor allem aber auch mit Liszts Opern-Paraphrasen: Daran ist nichts Ehrenrühriges, auch von Arrau gibt es die, aber der hätte in Bonn sicher die Appassionata größer gespielt, vehementer, mitreißender. So, wie man sie von ihm oft gehört hat.

Brahms' Händel-Variationen zu Anfang, Liszts h-Moll-Sonate und 12. Ungarische Rhapsodie am Ende und dann noch Chopin-Zugaben, darunter die große a-Moll-Etüde op. 25,11: Bolet bewies an allem virtuoses Stehvermögen, blätterte hier durchaus zuständig Brahms' Klavierkompendium auf und mobilisierte dort Lisztsche Zymbal-Effekte.

Aber etwas anderes fiel auch auf: Die h-Moll-Sonate verlangt natürlich das Äußerste an Virtuosität in ihren rasenden Oktavgängen, aber ist doch kein Virtuosenstück. Wenn sich da nicht die Genialität der Hände in geistiges Feuer umsetzen läßt, dann fehlt etwas, was Bolets etwas trockene Virtuosität nicht liefert. Mit Arrau ist dem Kammermusikzyklus der Star abhanden gekommen. Für sein zweites Konzert hat man zwar mit Gelber ebenfalls pianistische Extraklasse noch rasch auftun können, aber die Hommage à Arrau, die dieses Frühjahrsfest auch sein sollte, fällt aus.

Das andere aber, die thematische Gegenüberstellung von Wiener Klassik und der Wiener Schule der Schönberg, Webern, Berg, findet statt, bis zum 10. Mai und mit namhafter Beteiligung, wie NASH-Ensemble oder Alban-Berg-Quartett und allerhand Solisten. Unterm Strich, steht zu erwarten, wird was bleiben.

DIETER SCHÜREN

Juwelier des Zaren – New York dokumentiert das Werk von C. Fabergé

## Jedes Jahr ein Diamantenei

Für Tiffany und Cartier hatte er nichts als Verachtung übrig: „Kaufleute, aber keine Künstler" nannte er sie. Denn „teure Gegenstände", so erklärte er, „interessieren mich wenig, wenn ihr Wert nur in Diamanten und Perlen gemessen werden kann".

Der so sprach, konnte sich's leisten: Carl Fabergé, als Sohn eines hugenottischen Juweliers 1846 in St. Petersburg geboren, avancierte nach solider Ausbildung in Frankfurt und Gründung eigener Juwelierfirmen in Moskau, Kiew, Odessa und London zum bevorzugten Hoflieferanten der russischen Zaren und bald auch des englischen Königshauses. Zwar verwendete er ebenfalls reichlich Perlen und Diamanten, doch käme niemand auf die Idee, seine kunstvollen Kreationen aus Gold und Edelsteinen nur nach dem Wert ihrer Ingredienzien zu beurteilen. Denn was bei Fabergé vor allem besticht, sind die Phantasie der Objekte, der Charme ihrer Präsentation und ihre unglaubliche handwerkliche Finesse.

Kaum eins der heute noch existierenden Fabergé-Objekte dürfte aus des Meisters eigener Hand stammen – immerhin zählte sein Haus zu seinen Glanzzeiten an die 500 Angestellte. Doch übte der Meister strenge Warenkontrolle: Die Legende will's, daß er in seinem Schreibtisch einen Hammer aufbewahrte, mit dem er unbarmherzig jedes Stück zerschlug, das seinen hohen Ansprüchen nicht genügen konnte.

Nahezu 800 der zarten, feingearbeiteten Fabergé-Gegenstände sind nun, 63 Jahre nach dem Tode ihres Schöpfers, in 2 Ausstellungen in New York zu sehen. Das Cooper-Hewitt-Museum zeigt 213 Stücke, hauptsächlich aus der Sammlung der englischen Königin Elizabeth II., ergänzt durch seltene Einzelstücke aus anderen Sammlungen, u. a. der Herzoginnen von Devonshire und Westminster. Der traditionsreiche Laden „La Vieille Russie" auf der Fifth Avenue wartet mit einer Ergänzungsausstellung auf, die weitere 560 Fabergé-Objekte präsentiert. Zusammengenommen, bilden beide Ausstellungen die wohl größte Ansammlung von Fabergé Objets d'art, die je in der Öffentlichkeit zu sehen war.

Die Glanzstücke sind unbestritten die „kaiserlichen Ostereier", für die Fabergé zu Recht weltberühmt wurde. Jedes Jahr, beginnend um 1884, beschenkte Zar Alexander III. die Zarin Maria Feodorovna mit einem von Fabergé entworfenen, aufs zierlichste konstruierten und kostbarst mit Edelsteinen geschmückten Osterei. Sein Sohn, Nikolaus II., setzte die väterliche Tradition fort und beschenkte nicht nur die Zarin Alexandra, sondern auch seine Mutter mit dem jährlichen Fabergé-Angebinde – eine hübsche Geste, die erst mit der russischen Revolution ihr jähes Ende fand.

49 dieser insgesamt 57 geschätzten kaiserlichen Ostereier konnten gerettet werden, und 10 davon sind nun in New York zu bestaunen. Sie sind nicht nur Kleinodien der Juwelier-, sondern auch Wunder der Ingenieur-Kunst. Jedes der Eier birgt in seinem Inneren eine winzige „Überraschung". Da gibt es eine Miniaturkopie der Transsibirischen Eisenbahn, 1¼ cm hoch, aus Gold und Platin. Ein Ei in der Form eines Orangenbäumchens enthüllt, wenn eines der kleinen Früchte gepreßt wird, eine winzige Nachtigall, die mit den Flügeln schlägt und in schmetternden Gesang ausbricht. Ein auf Gold emaillierter Pfau kann herumstolzieren, seinen Kopf bewegen und sogar ein Rad schlagen. Dies mechanische Wunderwerk soll einen Fabergé-Angestellten angeblich 3 Jahre Arbeit gekostet haben.

Neben sehr ornamentalen, oft überreichlich geschmückten Objekten finden sich solche von größter Einfachheit und Noblesse, in ihrer Simplizität der Form und des Ornaments dem Jugenstil ähnlicher als dem sonst von Fabergé gern verwendeten Louis-XVI.-Stil. Dazu gehört die inzwischen berühmte blau emaillierte goldene Zigarettendose Edwards VII., verziert mit einem kunstvoll gewundenen Schlangenleib aus Rosen-Diamanten. Der König hatte sie von seiner langjährigen Favoritin und Mätresse, Mrs. Keppel, erhalten. Nach seinem Tod hatte die Witwe, Königin Alexandra, die Größe aufgebracht, die Dose der Mrs. Keppel als Andenken wiederzuschenken. Daß die kostbare Dose heute dennoch zu den königlichen Schätzen gehört, ist wiederum der Großzügigkeit Mrs. Keppels zu verdanken, die sie später Queen Mary für deren Fabergé-Sammlung verehrte.

Fabergé stellte jedoch nicht nur immens teure, juwelenübersäte Objekte her. Das verraten die „bibelots" in beiden New Yorker Ausstellungen: Da gibt es feinstgearbeitete Klingelknöpfe, Brieföffner und -beschwerer, Duftflakons, Geschenkkästchen, Bilderrahmen, Siegel und Tier-Miniaturen, die vom Häuslich-Vertrauten zum Exotischen reichen. Auf strammen Beinen steht eine Calcedon-Miniatur des Lieblingsterriers der englischen Königin Alexandra. „Ich gehör' dem König", verkündigt die winzige Aufschrift auf seinem goldenen Halsband. Eine Miniatur-Maus aus graublauem Clacedon mit Platin-Barthaaren knabbert an goldenen Strohhalmen. Für Exotika sorgen die Repliken eines Ameisenbärs und eines Geiers, die so gar nicht in diese sonst so liebenswürdige Menagerie – übrigens eine Nachbildung derjenigen in Queen Alexandras Schloß Sandringham – passen wollen.

Bei aller Bewunderung für Fabergés Einfallsreichtum und die handwerkliche Perfektion seiner Objekte wird doch gelegentlich Kritik an dem Meister laut. Er sei ein nostalgischer Künstler gewesen, wirft man ihm vor, einer, der ebenso wie seine illustre Kundschaft – lieber nach rückwärts als nach vorwärts geblickt habe. In einer Zeit, da die Wiener Werkstätte schon an den Formen der Moderne bastelte, habe Fabergé sich an der Ästhetik einer vergangenen, prärevolutionären Zeit orientiert. Aber ist das überhaupt ein Argument? Kunstgegenstände sind schließlich mehr als nur Belegstücke für sozialgeschichtliche Entwicklungen. Außerdem wüßten wir ohne Fabergé sehr viel weniger über das Lebensgefühl jener üppigen, lebensfrohen Belle Epoque, in der Könige und Zaren einander und ihre Favoriten mit kostbaren und herrlich überflüssigen Objets d'art beschenkten, die in Form und Material ein Zeitalter widerspiegeln, das wenige Jahre später, zusammen mit Fabergés Werkstätten, für immer verschwinden sollte. (Cooper-Hewitt Museum: bis 10. Juli; La Vieille Russie: bis 20. Mai, Katalog 11,95 Dollar).

VERA GRAAF



Geschenk für den Zarewitsch: Allegorische Säule aus Gold, Silber und rosa Diamanten von Carl Fabergé (um 1900)



Aus dem Besitz der englischen Königin: „Schlafmaus" mit Saphiren (1904). Beide Objekte aus der Ausstellung des Cooper Hewitt Museums
FOTOS: KATALOG

Deutschsprachige Verlage sind reich vertreten – Die 11. Internationale Buchmesse von Jerusalem

## Rotes Licht für eine arabische Enzyklopädie

Zwar ist es noch zu früh, Angaben über die Abschlüsse (Buch-Umsatz, Lizenzverträge und Übersetzungsrechte) auf der Jerusalemer Buchmesse zu machen. Aber erste Konturen zeichnen sich doch schon ab: Die israelische Vertriebsagentur Bronfman vertreibt in Israel seit über 15 Jahren deutsche Taschenbücher und Illustrierte. Wenn er früher pro Woche 8000 Exemplare einer Illustrierten und von einem Buchtitel 200 Exemplare verkaufte, so sind es heute nur noch 700 Illustrierte und 50 Buchtitel im gleichen Zeitraum. Der Grund: zu hohe Preise, Mehrwertsteuer, inflationärer Wechselkurs. Aber der Direktor tröstet sich: Die Messe biete unseren Kunden – vor allem den Buchhändlern – eine gute Gelegenheit, die Bücher, die sie sonst wie eine Katze im Sack bestellen müssen, endlich auch einmal zu Gesicht zu bekommen.

Was die deutschen Aussteller betrifft: In ihren Ständen werden neben den Neuauflagen und Bestsellern quer durch das Bücherangebot z. B. auch deutschsprachige Ausgaben israelischer Autoren ausgestellt (darunter auch Lea Fleischmanns neues Werk: „Ich bin eine Israelin"). Der Bleicher Verlag aus Gerlingen/Stuttgart bietet ein breites Spektrum der von ihm verlegten Werke der deutschsprachigen Schriftsteller in Israel. Bleicher konnte den Autoren Meir Färber und Ari Efrat ihr frisch aus der Druckerei gekommenes Werk überreichen: „Brennende Eifersucht – 20 Erzählungen" (Färber) und „Nachbarn im Negev" (Efrat), zu dem der vor zwei Jahren ermordete arabische Knesset-Abgeordnete Scheich Hamad Abu-Rabie noch ein Vorwort schreiben konnte.

Bei einer Begegnung Bleichers mit Mitgliedern des Verbandes deutschsprachiger Schriftsteller in Israel erklärte der Schriftsteller und Publizist Shalom Benchorin zur Situation der Verbandsmitglieder: „Wir sind eine Gruppe sui generis: heimgekehrt in unser Land, ist es uns doch nicht gelungen, in die hebräische Sprache so einzudringen, daß wir darin schöpferisch werden können. Aus einem Lande kann man auswandern, aus einer Sprache nicht. Das bleibt unser Schicksal als Generation des Übergangs." Und er zitierte Max Brod: „Meine Beziehungen zum Hebräischen sind wie die zu meiner Frau: Ich liebe sie, aber ich verstehe sie nicht."

Von den Titeln des deutschen Büchermarktes finden besondere Beachtung der erste von sieben Bänden „Briefe und Autobiographische Notizen 1866–1895" von Theodor Herzl, dem Begründer des modernen Zionismus (5 Bände mit bisher weitgehend unveröffentlichten Briefen und zwei Tagebüchern – Ullstein Verlag). Die Buchreihe wird von einem Team deutsch-israelischer Gelehrter unter Federführung von Prof. Dr. Alex Bein (Jerusalem) herausgegeben, der international als der Herzl-Experte gilt. Ullstein verhandelt gegenwärtig mit dem israelischen Schriftsteller Aaron Appelfeld (diesjähriger Preisträger des Israelpreises für Literatur) über die Übersetzungsrechte für seinen dritten Roman „Tzili". Den ersten Roman „Badenheim" brachte Ullstein schon vor zwei Jahren auf den Markt, und sein zweites Buch „The Age of Wonder" wird gerade übersetzt und soll im nächsten Jahr erscheinen. Der Propyläen Verlag verhandelt mit dem zukünftigen Staatspräsidenten Israels, Chaim Herzog, über die Übersetzungsrechte für sein (1982 erschienenes) Buch „Die arabisch-israelischen Kriege – Krieg und Frieden in Nahost". Eine deutsche Ausgabe müßte um das Kapitel „Libanon" erweitert werden.

In Jerusalem stellen in diesem Jahr erstmals auch Verleger aus Japan und Mexiko aus. Von den Staaten, die mit Israel keine diplomatischen Beziehungen unterhalten, sind Spanien, Portugal und Jugoslawien vertreten. Aber Ägypten fehlt, und auch der libanesische Verleger, der kommen wollte, läßt einstweilen noch auf sich warten. Und noch eine Enttäuschung für Israel: Auf der Messe sollte die bisher einzige existierende arabische (ägyptische) Enzyklopädie (21 Bände) gezeigt werden. Im letzten Augenblick erhielt die amerikanische Firma Glory, die den Vertrieb hat, von Athen aus Ausstellungsverbot. Potentielle arabische Kunden sollen den Boykott der Enzyklopädie für den Fall angedroht haben, daß sie in Jerusalem ausgestellt wird.

ILANA BRÜNELL

Internationaler Überblick des Tanzes im Frankfurter TAT: Mit „Universalkunst" gegen die Klassiker

## Wenn Klärchen den Brackenburg zum Mann kriegt

Tanz ist ein unverlierbarer elementarer Ausdruck, und insofern erfordert die gründlich verworrene Szenerie im Kunsttanz alles das, was es je gab: klassisches Ballett, Pas de deux, absoluter Tanz, modern dance, postmodern dance, Ausdruckstanz, Programmtanz mit Botschaft, universalkünstlerisches Tanztheater. Doch fordert einen das Problem erfüllbarer oder unerfüllbarer Ansprüche zur Stellungnahme heraus.

Das Frankfurter TAT versucht in dieser Saison einen gewissen internationalen Überblick zu geben. Als bezeichnend können drei der aufgebotenen Ensembles gelten: die Junioren des Nederlands Dans Theater, die Laokoon Dance group Riedenburg mit einer Auftragsarbeit des TAT und die Company Vivienne Newport mit einer Art Hommage an Cocteau, einer Eigenproduktion des TAT.

Hinreißend sind die Niederländer, die klassisches Ballett und modern dance in stupender Könnerschaft mixen. Das ist die konsequente, stilistisch legitime Weiterbildung des reinen Balletts. Sie ermöglicht überraschende Figuren und Bewegungen von elektrisierender Schlagkraft. Freilich bleiben die elitären Spitzenfiguren des klassischen Balletts außer Betracht. Sie wären zu „schön". Und zu schwierig. Doch zu bewundern ist ihre Arbeit auf jeden Fall.

Die alternativen Laokoon-Leute, die im vorigen Jahr allgemeines Lob für einen getanzten „Egmont" eingestrichen haben, erhielten vom TAT den Auftrag, das Klärchen weiterleben zu lassen und ihr den Brackenburg zum Mann zu geben. Nun sehen wir unter vielem Gekrabbel und Gekappel eine mittelmäßige Ehe mit kitschigem Weihnachtsabend und Tod der Mutter – ein endloser Leerlauf mit genau zwei Einfällen: Einmal laufen beide bis zur Erschöpfung auf der Stelle und machen gemeinsam die gleichen ruckartigen, abwehrenden Kopf- und Armbewegungen, und das wäre völlig genug zur Charakterisierung ihrer Ehe. Ein andermal hört man während des Bescherabends im O-Ton Papa Wojtyla „Fröhliche Weihnacht" in 53 Sprachen krächzen, ein decouvrierender Höhepunkt an Weihnachts-Kitsch. Das Ganze aber ist nichts als die Katastrophe schlichter Gemüter, die sich die Kraft zu einem Universalkunstwerk zugetraut haben.

Vivienne Newport hält sich wenigstens an Texte, die sie nicht selbst gemacht hat: „Alle Texte aus Werken von Jean Cocteau." Das heißt aber nicht, daß man zum Verständnis der vielen verschränkten Gänge, der Gebärden und Fingerspiele, der Zuneigungen und Abweisungen Cocteaus Arbeiten kennen müsse. Die vielen Zitate auf französisch, deutsch und englisch sind sowieso fast alle unverständlich gesprochen, bis auf ein Gedicht über ein von Zigeunern geraubtes Kind, das gleich zweimal hintereinander geboten wird; und just dieser Text (auf deutsch) ist von erschreckender Banalität.

Doch gibt es einige veritable Balletteinlagen, bizarre, zerhackte, viel Balancefähigkeit erfordernde Etüden mit spektakulären Bewegungskreationen. Und es gibt „schöne", ineinandergreifende und wallende Choreographien mit wehenden Gewändern und Tüchern und Lichtspielen, allerdings hart an der Grenze zu der entsetzlichen französischen Erfindung „Son et lumière". Tempowechsel sorgen für Belebung, doch was immer an einzelnen Glanznummern auftaucht, das Ganze trieft von magischer Sentimentalität, hieratischer Ziererei, untermischt mit Kolportagekitsch.

Unerfindlich, woher die Partisanen solcher Dinge den Mut nehmen, das klassische Ballett als „Schöntanz" abzuweisen. Es kann doch niemand im Ernst behaupten, daß der Schönkrampf aus Ballett, Pantomime, Textzitaten, Musikcollage und Licht für gewöhnlich über eine „schöne" Quälerei hinausgelangt. Ganz selten gelingt so etwas, etwa die Konzertcollage „Hysterie" des Grupo acción. Ballette mit Botschaften sind übrigens nicht gescheiter als die Programm-Musik seligen Angedenkens. Und vieles am alternativen Ballett ist nichts anderes als Ausdruckstanz-Knatsch in hard cover. Nein, wer die Fonteyn mit Nurejew erlebt hat, kann wenig anfangen mit kleinkariertem Gestückel, das sich mit dem Anspruch auf Universalkunst, die es nie gab und nie geben wird, in die schwache Brust wirft.

RUDOLF KRÄMER-BADONI



Klassisches Ballett und Modern Dance in Könnerschaft gemixt: Die Junioren des Nederlands Dans Theater
FOTO: DIE WELT

## JOURNAL

### Roms Sommeruniversität für polnische Studenten

J. G. G. Köln

Der „Koordinationsrat des Polentums in der freien Welt" und die Leitung des „Papst-Johannes-Paul-II.-Hauses" in Rom haben beschlossen, in dem nach dem jetzigen Papst benannten Haus eine „Sommeruniversität" für polnische Studenten im Westen zu etablieren, deren 1. Semester in diesem Sommer beginnen soll. Das Sekretariat dieser Universität befindet sich vorerst in der „Polnischen Bibliothek" Paris. Das Programm sieht u. a. vor: Vorlesungen über die Leitgedanken des jetzigen Pontifikats, polnische Geschichte, polnische Kulturgeschichte und ihr Beitrag zur Weltgeschichte der Kultur. Die Vorlesungen sollen von namhaften polnischen Professoren im Ausland gehalten werden, zu denen auch Literatur-Nobelpreisträger Czeslaw Milosz gehört.

### „Klassik-Midem" wird 1984 neu aufgelegt

AFP, Cannes

Wegen des großen Erfolgs der „Klassik-Midem", die in diesem Jahr erstmals im Rahmen der Musikverlagsmesse in Cannes veranstaltet worden ist, soll es 1984 eine zweite Auflage dieses Forums für E-Musik geben. Dies wurde von der Midem-Leitung beschlossen, nachdem mehrere junge Solisten klassischer Musikfächer nach Konzerten bei der Midem Verträge mit Plattenfirmen und über Engagements abschließen konnten. Als besondere „Erfolge" gelten das Engagement der polnischen Mezzosopranistin Ewa Poldes nach Berlin und ihr Abschluß mit der deutschen Plattenfirma Orfeo sowie die Termine des Londoner Kammerorchesters der Guild Hall, das beim Festival von Flandern sowie im spanischen Cardaques zusammen mit dem französischen Flötisten Jean-Pierre Rampal auftritt.

### Schloß Rheydt zeigt Wandbehänge von H. Hahn

DW. Mönchengladbach

Wandbehänge von Helmut Hahn zeigt das Städtische Museum Schloß Rheydt in Mönchengladbach bis zum 19. Juni. Anschließend ist die Ausstellung in Osnabrück (11. Juli bis 17. Aug.) und in Zons (16. Sept. bis 6. Nov.) zu sehen. Der Katalog mit einer Einführung in die Arbeitsweise des Künstlers und zahlreichen farbigen Abbildungen kostet 5 Mark.

### Edinburger Festspiele mit Motto „Wien"

AP, Edinburg

Die Edinburger Festspiele werden in diesem Jahr unter dem Motto „Wien um 1900" stehen. Vom 21. August bis zum 10. September sollen in der schottischen Festspielstadt unter anderem Werke von Schönberg und Mahler zu Gehör gebracht werden, es wird ferner an von Hoffmannsthal und Freud erinnert werden und im Museum der Stadt eine Ausstellung zum Leitthema geben. „Wien um 1900" soll jedoch nur übergreifendes Motto des 36. Edinburger Festivals sein, an dem zwei ausländische Opernensembles, darunter das der Hamburger Oper, und ein schottisches teilnehmen werden. Festspielleiter John Drummond erhofft sich ein vielfältiges Programm, durch das sich das Leitthema wie ein roter Faden ziehen werde.

### Schweizer Kulturwoche in Ludwigshafen

dpa, Ludwigshafen

Mit Jean-Pierre Ponnelles und Nikolaus Harnoncourts „Idomeneo" von Wolfgang Amadeus Mozart hat das Opernhaus Zürich eine Schweizer Kulturwoche in Ludwigshafen eröffnet. Zugleich wurde im Foyer des Theaters eine Ausstellung mit Skizzen, Grafiken und Modellrekonstruktionen des Schweizer Bühnengestalters Adolphe Appia eröffnet. Bei der bis zum 4. Mai dauernden Kulturwoche wird noch das Schauspielhaus Zürich zu Gast in Ludwigshafen sein.

### Gefriertrocknung rettet wertvolle Bücher

dpa/AFP, Saumur

Mit ihrer Lyophilisationsanlage, mit der normalerweise Champignons und Schalotten gefriergetrocknet werden, rettet eine Firma im lothringischen Saint-Cyr-en-Bourg rund 38 000 wertvolle Bücher aus den Beständen der Universität Metz, die durch das Hochwasser der Mosel durchnäßt wurden. Nachdem erste Probetrocknungen „tadellose" Ergebnisse zeitigten, kann nach Meinung der Firma Blanchaud der überwiegende Teil der vom Wasser angegriffenen Bücher, darunter einige kostbare Stücke, auf diese Weise erhalten werden. Nicht zu retten ist ein Teil der ältesten Bücher mit Ledereinband und Pergament.

### Blake-Retrospektive jetzt in Hannover

DW. Hannover

Die Retrospektive mit den Arbeiten von Peter Blake, die zuerst in London zu sehen war (s. WELT v. 24. 2.), wird jetzt in der Kestner-Gesellschaft Hannover ausgestellt. Peter Blake gehört mit zu den Begründern der Pop-art. In Hannover sind seine Arbeiten bis zum 12. Juni zu sehen. Der Katalog kostet 29 Mark, im Buchhandel 38 Mark.

# Khadhafis Schatten schwebt über dem Prozeß im Bonner Amtsgericht

## Tabatabai-Syndrom ergreift auch Besitz vom Folter-Verfahren in der libyschen Botschaft

KNUT TESKE, Bonn

Für den Bonner Amtsrichter Fritz Hasse ist es ein ganz normales Verfahren, das er wie „jede Wirtshausschlägerei" behandeln will. Das wird ihm nicht leichtfallen:

- Auf der Anklagebank sitzen zwei Libyer, der Arzt Mustafa Zaidi (31) und der gleichaltrige Student Abdullah Salem Yahia. Beide – glühende Anhänger Muammar Khadhafis – sollen im November vergangenen Jahres in der libyschen Botschaft zwei Landsleute 24 Stunden lang gefoltert haben.
- Das Auswärtige Amt gibt inzwischen zu, daß zwischen dem Bonner Verfahren und der Geiselnahme von acht deutschen Firmenvertretern in Libyen ein Zusammenhang besteht. Khadhafi benutzt die Deutschen offenbar, um Druck auf das Auswärtige Amt auszuüben, das wiederum den Bonner Prozeß beeinflussen soll – ein, wie man dort betont, nutzloses Unterfangen.

### Vorwürfe ans Auswärtige Amt

Gleichwohl behauptet ein Hamburger Anwalt, der als Vertreter eines der *Hauptbelastungszeugen* am Verfahren teilnimmt, daß das Auswärtige Amt auch diesmal – ähnlich wie im Falle des iranischen Sonderbotschafters Sadegh Tabatabai – versucht habe, Einfluß auf den Prozeß auszuüben. Dies wird im Genscher-Ministerium entschieden zurückgewiesen. Allerdings, so ein Sprecher, wolle man das Urteil abwarten, bevor man mit den Libyern Verhandlungen über das Schicksal der Deutschen aufnehme.

Dagegen ist der Nebenkläger davon überzeugt, daß der Fall auf diplomatischer Ebene so lange hin- und hergeschoben wurde, bis man endlich, in dem Bestreben, ihn möglichst niedrig zu hängen, auf der untersten Stufe, dem Schöffengericht, angelangt sei.

Wie das AA weist auch der Pressesprecher des Bonner Landgerichts solche Vermutungen zurück: „Zaidi und Yahir sind wegen Körperverletzung, Freiheitsberaubung und Nötigung angeklagt." Dafür sei üblicherweise das Schöffengericht zuständig.

Daß es sich um einen ganz so normalen Prozeß nicht handelt, zeigt aber der äußere Rahmen: Man tagt im Sitzungssaal 36, dem Sicherheitssaal des Bonner Landgerichts. Davor patroullieren Polizisten mit Schäferhunden. Jeder Besucher wird einer Leibesvisitation unterzogen. Daß die Bonner Diplomatie an einem milden Urteil interessiert ist, kann unterstellt werden. Es wird auch schon gemunkelt, daß beide Angeklagten in jedem Falle Richtung Heimat abgeschoben werden – im Austausch gegen die Geiseln.

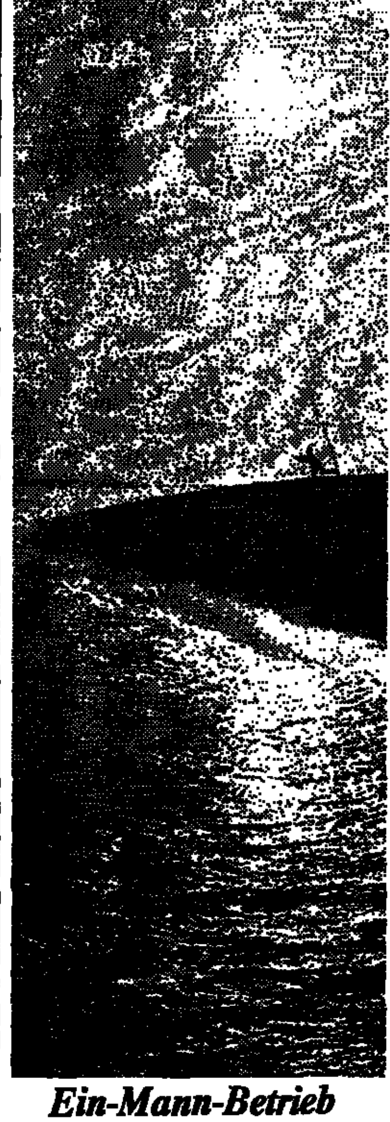
Das Gericht freilich hat politische Erwägungen nicht zu interessieren. Es ist nur für die strafrechtliche Seite verantwortlirh. So und nicht anders ist auch der Spruch des Vorsitzenden zu verstehen, er werde dieses Verfahren wie jede Wirtshausschlägerei behandeln.

Strafrechtlich sah es in der ersten Prozeßwoche für die Angeklagten nicht gut aus. Gewiß, es war die Woche des Belastungszeugen el Gariani – die Verteidigung wird ihre Entlastungszeugen noch aufmarschieren lassen. Doch was der 33jährige Doktorand und Diplom-Volkswirt aus Hamburg den Angeklagten in perfektem Deutsch vorwarf, erschien in allen Details hieb- und stichfest zu sein. Mehrfach habe er bis zu 300 Schläge auf Fußsohlen und Handflächen über sich ergehen lassen müssen: „300, weil Zaidi immer laut mitzählte." Der Arzt habe „Geständnisse" hören wollen, ihn einen „Volksfeind" genannt und ihm eröffnet, daß er auf der Liquidationsliste stehe.

### Hilfe von „Freund Khadhafi"

Zu dieser Folter-Orgie soll es gekommen sein, als Gariani und der später zu hörende Ahmet Schaladi am 13. November '82 einer Einladung der libyschen Studentenorganisation in das „Haus des Volkes", wie die libysche Botschaft sich nennt, folgten.

Gariani, der streitbare Wahl-Hamburger, bekam schnell die Konsequenzen seiner Anzeige zu spüren. Er fristet ein kümmerliches Dasein, seit Libyen ihm prompt das Stipendium strich. Diese Sorgen hat die Gegenseite nicht, Yahia kassiert nach eigener Aussage 3500 Mark monatlich und netto vom Wüstenstaat. Ähnlich sorglos kann auch Zaidi in die Zukunft blicken. Zwar endet sein 6000-Mark-Job an der Uniklinik demnächst, doch wird sein „Freund Khadhafi" den kleingewachsenen Mann nicht fallenlassen. Nach eigenen Angaben ist er schließlich Mitglied des Revolutionsrates.



*Ein-Mann-Betrieb*
FOTO: JÜRGEN WIECHMANN

# Liegt das Seveso-Gift doch in Frankreich?

## Fässer sollen auf Skandalkippe von Poitiers vergraben sein

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die von Anfang an genährte Vermutung, die 41 Fässer Gift von Seveso könnten sich nur in Frankreich befinden, scheint sich zu bestätigen. Die in Poitiers erscheinende Provinzzeitung „Charente Libre" meldete in ihrer Mittwochausgabe, auf einer öffentlichen Mülldeponie bei Roumazières nahe Poitiers lagerten nicht nur Tonnen von Giftmüll aller Art, der dort nicht hingehöre, sondern mit hoher Wahrscheinlichkeit auch alle oder ein großer Teil der in ganz Europa gesuchten 41 Dioxinfässer.

Reporter der Zeitung wollen herausgefunden haben, daß vor nicht langer Zeit, vermutlich im Dezember oder Januar, 30 Fässer in der Deponie von Roumazières abgeladen wurden, auf deren Begleitpapieren sich der Vermerk „Inhalt: Restbestände des Brandes einer Chemiefabrik in Oberitalien" befinde. Die Angaben der Zeitung sollen nun geprüft werden, bevor man anfangen will zu graben.

Die Deponie in der Nähe des Weindorfes Roumazières ist inzwischen längst zur Skandal-Kippe geworden. Unabhängig davon, ob *hier nun auch die Dioxinfässer* von Seveso liegen, wurden inzwischen mehrfach klare Verstöße gegen bestehende Anordnungen amtlich festgestellt: Im Frühjahr 1982 waren 21 Tonnen Arsenik enthaltendes Carbonat (2 Tonnen reines Arsenik) als Abfälle einer Kunstdüngerfabrik bei Nantes deklariert worden. Die Ladung wurde nicht sachgerecht deponiert, sondern heimlich im Boden versenkt. Etwa gleichzeitig wurden 14 Tonnen Chlor abgeladen, deren Giftgehalt höher als zulässig war. Als noch gefährlicher entpuppte sich eine Ladung von Destillations-Resten eines Aromats, das hochgradig krebserzeugend und darüber hinaus leicht entzündbar ist. Schließlich fand man in Roumazières 16 Kilogramm eines dem Dioxin verwandten Stoffes, der allerdings nicht genauso gefährlich sein soll wie das in Seveso freigewordene Gift.

Die Bevölkerung des 3000-Einwohner-Ortes ist empört. Seit Jahren lebte sie unmittelbar neben einer wahren Gifthöhle, ohne jemals davon informiert worden zu sein, was hier vorging. Der Präfekt des Departements Charente hat eine genaue Untersuchung aller seit 1979 vorgenommenen Einlagerungen angeordnet. Illegal deponierte Ladungen, darunter die 21 Tonnen Arsenik-Carbonat, müssen an ihre Ursprungsfirmen zurückgehen.

Der einzige Mann, der das Geheimnis von Seveso lüften kann, schweigt nach wie vor hartnäckig: Jean Paringaux, der Inhaber jener Transportfirma Spélidec, welche die *41* Seveso-Fässer im September *1979* über die italienische Grenze nach Frankreich brachte, wo sie dann spurlos verschwanden. Er sitzt seit Anfang April in Amiens in Untersuchungshaft. *Das* Blatt „Charente Libre" hat inzwischen herausbekommen, daß Paringaux vor einigen Jahren auch Verwalter der Deponie von Roumazières war. Schließt sich hier die Kette?

# 13 Kinder starben auf der Fahrt in die Ferien

dpa, Florenz

Mindestens 13 Jungen und Mädchen, Schüler von zwei achten Klassen einer Mittelschule aus Neapel, sind bei einem Busunglück in einem Autobahntunnel bei Florenz ums Leben gekommen. Mehr als 20 Klassenkameraden, Lehrer und andere Unfallbeteiligte, wurden mit teilweise schweren Verletzungen in die Krankenhäuser eingeliefert. Zu dem Unfall kam es am Dienstag auf einem Teilstück der „Autostrada del Sole", auf der der Verkehr wegen Bauarbeiten nur zweispurig rollte. Der aus dem Süden kommende Schulbus war in den 630 Meter langen Tunnel gefahren. Zur gleichen Zeit erreichte ein Schwertransporter die Tunnelröhre. Der Sattelschlepper hatte eine 13 Tonnen schwere Stahlröhre von fünf Meter Länge und 4,34 Metern Breite geladen. Als sich die beiden Fahrzeuge in dem leicht gekrümmten Tunnel begegneten, bohrte sich die Stahlröhre in die linke Seite des Busses und zermalmte förmlich den größten Teil des Fahrzeugs. Das dem Sattelschlepper folgende Polizeimotorrad prallte gegen die Röhre, die auf die Straße gefallen war. Mehrere Personenwagen fuhren auf die Trümmer auf.

### Flugzeuge verloren

AP, Den Haag

Innerhalb von 24 Stunden verlor die niederländische Luftwaffe drei Kampfflugzeuge. Dabei kamen alle drei Piloten ums Leben. Zwei Maschinen des Typs F-16 prallten Dienstag abend im Nordosten des Landes bei einem Übungsflug zusammen. Einige Stunden vorher war in Belgien die Leiche eines weiteren Piloten gefunden worden, der über den Ardennen abgestürzt war.

### Schutz für Grizzlybären

rtr, Washington

Das amerikanische Landwirtschaftsministerium hat ein Komitee zur Rettung der Grizzlybären gegründet. Bis auf 1000 Exemplare, die ausschließlich in Alaska leben, ist die Rasse bereits ausgestorben.

### Wetterkatastrophe in USA

dpa, New York

Heftige Schneetreiben und hohe Schneeverwehungen meldet der Westen der USA. Eine Kaltfront aus Kanada brachte überraschend den Winter zurück. Erst in den vergangenen Wochen hatten ununterbrochene Regenfälle der Landwirtschaft schwere Schäden zugefügt. Meteorologen sprechen bereits von dem „verheerendsten Frühling seit Jahrzehnten".

### Ärzte unter Betrugsverdacht

dpa, Wuppertal

Einem groß angelegten Betrug zweier Ärzte ist die Wuppertaler Staatsanwaltschaft auf der Spur. Die beiden bei Wuppertal tätigen Mediziner, ein praktischer Arzt und ein Neurologe, sollen bei Tausenden von Patienten nicht erbrachte Leistungen mit der Krankenkasse abgerechnet haben. Der Schaden ist nach Ansicht der Staatsanwaltschaft „noch nicht annähernd abzuschätzen".

### Rettung für Schiefen Turm

AP, Rom

Die italienische Regierung hat gestern sechs Professoren beauftragt, einen Plan zur Rettung des Schiefen Turms von Pisa auszuarbeiten. Das Parlament hat bereits 17 Millionen Mark für das Projekt gebilligt. Der 1173 erbaute Turm hat sich 1982 um weitere 1,19 Millimeter geneigt.

### Urteil-Schelte in Athen

dpa, Athen

Ein Sprecher der Schweizer Fluggesellschaft Swissair hat gestern in Athen das Urteil gegen die beiden Swissair-Piloten Fritz Schmutz (45) und Martin Deuringer (37) als „völlig unverständlich" bezeichnet. Die beiden waren vom Athener Landgericht unter anderem wegen fahrlässiger Tötung zu je fünf Jahren und zweieinhalb Monaten Gefängnis verurteilt worden. Bei der Bruchlandung der Maschine am 7. Oktober 1979 waren 14 Passagiere ums Leben gekommen.

# Der große Run aufs Mittwochs-Glück

## Nach einem Jahr ist das Spiel „7 aus 38" ein „Umsatzrenner" des Deutschen Lottoblocks

ULRICH BIEGER, Münster

Für sein Alter erstaunlich gut entwickelt hat sich das jüngste Kind des Deutschen Lottoblocks. Heute wird das Mittwochslotto ein Jahr alt. Am Umsatz gemessen ist das Zahlenspiel aber längst erwachsen.

Seit seinem Start am 28. April 1982 hat das Spiel „7 aus 38" runde 1,16 Milliarden Mark eingespielt. Ganz beachtlich angesichts der Tatsache, daß der „große Bruder" vom Wochenende bei doppeltem Einsatz auf runde vier Milliarden Mark Umsatz kam. So nennt der Deutsche Lottoblock sein Geburtstagskind denn auch einen „Umsatzrenner".

Nach einem Run auf die ersten Mittwochsziehungen pegelte sich die Beteiligung bei rund vier Millionen abgegebenen Tippscheinen ein. Im nachhinein erwies sich auch der Optimismus der Lottogewaltigen als berechtigt. Sie hatten von vornherein nicht viel auf Unkenrufe gegeben, die dem Samstagsspiel nach Einführung der mittwöchlichen Konkurrenz einen Einbruch vorhergesagt hatten.

Das Gegenteil war der Fall: In den Bilanzen taucht ein Umsatzplus von zehn Prozent für den Lottoblock insgesamt auf. Legt man etwa die Umsatzsteigerung von sechs Prozent im Jahre 1981 zugrunde, hat das neue Spiel wohl zu einem echten Zuwachs geführt.

Ansonsten verlief das erste Jahr ohne große Höhepunkte. Ein Aufschrei ging lediglich durch die Reihen der Spieler, als ziemlich zu Anfang die Übertragung der Ziehung platzte, weil ein Treibriemen an der Trommel riß. Nach vier Kugeln mußte abgebrochen werden, der Rest wurde später unter notarieller Aufsicht ermittelt. Das fernsehende Tippvolk war zwar um das abendliche Vergnügen, nicht aber um die Gewinne gebracht.

Grund, den Geburtstag zu feiern, haben auch die rund 20 000 Annahmestellen. Ihnen, die sie neben Lottoscheinen in aller Regel auch noch Tabak, Spirituosen und Zeitschriften feilbieten, bescherte das Mittwochslotto auch am bis dahin ruhigen Wochenanfang mehr Kunden.

Der ungewohnte Andrang am Montag und am Dienstag brachte nicht nur Schwung in das Geschäft mit dem blauen Dunst. Wie die WELT erfuhr, sollen in den Verlagsspitzen der großen Zeitschriften, die zum größten Teil am Donnerstag erscheinen, ernsthafte Überlegungen angestellt werden, ob man diesen Termin nicht auf Montag oder Dienstag verlegt.

Als kleines Bonbon werden – beginnend mit der gestrigen Ziehung – elf Wochen lang bei jedem Mittwochslotto in Nordrhein-Westfalen zusätzlich sieben Autos verlost. Das „Geburtstagsgeschenk" ist in Wirklichkeit jedoch keines: Es wird finanziert, wie Norbert Leise, Sprecher des West-Lottos, erklärt, aus Gewinnen, die nicht abgeholt wurden, und den „Rundungsbeträgen" – jenen Pfennigen, die übrigbleiben, wenn bei Gewinnen „auf den Groschen gerundet wird". Und hier verliert schließlich auch der glücklichste Gewinner – die Lotto-Leute runden nämlich immer ab.

# „Sputnik-Schock" ging schnell vorbei

## Experten alarmiert über Bildungsniveau in den USA: „Unser Land steht auf dem Spiel"

AP, Washington

Längerer Unterricht und viel mehr Hausaufgaben stehen den amerikanischen Schülern nach dem Rat eines Regierungsausschusses bevor. Nur durch höhere Anforderungen könne einem wachsenden Trend zur Mittelmäßigkeit entgegengewirkt werden. Schüler und Studenten in den Vereinigten Staaten wüßten und könnten immer weniger, heißt es in dem jetzt dem Weißen Haus vorgelegten Bericht der Staatlichen Kommission über die Leistung des US-Bildungswesens: „Unser Land steht auf dem Spiel." Der Ausschuß zitiert in seinem Bericht alarmierende Untersuchungen, wonach 13 Prozent der amerikanischen 17jährigen, 40 Prozent der minderjährigen Jugendlichen und 23 Millionen Erwachsene „praktisch als Analphabeten betrachtet werden können".

Bildungsminister Terrel Bell hatte das 18köpfige Gremium unter der Leitung des Präsidenten der Universität von Utah, David Gardner, eingesetzt. Der Ausschuß veranstaltete öffentliche Anhörungen und gab bei Bildungsexperten 40 Studien in Auftrag. Bell sagte jetzt, das Ergebnis dokumentiere „den ziemlich schockierenden Niedergang der Leistungen der Schüler".

„Wenn eine feindliche äußere Macht versucht hätte, Amerika das mittelmäßige Bildungsniveau aufzuzwingen, das heute besteht, dann hätten wir das wohl als Kriegserklärung betrachtet", schreibt der Ausschuß. „Das Ideal akademischer Leistung als erstes Ziel der Schule scheint auf der ganzen Linie im amerikanischen Bildungssystem zu verblassen."

Der Ausschuß schlägt eine Reihe von Schritten vor, um das nach dem sogenannten „Sputnik-Schock" im Jahre 1957 im Bildungswesen zeitweise aufgeholte, inzwischen aber wieder verlorene Terrain zurückzuerobern. So sollen die zuständigen Körperschaften eine Verlängerung des Unterrichts an Oberschulen von sechs auf sieben Stunden täglich und die Schulzeit im Jahr von 180 auf 220 Tage in Betracht ziehen.

Für alle Schüler, die einen High-School-Abschluß erreichen wollen, wird ein neuer Fächerkanon vorgeschlagen: Vier Jahre Englisch, drei Jahre Mathematik, drei Jahre Naturwissenschaften, drei Jahre Sozialwissenschaften, ein halbes Jahr Computerwissenschaft. Wer auf ein College wechseln möchte, soll zusätzlich zwei Jahre Fremdsprachenunterricht besuchen. Gleichzeitig sollen die Eingangsvoraussetzungen verschärft werden.

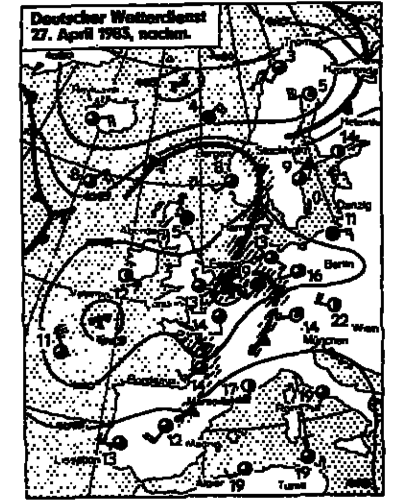
Den Lehrern legt der Ausschuß nahe, „wesentlich mehr Hausaufgaben als jetzt" zu geben. Pädagogen sollen besser bezahlt werden und ein wirksameres Beurteilungssystem mit Kollegenkritik entwickeln, damit schlechte Lehrer ausscheiden. Schließlich verlangt der Ausschuß mehr finanzielle Mittel und von den Eltern mehr Unterstützung ihrer Kinder.

Der Ausschuß sieht die Gefahr, daß die Vereinigten Staaten bei einer Fortsetzung der derzeitigen Bildungspolitik auf Gebieten weiter an Boden verlieren, wo sie einst führend waren, wie in vielen Bereichen des Handels, der Industrie, der Wissenschaft und Forschung.

(CHRISTOPHER CONNELL)

# WETTER: Wechselhaft

**Wetterlage:** Von der Biskaya her fließt weitere Meeresluft nach Mitteleuropa, wobei mitgeführte Schauerstaffeln das Wetter leicht unbeständig gestalten.



**Vorhersage für Donnerstag**

**Gesamtes Bundesgebiet:** Wechsel zwischen geringer und starker Bewölkung. Einzelne schauerartige Regenfälle, im Tagesverlauf von Südwest nach Nordost verlagernd. Temperaturen nachmittags zwischen 15 Grad im Nordosten und 19 Grad im Südwesten. Nächtliche Tiefstwerte 6 bis 9 Grad. Schwacher, im Norden mäßiger Südwestwind.

**Weitere Aussichten:**

Wenig Änderung.

**Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Berlin | 16° | Kairo | 26° |
| Bonn | 11° | Kopenh. | 11° |
| Dresden | 18° | Las Palmas | 17° |
| Essen | 9° | London | 13° |
| Frankfurt | 11° | Madrid | 12° |
| Hamburg | 13° | Mailand | 14° |
| List/Sylt | 9° | Mallorca | 18° |
| München | 14° | Moskau | 21° |
| Stuttgart | 15° | Nizza | 16° |
| Algier | 19° | Oslo | 10° |
| Amsterdam | 8° | Paris | 14° |
| Athen | 22° | Prag | 18° |
| Barcelona | 17° | Rom | 19° |
| Brüssel | 12° | Stockholm | 9° |
| Budapest | 22° | Tel Aviv | 23° |
| Bukarest | 25° | Tunis | 19° |
| Helsinki | 14° | Wien | 22° |
| Istanbul | 12° | Zürich | 14° |

**Sonnenaufgang* am Freitag:** 6.00 Uhr, Untergang: 20.40 Uhr, **Mondaufgang:** 23.23 Uhr, Untergang 7.17 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

# *Die Helden von heute reden wie die alten Römer*

RALF PETER LAUCK, Rom

Die Helden sind groß und schön, die Bösen meist schwarzhaarig und gemeingesichtig. Und wie in den meisten Comics dieser Welt erledigen sie ihre Verständigung über weite Strecken mit „Wouhs", „Boings" und „Zischs". Doch was sonst noch in den Sprechblasen steht, ist so gewöhnlich nicht. „Aspice, usitatum automatum temporis emi!" sagt da etwa ein blonder Jüngling, und geziert ruft ein anderer: „Nil quidem! Vetus enim televisificum instrumentum inerat." In akzentfreiem Latein unterhalten sich die beiden über eine angeblich gebrauchte Zeitmaschine, die sich bei genauerem Hinsehen dann doch nur als ein alter Fernseher entpuppt. Solche modernen Reden legt den Jünglingen ein italienischer Priester in den Mund – und das mit wachsendem Erfolg.

Pater Lamberto Pigini ist einigermaßen fest davon überzeugt, daß er bis zum Ende des Jahres 400 000 Abonnenten für sein noch sporadisch erscheinendes „Iuvenis Commentariolus" – sein Jugendmagazin – gefunden hat. Auf die Hälfte hat er es seit der ersten Nummer im vergangenen Jahr schon gebracht.

Die Fans der lateinischen Streifengeschichten finden sich außer in Italien auch in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich und England. Die „International Herald Tribune" war von dem neuen Einsatz für die alte Sprache so beeindruckt, daß sie einfühlsam kommentierte: „Italienischer Priester rettet Latein vor dem Purgamentorum Capsa" – vor dem Mülleimer.

Auch die Kirche hatte „ihre" Sprache mit dem Beschluß des Zweiten Vatikanischen Konzils 1965, die Liturgie künftig in den jeweiligen Landessprachen zu feiern, eher aufs Abstellgleis geschoben. Die Idee, eben jene Sprache wieder aufzupolieren, kam Pigini in dem Land, in dem die Römer auch eine ganze Weile Fuß gefaßt hatten. Der Kirchenmann hat nämlich keinen Job bei der Kirche, sondern die bischöfliche Erlaubnis, für das Institut für Europäische Sprachen im Rom, ein kommerzielles Unternehmen, zu arbeiten. Dieses Institut, das als Unterrichtsmaterial schon seit Jahren Comics vertreibt, hatte vor zwei Jahren einen Stand auf der Frankfurter Buchmesse.

„Hier", so Lamberto Pigini, „sprachen mich viele Lehrer an: ‚Warum macht ihr das nicht auf lateinisch, das würde uns sehr helfen, die jungen Leute doch noch für die Sprache zu begeistern?'"

Pigini dachte darüber nach und wurde bestärkt durch seinen Amtsbruder Carlo Egger, der als Latinist für alle päpstlichen Verlautbarungen und Bullen zuständig ist. Egger stellte auch die Verbindung zu Professor Amedeo Pacitti her, der als Spezialist gilt für die Transformation der lateinischen Sprache in moderne Zeiten. Pacitti ist es, der die Sprache der alten Römer um Begriffe wie „patini subrotati" für „Roller-Skates", „exactionis arca" für Registrierkasse und „calcei teniludioludendo" für Fußballschuhe bereicherte.

Die Comicbücher des römischen Paters sind von allgemeinen Inhalten. Die Bandbreite reicht von Abenteuergeschichten bis zu lateinischen Klassikern. Nur Religiöses kommt nicht vor. Beigeheftet sind auch Puzzles oder andere Spiele, die das Lernen zum Spaß machen sollen – immer auf lateinisch, versteht sich.

Am besten, so sagt Pater Pigini, kommen seine Werke in England an. In den meisten der privaten Schulen gehöre hier die alte Sprache noch zu den unverzichtbaren Bestandteilen des Unterrichts. Gefolgt sind die Britischen Inseln von Deutschland und Frankreich. Nur im Ursprungsland ist das Interesse weniger groß.

Pigini führt dies auf eine Politik zurück, die Latein in der öffentlichen Meinung zu einem elitären Übel verkommen ließ. Die Beschäftigung mit der Sprache der Vorfahren galt quer durch alle Bevölkerungsschichten lange Zeit schlicht als verpönt. Nicht ganz ohne Stolz verweist Pigini allerdings darauf, daß nicht zuletzt durch seine Comics die Stimmung sich zu wenden beginnt: „Die Wiederaufnahme von Latein in die Lehrpläne steht wieder zur Debatte, und selbst kommunistische Parlamentsabgeordnete setzen sich dafür ein."

Und Stolz spricht auch aus den Worten des Paters, wenn er von den Bergen von Leserbriefen und Beifallskundgebungen aus aller Welt spricht, die im Institut in der Viale Parioli 101 in Rom eingehen. Stellvertretend für diesen Erfolg steht auch eine Sekretärin, die im nächsten Monat bei Pigini anfängt. Sie soll ausschließlich Leserbriefe beantworten – in waschechtem Latein natürlich.

### *ZU GUTER LETZT*

*Einziger bayerischer Vatikan-Diplomat verläßt Indien. (Meldung der Katholischen Nachrichtenagentur)*